

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.  
 Eingetrogen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgespaltene Roton-  
 sette oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr  
 vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Dienstag, den 22. Februar 1898.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

### Die Auswanderung im Jahre 1897.

Die Berichte der Reichskommissare für das Auswanderungswesen bieten, was die Stärke dieser Bevölkerungsbewegung anbelangt, für 1897 dasselbe Bild wie in den letzten Jahren, nur noch ausgeprägter vielleicht.

Seit 1891/92 haben Jahre für Jahre immer weniger Deutsche die Heimath verlassen. 1891/92 war der Abstrom allerdings überdurchschnittlich, indes nicht abnorm groß gegen die vorangegangenen Jahre; wir litten damals in Deutschland unter der Krise, während die Vereinigten Staaten, das Hauptziel unserer Heimathflüchtigen, durch die Mac Kinleybill vorübergehend eine künstliche Produktionssteigerung erlebten. Umgekehrt haben wir seit 1895 eine rasche Erweiterung unserer industriellen Thätigkeit, während in den Vereinigten Staaten der Coxy'sche Zug der Arbeitslosen eine Vorstellung von der Größe des allgemeinen Nothstandes geben konnte. Dazu waren die Einwanderungsgehe der Union von 1891 und 1893 erlassen, die der unwillkommenen Abschiebung und Konkurrenz von europäischen Krüppeln und Kontraktarbeitern ein Ende machen sollten. Die deutschen Häfen verließen unter diesen Umständen:

|                |        |                       |
|----------------|--------|-----------------------|
| 1891 . . . . . | 93 145 | deutsche Auswanderer, |
| 1892 . . . . . | 90 188 | "                     |
| 1893 . . . . . | 71 008 | "                     |
| 1894 . . . . . | 88 566 | "                     |
| 1895 . . . . . | 29 226 | "                     |
| 1896 . . . . . | 25 771 | "                     |
| 1897 . . . . . | 18 801 | "                     |

Davon gingen 1897 noch immer 14 927 nach den Vereinigten Staaten. Nach ihrer Bedeutung als Auswanderungsziel folgen alsdann: Afrika mit 1074 Passagieren, Brasilien mit 868, Argentinien mit 526, Kanada mit 391, Australien und Polynesien mit 309, Chile mit 294, Asien mit 144, Mexiko und Zentralamerika mit 98, die noch nicht genannten südamerikanischen Staaten (außer Peru) mit 88, Westindien mit 57, Peru mit 25. Der Zug nach Südamerika, auf welchen unsere Weltpolitik so große Hoffnungen setzen, ist also noch immer ein äußerst geringer. Wie weit Südafrika zu der Gesamtziffer für den schwarzen Erdtheil beiträgt, wird nicht gesagt.

Die Tabellen über die Berufsstellung der deutschen Auswanderer scheinen leider nicht gleichartig aufgestellt zu sein. Während die ersten drei Rubriken (Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr) übereinstimmen, heißt die vierte im Bremer Bericht „Arbeiterstand“, in Hamburg jedoch „häuslicher Dienst und sonstige Lohnarbeit“, in Stettin „sonstige Lohnarbeit“. Allem Anschein nach hat man denn auch in Bremen diese Abtheilung viel weiter gefasst — anders wird man die hohe Prozentziffer hier kaum erklären können — während Hamburg und Stettin wahrscheinlich die gewerblichen und landwirthschaftlichen Arbeiter zu der Industrie und der Landwirtschaft gezählt haben. Ihrem Verufe nach finden wir demnach zugewiesen:

|   | von den 9559 deutschen Auswanderern Bremens | von den 8802 in Hamburg | von den 440 in Stettin |
|---|---|-------------------------|------------------------|
|   | pCt.  | pCt.                    | pCt.                   |
| der Landwirtschaft . . . . .  | 10,1  | 8,3                     | 44,5                   |
| der Industrie . . . . .   | 9,5   | 19,5                    | 11,6                   |
| dem Handel und Verkehr . . . . .  | 12,9  | 23,0                    | 6,8                    |
| dem Arbeiterstande (bezw. dem häuslichen Dienst und sonst. Lohnarbeit) . . . . .                                  | 26,1  | 8,4                     | 11,4                   |
| anderen Verufen (den sog. freien Verufen, dem öffentl. Dienst) ohne Beruf oder ohne Berufs-angabe waren . . . . . | 1,7   | 5,2                     | 23,9                   |
|   | 99,7  | 94,6                    | 1,8                    |

Da die geringe Gesamtziffer Stettins kaum in das Gewicht fällt, so scheinen die Zahlen, besonders gegen die achtziger Jahre, eine schwächere Verheiligung der Landwirtschaft, dagegen eine relativ stärkere Auswanderung aus Handels- und Industriekreisen darzubieten.

Das Bremer, Hamburger und Stettiner Auswanderungsgeschäft lebte auch 1897 vorwiegend von den Fremden, von denen — trotzdem auch ihre Zahl sich in den letzten Jahren beträchtlich verminderte — noch immer 64 419 befördert wurden, darunter 25 688 aus Oesterreich-Ungarn und 18 107 aus dem europäischen Ausland. Galizische Bauern, russische und österreicherische Juden bilden also nach wie vor das Hauptkontingent der Reisenden. Auffällig — bemerkt der Bremer Kommissar dazu — ist es, daß österreicherische Kolonisten, die früher den westlich von Chicago gelegenen Staaten den Vorzug gaben, jetzt mehr nach den Südstaaten Texas, Georgia u. s. w. reisen, um sich dort Grundbesitz zu erwerben.“ Im Hamburg-Stettiner Bericht lesen wir:

Wahrscheinlich ist der durch Deutschland gehende russische Auswandererstrom unverhältnismäßig zu rück gegangen. Während an russischen Auswanderern im Jahre 1895: 19 460, im Jahre 1896: 18 270 Personen befördert wurden, stellt sich diese Zahl im Jahre 1897 nur noch auf 8 841. Der früher drohende Zustrom von männlichen russischen Arbeitern, welche sich in Nordamerika für die Bergwerke auf ein oder zwei Jahre verbindend und dann mit ihren Erparnissen in die Heimath zurückkehrten, fehlt im Jahre 1897 fast gänzlich.

Die Revision der Schiffe soll allmählig eine bessere geworden sein; vorwiegend scheint sie sich allerdings mit den Sicherheits- und Rettungsvorkehrungen zu beschäftigen. Man prüft die Schiffsbefahrungen, hält Bootsmanöver und

Anderübungen ab, prüft die Schotteneinteilung. Nur von der Hamburg-Amerika-Linie wird noch weiter mitgetheilt:

Auch im besonderen Interesse der Auswanderer sind im Laufe des letzten Jahres verschiedene Verbesserungen eingeführt worden. Insbesondere wird den Zwischendeckspassagieren eine Schlafdecke unentgeltlich geliefert; ferner wird gefälztes Ochsenfleisch nur noch ansatzweise, in der Regel dagegen frisches Fleisch verabfolgt; für das bisher gebräuchliche blecherne Geschirr ist solches aus Stiegut eingeführt; die Zwischendeckspassagiere erhalten jetzt Messer und Gabel; endlich sind an Stelle der bisher üblichen Futematratzen solche aus blauem Leinen getreten.

Der Hamburger Kommissar bemerkt sogar, daß es ihm nicht möglich sei, alle Schiffe vor jeder Ausreise zu besichtigen. Die Einrichtungen der im April 1897 unter das Bremische Auswanderergesetz gestellten Dampfer der Dampfschiffahrtsgesellschaft Argo sollen „bezüglich der Einrichtungen und Anordnungen im allgemeinen noch nicht den Vorschriften entsprechen, auch fehlt es den Schiffsführern an Zeit, die geringeren Befahrungen (je 18 Köpfe im Durchschnitt stark) in dem Boot- und Sicherheitsdienst so auszubilden, wie dieselben an Bord der transoceanischen Dampfer ausgebildet werden“. Die nachsichtigen Worte des Reichskommissars über das „Bestreben“ der Gesellschaft Argo, den Anforderungen zu genügen, sind uns nicht recht verständlich geworden — ebenso wie uns die darauf folgende Bemerkung unerklärlich geblieben ist:

Die durch das Doppelschrauben-System gewährten größeren Vorzüge, vor allem die größere Sicherheit, haben den Lloyd veranlaßt, selbst bei den Dampfern „Goblenz“ und „Rau“, zu denen demnächst der Dampfer „Trier“ als Schwester-schiff hinzutreten wird, obwohl diese Schiffe nur für den Fracht und Zwischendeckspassagier-Verkehr bestimmt sind, dieses System einzuführen.“

Diese seltsame Schreibung zwischen Kajütspassagieren einerseits und Waarenballen und Menschenhaufen im Zwischendeck andererseits ist hoffentlich nur dem Zufall und nicht der Absicht des Reichskommissars zuzuschreiben. Denn gerade die ärmeren Auswanderer sind es, die der energischen Unterstützung seitens der deutschen Beamten nach wie vor bedürfen, obwohl seit der Cholerazeit manches besser geworden ist.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir übrigens die Regierung auf die Klagen aufmerksam machen, die fortgesetzt über die unglaublichen Zustände im New-Yorker Einwanderungs-Depot laut werden, ohne daß man von irgend welchen Schritten unserer Vertreter in New-York etwas hört. In dem uns kürzlich zugegangenen New-Yorker „Morgenjournal“ vom 26. Dezember 1897 wurden diese alten Klagen in der denkbar drastischsten Form wiederholt. Die Kajütspassagiere saßen von Hoboken aus ungestört und munter ihrem letzten Ziele zu; ein Mensch, der zweihundert Dollars für die Ueberfahrt bezahlet kann, ist eine werthvolle Akquisition, dem nur Hochachtung gezollt werden muß:

In der Zwischenzeit legt ein Boot an der anderen Seite des Dampfers an. Die Zwischen-deckler werden wie Schafe zusammengeferst und nach der Barge-Office gebracht. Dort werden sie nach einem großen, hallenhöhlen Raum befördert, wo in der Zwischenzeit Ankömmlinge von anderen Dampfern untergebracht sind. Dann beginnt die langatmige Untersuchung. Doktoren überzeugen sich von ihrem Gesundheitszustande, Inspektoren fragen nach Boher und Wohin, den zur Verfügung stehenden Mitteln, Verwandten, etwaigen Versprechen auf Arbeit u. s. w. u. s. w. Die Untersuchung ist eine sehr stricke, und jeder Einwanderer, über dessen Zulassung sich der eine oder andere Inspektor nicht schlüssig ist, dessen Freunde oder Verwandte sich nicht eingestanden haben, oder der nach einer anderen Stadt zu reisen beabsichtigt, muß in die Detentions-Kammern wandern.

Von der Unreinlichkeit in diesen Detentionsräumen kann man sich kaum einen Begriff machen. Gefangen in Zuchthäusern sind färslich aufgehoben im Verhältnis zu den Unglücklichen, die zum Quartier in der Barge-Office gezwungen. In diesem Räume müssen die Gefangenen sich Tag und Nacht aufhalten, dort müssen sie die in der angrenzenden, schmutzigen Küche bereitgestellten Mahlzeiten einnehmen, dort müssen sie schlafen. Nicht der geringste Komfort wird den Unglücklichen, deren Verbrechen darin besteht, ihre Lage verbessern zu wollen, gewährt. Ihr Gepäc in fortgenommen, alle Toiletten-Gegenstände fehlen ihnen, und die Reinigungsvorkehrungen sind so mangelhaft, daß die meisten das Waschen unterlassen. . . . Der fettige, von „Schwaben“ wimmelnde Fußboden sieht aus, als ob er kein Wasser mehr aufnehmen könnte. Auf den Tischen, auf welchen die sogenannten Mahlzeiten servirt werden, schlafen diejenigen, die es nicht über sich bringen können, die ihnen zur Verfügung gestellten Betten zu benutzen.

Dazu kommt noch, daß es die Politik der jetzigen Einwanderungsbehörde ist, Ankömmlinge zu skifaniren und zu barassiren und so lange als möglich in den Ställen — die Detentionsräumen verdienen nicht einmal diesen Namen — festzuhalten. Es muß nur Wunder nehmen, daß in der Barge-Office bisher keine ansteckende Krankheit ausgebrochen ist.

Das größte Kontingent der unglücklichen Insassen der amerikanischen Detentionsräume stellen Italien und Rußland. Daß die Italiener oder die russischen Juden ob ihrer allzu großen Reinlichkeit berühmt sind, wird niemand zu behaupten wagen, und ihnen schadet die weitere Kolonie-Ansammlung von Parasiten nicht. Leider befinden sich aber unter den Detinirten viele Angehörige anderer Nationen, wie Deutsche, Irländer und Franzosen, die in den schmutzigen Ställen Höllequalen auszustehen haben.

Das Blatt macht dann dem deutschen Vertreter beim amerikanischen Einwanderungsamt den Vorwurf, daß er nie zu finden sei, wenn hilflose, der fremden Sprache und Geseße unkundige Landsleute seiner Hilfe am dringendsten bedürfen.

Wir können nicht beurtheilen, was an diesen Vorwürfen wahr und was übertrieben ist. Da sie jedoch in voller Deffentlichkeit erhoben sind und immer von neuem erhoben werden, so wäre eine Aufklärung der Sachlage sehr erwünscht und dringlich.

### 1848. Erinnerungstage der Revolution.

22. Februar.

Die unverkennbaren Vorbereitungen der Pariser Regierung, die Truppenbewegungen, die auf Entfernung aller zum Barrikadenbau geeigneten Gegenstände abzielenden Polizei-Befehle hatten in Folge ein Vorgefühl eines herannahenden Gewitters hervorgerufen und bei den entschiedeneren Demokraten eine gewisse Kampfstimmung erzeugt.

Zu früher regnerischer Willerung brach der Morgen an. Troß des Regens wurde es auf den Straßen lebendig. Durch die Boulevards marschirten Volkshaufen, die sich auf der Place de la Concorde zusammenhaufen. Von der Place du Pantheon kam ein Haufe von über tausend Studenten herangezogen. Aus allen Straßen strömten neue Volksschaaren hinzu. Unausföhrlich wurde geschrien: „Es lebe die Reform! Nieder mit Guizot!“ Die Parzellirung erschallte. Ueber die Place de la Madeleine und durch die Rue Royale ging's zum Concordienplatz, wo man sich mit den schon vorhandenen Volkshaufen zusammensetzte. Dann zur Deputirtenkammer. Man drang in den Saal, der leer war. „Wir gehen jetzt weg.“ rief ein Arbeiter, „aber wenn wir wiederkommen, bringen wir eine Regierung von der Farbe Deiner Weste mit!“ Die Weste des angesprochenen Dieners war roth. Auf dem Concordien-Platz kam es mit der allzu schneidigen, im Volke verhassten Munizipalgarde zu Feindseligkeiten. Diese Polizeitruppe ritt und hante rücksichtslos in die Volksmassen. Diese erwiderten mit Steinwürfen und allerlei Schabernack. Laute Rufe nach Mache und „Zu den Waffen!“ schwirrten durch die Luft. Plötzlich stürzte alles nach dem Palais Guizot und ein Steinhaapel flog durch die Scheiben in das Innere. Schon war das Gaudohr erbrochen, da schaute die Menge vor den nachrückenden Bajonetten fliehen. Immer mehr verbreitete sich der Aufruhr über die Stadt.

Nachmittags um zwei Uhr war Kammeröffnung. Die Abgeordneten der Opposition wurden am Eingange zur Deputirtenkammer von den versammelten Volksmassen mit lebhaften Zurufen begrüßt. Auf der Tagesordnung der Kammer stand in diesem Augenblick, wo der Bürgerkrieg vor der Thür stand, die Frage der Erneuerung des Privilegiums der Bank von Bordeaux. Die mittlerweile beantragte Ministeranklage lautete auf Verletzung der Ehre und Interessen Frankreichs nach außen, sowie auf Verletzung der Prinzipien der Konstitution, Untergrabung der Finanzen und systematische Korruption. Guizot warf den Antrag nach Durchsicht verächtlich bei seite. Die Berathung desselben wurde auf den 24. festgesetzt.

In der Stadt wurde das Volk vom Militär zurückgeschlagen und zog sich immer mehr in das Zentrum des alten Paris zurück, jenes Labyrinth krummer und hügeliger Gassen, das von jeher der Herd der Revolution gewesen war. Alle Waffensläden wurden geplündert. 5 Uhr nachmittags erhielt das Militär den Befehl, die inneren Bezirke zu nehmen. Die Linie dachte nicht an Meuterei, hatte aber auch keine Kampfesstimmung. Die Nationalgarde, das bewaffnete Bürgertum, sympathisirte mit der Kammeropposition. Als sie nachmittags alarmirt wurde, blieben die Versammlungsplätze so gut wie leer. Gegen Abend waren die wichtigeren Punkte der Stadt mit Militär besetzt, vielfach erhoben sich aber auch schon Barrikaden. Abends feuerte eine Abtheilung Soldaten und einige aus der Volksmenge blieben todt.

Italien. In der Lombardei und Venetien wird an demselben Tage, wo in Paris die Unruhen beginnen, von den Oesterreichern, den Beherrschern des Landes, das Ständrecht erklärt. Man hoffte damit die auf die Einigung Italiens gerichtete, den Deutschen feindliche Agitation niederschlagen zu können. Diese den fremden Beherrschern feindliche Bewegung hatte mit der Zeit einen sehr leidenschaftlichen Charakter angenommen. Oesterreich unterhielt in seinen italienischen Besitzungen eine starke, größtentheils aus Nicht-Italienern bestehende Truppenmacht. Mit jener kurzfristigen und hinstrengen, welche das vormärzliche System Oesterreichs kennzeichnet, hielt der Höchstkommmandirende, Graf Radetzky, die österreicherische Herrschaft in Venetien und der Lombardei aufrecht. Zu hunderten wurden die italienischen Patrioten verfolgt, verbannt und in menschredlichen Kertern des Spielberges begraben. Die Stimmung gegen die Oesterreicher wurde von Tag zu Tag feindlicher, besonders seit der Thronbesteigung Pius des Neunten und in noch stärkerem Maße, seit der Gewährung der Konstitution im Königreich Neapel. Som 1. Januar 1848 ab enthielt sich die gesammte Bevölkerung des Rauchens, um den österreicherischen Staat, der das Tabakmonopol besaß, zu schädigen. Aus dem gleichen Grunde verzichteten die Italiener auf das Spiel im staatlichen Lotto, dem sie sonst leidenschaftlich fröhnten. Im Theater, auf den Promenaden kam es zu Demonstrationen. Blutige Zusammenstöße, Meutereien aller Art,



Spottlieder auf die Deutschen, Beschimpfungen und Bedrohungen der „Barbaren“ waten an der Tagesordnung. Die österreichischen Soldaten lebten wie in Feindesland. Da schritt denn die Wiener Regierung ein, verstärkte die Truppenmacht, verschärfte die Polizeiaufsicht und verhängte am 22. Februar den Belagerungszustand. Diese Maßregel hinderte freilich nicht, daß wenige Wochen darauf doch der Aufstand losbrach.

## Politische Ueberblick.

Berlin, 21. Februar.

**Aus dem Reichstage.** Das Gehalt des Kriegsministers mußte heute noch für die ganze vier Stunden lange Sitzung vorbehalten zu Auseinandersetzungen über den Werth des stehenden Heeres und des Militärsystems, die Behandlung der Arbeiter, deren Löhne und Arbeitszeit in den Militär-Veranstaltungen, Soldatenmishandlungen etc.

Zu Beginn der Verhandlungen verwarf der Abgeordnete Singer sich gegen die Art, mit der der Herr Kriegsminister in der letzten Sitzung von dem Abg. Meister als von einem „Genossen“ gesprochen und eine beiläufige Aeußerung desselben in der Budgetkommission im Plenum in ganz schärfster Beleuchtung wiedergegeben habe. Die sozialdemokratischen Abgeordneten verzichteten darauf, zu dem Herrn Kriegsminister in irgend welche gesellschaftliche Beziehungen gebracht zu werden. Herr v. Stumm fühlte sich berufen, für den Kriegsminister eine Lanze einzulegen. Er that dies in der bei ihm nachherode zur Manie ausartenden Weise, daß er den Gegner, dieses Mal wieder die sozialdemokratischen Abgeordneten, in größter Weise zu beleidigen suchte. Dieser Großindustrielle und Waarenlieferant für das Reich, dem also schon aus diesem Grunde der gute Geschmack — wenn er solchen hätte — sagen müßte, daß er eigentlich in das Parlament überhaupt nicht hinein gehört, er warf den Arbeitervertretern wieder einmal die Arbeitergroßfurcht vor, er stellte wieder seine alberne Behauptung auf, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten überhaupt nicht im Reichstage gebildet werden sollten, weil sie, entgegen der Verfassung, Präden beziehen. Dieses Argument, das in Dalkorf ausgeheckt sein könnte, wurde natürlich mit gebührender Heftigkeit aufgenommen. Im Kriegsministerium ist seit der letzten Debatte die Broschüre unseres Genossen Webel eingetroffen und den Leuten unserer Armee ließ es sich denn auch anlegen sein, sofort eine gefährliche Klame für das Schriftchen in die Welt zu setzen. Freilich war dies nicht die Absicht des Redners, aber das ist für den Erfolg gleichgültig. Der Herr Kriegsminister verfuhr gegen die Angaben der Broschüre zu polemischen, that dies aber in einer so unglücklichen Weise, daß ihm Webel auf dem Platze nachwies, daß er so ziemlich das gerade Gegenteil in das Schriftchen hineingelesen habe, was darin steht.

Der Abgeordnete Kunert kam auf seine neulichen Ausführungen, besonders auch auf die Zustände in den Militärwerkstätten und speziell der Artillerie-Veranstaltungen in Spandau zurück. Der Redner hat in der Zwischenzeit das Material für seine Beschwerden vervollständigt und bereichert. Kunert hielt in allen wesentlichen Punkten seine Angaben aufrecht, fügte neue Beschwerden daran und übte scharfe Kritik an den Einrichtungen in diesen „staatlichen Musterwerkstätten“. Herr Pastor Schall als Vertreter für Spandau suchte Kunert zu widerlegen, holte sich aber nur die bei ihm gewohnte Abfuhr, die neben Kunert auch Webel mit besorgte.

Zum Schluß kam es noch zu äußerst scharfen persönlichen Auseinandersetzungen zwischen Stumm und Kardorf eines und unsern Genossen Singer und Legien andererseits. Dann wurde das Gehalt des Ministers bewilligt. Morgen 2 Uhr Fortsetzung des Militäretats. —

**Das preussische Abgeordnetenhaus** erledigte heute in ziemlich langer, stellenweise recht stürmisch verlaufender Sitzung mehrere weitere Kapitel des Etats des Ministeriums des Innern, doch wurde weniger über den zur Beratung stehenden Gegenstand, der doch wirklich wichtig genug ist, gesprochen, als vielmehr über persönliche Angelegenheiten einzelner Mitglieder, die ja an sich nicht interessant und beunruhigend sein mögen, jedoch in eine gefährliche Körperschaft schwerlich hineingehören. Ob Herr Dietrich Dahn sich zum Eintritt in die nationalliberale Fraktion gemeldet hat aber nicht angenommen ist, ob das Verhalten des Herrn Schoof in der Frage der vorjährigen Vereinskongresse eine mannbare gewesen ist, ob Herr Ricker seinen Grundbesitz an Gemüse oder an Kartoffelbau verpachtet hat — alles das mögen ja Fragen sein, die die betreffenden Herren ungemein nahe berühren, deren Erörterung im Parlament aber doch mindestens höchst überflüssig ist. Uns fehlt wenigstens das Verständnis dafür, wie diese Dinge mit dem Etat des Ministeriums des Innern zusammenhängen. Und doch unterhielten sich die Mitglieder volle fünf Stunden darüber. Zuerst mußte man ein Ständchen zwischen dem Abg. Ricker auf der einen und dem Abg. Gamy und v. Heydebrack auf der anderen Seite anheben, und als man dies glücklich überwunden hatte, mußte man ein ungleich schärferes und längeres Redeturier zwischen den Herren Dr. Dahn und Dr. Sattler über sich ergehen lassen, das schließlich damit endete, daß beide Kämpfer vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wurden. Schuld an der heftigen Fehde ist der Umstand, daß sich die Nationalliberalen und der Bund der Landwirthe nicht über den Begriff der Politik der Sammlung einigen können; jeder versteht darunter etwas anderes, und so sammeln sie sich denn vorläufig zum Kampfe gegen einander.

Der unerbittlich scharfe Ton, mit dem Minister Freiherr v. D. Reke und Unterstaatssekretär Braunbehrens den polnischen Abgeordneten Schröder und v. Garkinski auf ihre Beschwerden über „bewusste Rechtsdrängung“ in den polnischen Landesparlamenten antworteten, legt die Vermuthung nahe, daß der Minister seine Antändigung vom vorigen Jahre, strengere Gesetzesvorlagen zur Abwehr der großpolnischen Agitation einzubringen, in die That umsetzen beabsichtigt und daß er damit rechnet, daß die Reumathen in diesen und anderen reaktionären Plänen gefügiges Abgeordnetenhaus erzeugen.

Morgen wird die Beratung fortgesetzt. Außerdem steht der Gesetzentwurf betr. Ausdehnung des Anerkennung auf Westfalen auf der Tagesordnung. —

**Im Joch der Bündler.** Einen sogenannten Parteitag haben die Nationalliberalen der Provinz Sachsen in Magdeburg abgehalten. Parteitag nennen sie's, aber die ganze Herrlichkeit bestand in zwei Reden der Herren Dr. Friedberg und v. Cynern, wie sie solche zu Duzenden schon in und außer den Parlamenten haben hören lassen. Und trotzdem war der „Parteitag“ nicht ganz uninteressant und nicht ganz wertlos.

Nicht uninteressant war die Thatsache, daß eine Anzahl Parteigenossen der Provinz Sachsen aus Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Haltung eines Theiles der Fraktion die Theilnahme am Parteitag abgelehnt hat, wie Herr v. Cynern mittheilte. Wenn man nicht mehr auf den

selben Parteitag mit einander gehen mag, dann ist man auch nicht mehr einer Partei.

So also treten die Nationalliberalen in den Wahlkampf, zersplittert und uneinig. Für bedauerlich erklärte es ebenfalls der Abg. v. Cynern, daß sich eine links stehende Presse an unseren Schoof anhängt und sich für nationalliberal ausgiebt. Der Redner wies dabei geradezu auf die „Nationalzeitung“ hin. Man muß gestehen, die Herren Nationalliberalen müssen sich sehr obenauf fühlen, wenn sie meinen, sich den Luxus von solcherlei Abplitterungen und Spaltungen erlauben zu dürfen. Aber, die Aermsten wissen nicht ein und aus; wehe ihnen, wenn sie die „Nationalzeitung“ nicht von sich abschütteln wollten, dann würde die Anthe des Herrn v. Blö über sie kommen und die Bündler würden ihnen zahlreiche Mandate abjagen. Die Angst vor den Bündlern hat die Nationalliberalen völlig agrarisiert.

Und dies ist das Werthvolle des „Parteitages“ von Magdeburg. Auch die Nationalliberalen der Provinz Sachsen, das ist nun wiederum und endgiltig erwiesen, haben sich mit Mann und Maus dem Agrarierthum ergeben. Es ist schon ein Großes, daß Herr Dr. Friedberg feste Bolkverträge für die Industrie noch für nöthig hält. Im übrigen kann Herr Dr. Dahn sehr zufrieden mit ihm sein. Er schalt die jetzigen Handelsverträge schlecht und verderblich für die Landwirtschaft. Er trat ein für Erhöhung der Kornzölle. Mein Liebchen, was willst Du noch mehr?

Und die Herren scheinen selbst zu empfinden, daß es mit ihrer neuen Wirtschaftspolitik eine bedenkliche Sache ist. Wenigstens bemühen sich die Redner, diese wirtschaftlichen Fragen als minder wichtig hinzustellen. Die Grundlagen sind nicht die wirtschaftlichen Fragen, sondern die Plottenvorlage bildet die Parole,“ sagte Abg. v. Cynern.

Herr v. Cynern irrt; alle Klünste werden, selbst im Falle einer Reichstagsauflösung wegen des Flottengesetzes, nicht versagen, um das deutsche Volk über die Attentatspläne der Kornwucherer, zu denen sich die Nationalliberalen gesellt haben, hinwegzutäuschen.

Es ist gut, daß alle Welt sieht, woran man mit den Herren Nationalliberalen ist. Die Magdeburger Tagung dürfte den Gegnern dieser Partei mehr genützt haben als ihr selbst. —

**In Ungarn herrscht nun ein Sozialistengesetz ohne Gesetz, lediglich auf der Willkür der Regierung und der Charakterlosigkeit des Parlaments aufgebaut.** Aus Budapest wird telegraphirt:

Infolge der fortwährenden sozialistischen Unruhen werden jetzt auf Verfügung des Ministers des Innern alle sozialistischen Führer, die sich an Orten aufhalten, in denen sie nicht zuständig sind, an die Grenze oder an ihre Zuständigkeitsorte abgeschoben. Hier und in Neubudapest sind bereits solche Ausweisungen erfolgt; weitere Ausweisungen stehen bevor. Auch im Befehl Komitat sind neuerdings Unruhen ausgebrochen.

Der „Pester Lloyd“, das Organ der Regierung, schreibt in seiner letzten und zugegangenen Nummer:

„In einer von der Zentralleitung einberufenen geheimen Sitzung, an welcher auch die Vertrauensmänner der Budapester Bezirksorganisationen theilnahmen, wurden die polizeilichen Verfügungen, welche eine vollständige Unterdrückung der sozialistischen Propaganda bezwecken, eingehend besprochen. Auch die Eventualität der Ausweisung der nach Budapest nicht zuständigen Arbeiterführer wurde zur Sprache gebracht. Nach eingehender Diskussion der Sachlage wurde beschlossen, die Aktion der Polizei mit der Zustimmung von großen Streiks für das Frühjahr zu beantworten. In das Programm wurden Streiks der Bauarbeiter, der Zimmermanns-Gewerkschaft, der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbediensteten und der Buchhändler aufgenommen. In diese Arbeitseinstellungen soll sich sodann der Landesstreik der Ernte-Arbeiter anschließen. Die eventuell ausgewiesenen Arbeiterführer sollen durch Stellvertreter ersetzt werden, die nach der Hauptstadt zuständig sind. Am 13. März l. J. soll ferner eine große Arbeitermanifestation inszenirt werden, zu deren Theilnahme sämtliche Arbeiterorganisationen gerufen werden. Geküert berichteten wir, daß das Partei-Organ „Rephava“ mit der deutschen Beilage „Die Volksstimme“ abends zum ersten Male mit politischem Inhalt erschienen. Die Blätter gelangten jedoch nicht zur Veröffentlichung, da sie alsbald nach ihrer Ausgabe von der Staatsanwaltschaft konfisziert wurden. Inmitten erscheinen die Artikel: „Noches Blut für den Boden“ und „Titel und Ordensmark“ wegen ihres aufrührerischen Inhaltes. Der Konfiskation verfiel auch das für die Landbevölkerung bestimmte Blatt „Blüthenabblügel“. Wegen des Verfasser eines Artikels soll gleichzeitig wegen des Verbrechens zur Aufreizung zum Klassenhass ein Prozeß eingeleitet werden. Angeblich soll es gelungen sein, ein Paket, welches 200 Exemplare des genannten Blattes enthielt, den Nachforschungen des in der Redaktion der „Rephava“ erscheinenden Polizeibeamten Spergely zu entziehen. Das Blatt soll übrigens von der nächsten Woche an zu erscheinen anheben. Im Laufe des Nachmittags wurden anlässlich einer zweiten, vom Stadthauptmann Pflanz vorgenommenen Hausdurchsuchung in der Redaktion der „Rephava“ 3000 Exemplare eines in slowakischer Sprache verfaßten Auftrages an die Bauarbeiter faßirt.

Heute Vormittag wurden bei der Oberstadthauptmannschaft die Arbeiterführer Max Großmann und Edward Baros neuerdings photographirt, da ihre ersten, für das Polizei-Album bestimmten Aufnahmen miltungen waren. Auch der Arbeiterführer Alexander Haby wurde heute zur Polizei zitiert und wegen Theilnahme an einer am 12. d. M. in Rußpeß stattgehabten Versammlung, welche behördlich nicht angemeldet wurde, zu 100 Gulden Geldstrafe verurtheilt. Dem Euberser der Versammlung Adolf Rosenberg wurde eine Geldstrafe von 20 Gulden zuerkannt.“

Aus Budapest wird noch telegraphirt:

Der Obergespan von Szabolcs wurde heute vom Kaiser empfangen. In der Audienz erstattete er dem Monarchen Bericht über die Zustände im Szabolcser Komitat. In militärischen Kreisen gilt die Situation in den von der Agrarbewegung ergriffenen Gebieten als ungemein ernst. Die Aris des Kriegsministers nach Budapest ist hauptsächlich durch die im großen Maße zu treffenden militärischen Maßnahmen veranlaßt. Da die Truppen des zuständigen Korps nicht ausreichen, sollen von Nachbarcorps Truppen zur Dämpfung der Bewegung herangezogen werden.

**Für die Schweiz** war der 20. Februar d. J. ein Ehrentag. Mit 384 146 gegen 177 180 Stimmen hat das Schweizer Volk den Rücklauf der Eisenbahnen beschlossen. Im weltverlorensten Vergleichen, in jeder Pinte, an jedem Viertel wurde die große nationale Frage erörtert, eine Aufregung, wie man sie seit dem Sonderbunds-Kriege von 1847 nicht mehr gesehen, ging durchs Land und auch der letzte Bürger zeigte dieser großen Angelegenheit gegenüber ein Interesse, wie man es bisher noch nie hat wahrnehmen können. Man mag in monarchisch oder parlamentarisch regierten Staaten den Kopf darüber schütteln und sich fragen, ob denn eine solche Frage, die ja ihrem ganzen Wesen nach eine rein wirtschaftliche, geschäftliche und technische ist, vor das Forum des ganzen Volkes gehöre. Vom schweizerischen Standpunkt aus gesprochen, scheint gerade eine solche eminent wichtige Frage die großen Vortheile der demokratischen Staatsform, welche die Entscheidung in die Hand der Gesamtheit legt, aus glänzendste zu beweisen. Ganz abgesehen von

der erhebenden Thatsache, daß das ganze Volk die Frage zu der seinigen macht, liegt eine gewaltige politische Schulung und eine belebende Aufregung, auch der untersten Volksschichten, in einer solchen großen Landesagitation. Wenn auch das Volk über viele Detailfragen, die mit dem Rücklauf der Bahnen zusammenhängen, kein richtiges Urtheil wird abgeben können, so ist doch die Hauptfrage: Staatsbahn oder Privatbahn? so allgemein verständlich, daß man auch dem letzten Bürger darüber ein Urtheil zutrauen darf.

Noch niemals war die Betheiligung an einer schweizer Volksabstimmung so stark, wie bei der am letzten Sonntag. Die Idee der Verstaatlichung und des staatlichen Eingreifens in die Wirtschaftsverhältnisse, welche in der Schweiz gleichzeitig ein Erfolg des Centralismus über den Föderalismus, der Demokratie über die Plutokratie, der modernen Sozialpolitik über das Manchesterthum ist, macht in der Schweiz große Fortschritte. Am 21. Oktober 1877 wurde das eidgenössische Fabrikgesetz mit einer Mehrheit von bloß 10 374 Stimmen und zwar mit 181 204 gegen 170 857 Stimmen angenommen. Am 4. Oktober 1896 wurde der Vorläufer des nun angenommenen Verstaatlichungsgesetzes, das Gesetz über das Eisenbahn-Nachungsgesetz mit 223 228 gegen 176 577 Stimmen angenommen. Trotz der angelegentlichsten Agitation, trotz der reichlichsten Geldzuschüsse zu derselben von ausländischen vornehmlich deutschen Bankiers, trotz der Klüßlichkeit in der Wahl der Mittel hat das schweizer Volk mit einer mehr als Zweidrittel-Mehrheit die Verstaatlichung seiner wichtigsten Verkehrswege beschlossen. Noch niemals wurden so viele Stimmen bei einer schweizer Volksabstimmung abgegeben, noch nie freilich hat seit 1847 ein politischer Kampf das Volk der Verge so in seinen Tiefen aufgeregt.

Die Arbeiterchaft war in vollster Einmüthigkeit für den Rücklauf der Eisenbahnen eingetreten, ihr waren Garantien gegeben worden für Freiheit, würdige Behandlung und anfängliche Entlohnung der Arbeiter und Angestellten, eine weitgehende Selbstverwaltung, Kantelen gegen das Ueberwuchern des Bureokratismus waren gesichert, so daß man der durch das demokratische System der Schweiz zum Vorkommen des Volkswillens gemachten Regierung ganz wohl diese große Erweiterung ihrer Befugnisse gewähren konnte.

Die Verstaatlichung erstreckt sich zunächst auf die fünf Hauptbahnen, auf die 2571 von den 8500 Kilometern der Gesamtlänge der schweizerischen Eisenbahnen entfallen. Der Ankaufspreis soll gegen eine Milliarde Franken betragen, und die erforderlichen Geldmittel sollen durch Emission von Anleihen mittels Ausgabe von Obligationen oder Rententiteln beschafft, in 60 Jahren amortisirt und mit 3 1/2 pCt. verzinst werden. Die Eisenbahn-Verwaltung soll eine selbständige, von der übrigen Bundes-Verwaltung völlig getrennte Einrichtung sein. Durch die Schaffung von fünf Eisenbahnkreisen mit Kreisdirektionen in Zürich, St. Gallen, Basel, Lausanne und Luzern und Kreis-Eisenbahnräthen, welche letztere in der Mehrzahl ihrer Mitglieder von den Kantonen gewählt werden, ferner durch die Wahl von 25 Mitgliedern in den fünfundsünfziggliedrigen Verwaltungsrath durch die Kantone soll einer übermäßigen Zentralisation vorgebeugt und die demokratische Verwaltung der Bundesbahnen gesichert werden. Der Reinertrag derselben soll zunächst für die Verzinsung und Amortisation der Eisenbahnschuld verwendet werden. Von den weiteren Ueberschüssen sollen 20 pCt. in einen Reservefonds gelegt, die übrigen 80 pCt. im Interesse der Bahnen zur Erhebung und Erleichterung des Verkehrs, insbesondere zur Herabsetzung der Personen- und Gütertarife und zur Erweiterung des Eisenbahnetzes durch Nebenbahnen verwendet werden. Post, Telegraphen, Telephon und Alkoholmonopol befinden sich in der Schweiz bereits in staatlichem Betrieb.

Mit Ausnahme der Eisenbahn-Aktionäre herrscht in der Schweiz heftiger Jubel über das Ergebnis des gestrigen Tages. Es ist ein Beweis für die hohe politische Reife, für die Urtheilskraft des schweizer Volkes, das sich würdig erwiesen hat der großen Rechte die es befiht. —

**Der Streit um das Nigergebiet.** Während die französischen Expeditionen im Hinterland von Lagos von den Engländern sehr unangenehm empfunden werden, sucht man in Paris diese Vorgänge möglichst harmlos hinzustellen. Der „Temps“ will aus dem Kolonialministerium erfahren haben, daß der Zwischenfall in Borea im Nigerbogen nicht den beunruhigenden Charakter hatte, welchen ihm die englischen Blätter beimessen. Beide Regierungen hätten übereinstimmend ihren Vertretern jedes gewaltsame Konflikte herbeiführende Vorgehen unterlagt.

In England, wo man in kolonialen Angelegenheiten schon lange sehr nervös ist, nimmt man die Sache keineswegs so leicht.

La 3. „Nent'sche Bureau“ hat aus Afrika gemeldet, zwei französische Expeditionen rücken gegen Sokoto vor, 6 Offiziere und 200 Mann seien bereits in Agnau und Jigga auf dem halben Wege zwischen dem Niger und der Stadt Sokoto eingetroffen. Der Sultan von Sokoto habe an die Franzosen Befehle gesandt, vierzig Meilen von der Hauptstadt anzuhalten. Der Generalagent der Nigerr-Kompagnie Wallace halte die Streitkräfte der Kompagnie mit Munition und Provision bereit, um dem Sultan beizustehen bei der Forderung der Räumung des englischen Gebietes durch die Franzosen. Derselbe warte jedoch noch Instruktionen ab.

Diese Mittheilungen veranlassen die Blätter zu ersten Betrachtungen. Die „Times“ sagen, die Nachrichten aus Afrika seien fast ungläublich, aber schon vorher sei genug geschehen, um die Gefühle des britischen Volkes aufs tiefste zu erregen. Wenn die Gefahr nicht schleunigst beseitigt werde, welche in der Gestalt des feindseligen Herumstreifens von bewaffneten Banden liege, so sei ein Uebel nur zu wahrscheinlich. Die Grenze der Rücksichtnahme, welche man Frankreich in Westafrika gezeigt habe, sei erreicht. Die „Morning Post“ giebt der Meinung Ausdruck, ein Krieg mit den Franzosen im Nigerlande wäre besser als die jetzige Lage. „Daily Mail“ sagt, daß man eine Verstärkung der Nachrichten, daß eine französische Expedition in Sokoto angekommen sei, erhalten habe. Die Nigerr-Kompagnie habe von der Regierung den Befehl erhalten, nachdem sie die Vermittlung vergebens angewandt hatte, sich mit Gewalt dem Vordringen der Franzosen zu widersetzen.

Zu alledem soll durch diese west-afrikanischen Vorkommnisse ein Konflikt zwischen dem Kolonialminister Chamberlain und dem Ministerpräsidenten Lord Salisbury entstanden sein. Chamberlain habe, so verlautet, seine scharf zugespitzten Auslassungen gegen Frankreich im Unterhaus ohne des Premier's Zustimmung gemacht. Man



erwartet einen offenen Bruch zwischen den beiden zur Zeit in der englischen Auslandspolitik maßgebendsten Persönlichkeiten.

**Die Erschließung Chinas.** Eine höchst bedeutsame Nachricht erhalten die „Times“ aus Peking:

Die chinesische Regierung habe die Öffnung aller Binnenengewässer für Dampfschiffe, gleichviel ob Ausländern oder Einheimischen gehörig, zugestanden unter Anwendung von Verordnungen, welche späterhin festgesetzt werden sollen. Wenn dieses Zugeständnis nicht durch die späteren Verordnungen beschränkt werde, könnte es zufriedenstellend sein und verspreche weite Ausdehnung des ausländischen Handels. Das Zugeständnis trete binnen vier Monaten in Kraft. China habe sich auch darauf eingelassen, einen Vertragshafen in Hunan innerhalb zweier Jahre zu öffnen, und zwar Nutschau nahe dem Jangtsiekang. Als Grund für die Aufschubung der Öffnung sei vom Tsung-ly-namen angegeben worden, daß die Zentralbehörde jetzt nicht die Macht habe, die sofortige Öffnung irgend eines Hafens in Hunan zu erzwingen oder die Ausländer in dieser Provinz zu beschützen. China habe England genügende Sicherheit gegeben, daß es keiner anderen Macht irgend einen Theil des Jangtsiekang-Thales abtreten werde.

Die Konzessionen, die China nach dieser Mittheilung gemacht hat, entsprechen zum großen Theil den Forderungen, die England für die Uebernahme einer Anleihe gestellt hatte. Der Mittheilung dieser Konzessionen dürfte wahrscheinlich die Kunde folgen, daß die Anleihe ebenfalls mit England abgeschlossen ist.

England scheint also bei diesen Verhandlungen mit China keineswegs so ungünstig abzuschließen, wie vielfach, besonders auch in der englischen Presse, angenommen wurde. Das Kabinet Salisbury dürfte durch diese Erfolge erhebliche Stärkung erfahren.

Nicht klar ist die Stelle der „Times“-Meldung, die von dem Vertragshafen in Hunan handelt. Es ist daran zu erinnern, daß bereits im Frieden von Schimonoseki ein Vertragshafen in dieser Provinz gewährt worden ist. Die Provinz Hunan ist eine der reichsten Provinzen des chinesischen Reiches; sie liegt im Innern, südwestlich der Provinz Schantung am Hoangho.

Die Eröffnung aller chinesischen Binnenengewässer für ausländische Schiffe wird eine sehr große Bedeutung für die weitere Erschließung Chinas und den europäischen Handel haben. Damit ist ein Ziel erreicht, das seit Jahrzehnten von den Kaufleuten und Diplomaten Englands und anderer europäischer Staaten heiß erstrebt wurde.

### Deutsches Reich.

Die Steuereinnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern hat für die ersten 10 Monate des laufenden Finanzjahres 608,9 Millionen oder 11,1 Millionen weniger wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen. Die Zölle haben 6,7 Millionen, die Branntwein- und Materialsteuer 2 Millionen und die Brausteuer 1,4 Millionen mehr erbracht, dagegen hat die Zuckersteuer ein weniger von 20,7 Millionen zu verzeichnen gehabt. Von den übrigen Einnahmen hat die Börsensteuer ein geringes Weniger von etwas über 100 000 M., die Lotterieloose-Steuer ein Weniger von rund 1 Million ergeben.

Herr von der Rede hat bekanntlich im Abgeordnetenhause versucht, die nur allzu berechtigten Vorwürfe wegen der immer zahlreicher und habuehender werdenden polizeilichen Uebergriffe dadurch abzuschwächen, daß er einen scharfen Angriff gegen die Presse unternahm.

Ich muß mich darüber beklagen, daß in einem Theil der Presse sehr häufig mit unrichtigen Thatsachen operirt und daß dieser Theil leider nicht immer ehrlich genug ist, unrichtig befundene Thatsachen zu widerrufen und zu berichtigen, eifrig er paratistisch aus.

Die „Frankf. Zig.“ läßt den Herrn Minister eine sehr deutliche Abfertigung zu Theil werden, die in der Aufforderung ausflingt, zunächst vor der eigenen Thür zu kehren. Nachdem sie die deutsche Presse ganz allgemein in Schutz genommen, läßt sie fort:

Der Vorwurf des Ministers trifft übrigens auch nicht einmal auf den schlechtesten Theil der Presse zu, denn wenn es sich wirklich darum handelt, unrichtig befundene Thatsachen zu widerrufen und zu berichtigen, so wissen der Minister und seine untergeordneten Organe sehr wohl, gegenüber der Presse von dem § 11 des Preßgesetzes Gebrauch zu machen. — Wie aber steht es umgekehrt, wenn ein Minister der Presse gegenüber sich Inkorrektheiten zu Schulden kommen läßt? Ein Kollege des Herrn v. d. Rode ist gerade augenblicklich Gegenstand einer weit ausgedehnten Preßfehde. Er hat vor verammeltem Parlament eine Darstellung eines vielbesprochenen Falles gegeben, in welcher er eine in der Presse veröffentlichte sehr wesentliche Episode wegließ, und trotzdem seine Rede mit den Worten schloß: „Das, meine Herren, ist die unbedingte Wahrheit über den Fall.“ Er hat, als er aus der Mitte des Hauses auf diese Episode aufmerksam gemacht wurde, seine Darstellung mit derselben Begünstigung rekapitulirt und nochmals verichert, die „ganzen Vorgänge“ jetzt rückhaltlos dargelegt zu haben. Es ist der Kultusminister Hoffe, der sich rühmt, er könne auch ohne Geset einen Privatdozenten aus eigener Nachvollkommenheit revidieren, und dem es mangelt an der durch die Presse bekannt wurde, daß er im „Fall Kronz“ diesen Versuch gemacht, aber vor dem energischen Protest des Privatdozenten sofort zurückgewichen ist.

Nach einer kurzen Rekapitulation der Enthüllungen und Erörterungen in der Presse schließt die „Frankf. Zig.“ mit folgenden Worten:

Der sträubte sich in diesem Falle, Unrichtiges zu berichtigen? Die Presse oder der Minister, der dabei blieb, „die ganzen Vorgänge“ dargelegt zu haben? Gegen die Presse hätte es einen Berichtigungsantrag gegeben, gegen den Minister giebt es einen solchen nicht. Der wirklich „gut und ansähdig gestimmte Theil der Presse“ bedarf der Mahnung des Freiherren v. d. Rode nicht, nachzusinnen, ob es nicht Mittel und Wege giebt, um dem gekennzeichneten Unfug zu steuern; jeder, der den Betrieb einer Zeitung kennt, weiß, wie unendlich viel Sorgfalt und Mühe gerade darauf verwendet wird, die Berichterstattung so wahrheitsgetreu wie nur denkbar zu gestalten. Und jedenfalls lag in dieser Mahnung an die Presse für den Minister des Innern kein Anlaß vor, in einem Augenblick, in dem er für diese Mahnung an dem eigenen Kollegen ein soviel geeigneteres Objekt hatte.

Die „National-Zeitung“ und der Selbstmord des Grenadiers Hermann Marzillier. Am 4. August 1896 meldete der „Vorwärts“, daß der Grenadier Marzillier, der im ostpreussischen Grenadier-Regiment in Königsberg in Dispenzen diente, wenige Tage vorher, am Sonntag, den 28. Juli, abends gegen 9 Uhr, über die Ballustrade gesteuert sei, um sich im Fechtungsgraben zu erdrosseln. Man fand seine Leiche nach kurzer Zeit im Fechtungsgraben. Die Militärbehörde richtete damals an einen in Berlin ansässigen Bruder des Verstorbenen einen Brief, worin sie den Todesfall meldete und die Vermuthung ansprach, daß Hermann Marzillier die That wahrscheinlich in einem Anfall von Geistesgekränktheit begangen habe. Diese Vermuthung schien und nicht zureichend. Umfomehr mußten wir aber in Zweifel gerathen, als Marzillier nach kurz vor seinem Tode zwei Stunden Pöken gehalten hatte. Nach Lage der Dinge beschränkten wir uns damals lediglich auf die Wiedergabe der Thatsachen, wobei wir allerdings sehr energisch eine Untersuchung an Ort und Stelle verlangten, um die wirklichen Gründe zu ermitteln, die den Mann in den Tod getrieben haben.

Die „National-Zeitung“ entrüstete sich damals gewaltig über unsere rein sachlichen Ausführungen. Sie schrieb:

Gegen solche frivolten Nachwerte wie dieses, welches zwischen den Zeilen der dienstlichen Behandlung des Verunglückten die Schuld an dem Tode desselben demüthet, einzuwechseln, dazu gewährt das Strafgesetzbuch keine Handhabe. Es ist daher einfach Pflicht der Militärverwaltung, wenn sie mit allen gesetzlichen Mitteln zu verhüten sucht, daß wenigstens solche unqualifizierbaren Vergehungen, wie die vorliegende, von der Armee und ihren Angehörigen ferngehalten werden.

Der Fall Marzillier wurde am Freitag voriger Woche abermals im Reichstage durch den Abgeordneten Bebel zur Sprache gebracht. Der Kriegsminister v. Götzer gab zu, daß der Grenadier Marzillier von dem Unteroffizier Hungs, nicht Rungs, wie es im Reichstagsbericht heißt, gemißhandelt wurde. Hungs sei zum Gemeinen degradirt und mit 6 Monaten Gefängniß bestraft worden. Auch seien Kameraden des unglücklichen Marzillier bestraft worden, weil sie nicht den Muth hatten, die Mißhandlungen anzuzeigen.

Wird nun die „National-Zeitung“ für den Fall Marzillier ihre Spalten öffnen und so dazu beitragen helfen, daß Mißhandlungen beim Militär, welcher Art sie auch seien, der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden, oder wird sie sich in gewohnter Weise, trotzdem Mißhandlungen vom Kriegsminister bestätigt wurden, darüber ausschweigen?

Wer hat auch in diesem Falle mehr der journalistischen Pflicht genügt, wer mehr die Interessen des Volks gewahrt, die leitende „National-Zeitung“ oder der „Vorwärts“?

— Strafverurtheilung zweier Amtsrichter. Eine Duell-Affäre, welche feinerzeit viel besprochen wurde, hat nunmehr die Verurtheilung der dabei beteiligten Personen zur Folge gehabt. Es handelt sich um die Amtsrichter Clausen und Lindemann in Apenrade. Clausen wird vom 1. April d. J. an das Amtsgericht zu Lottland und Lindemann von demselben Zeitpunkt ab an das Amtsgericht zu Garding verlegt.

— Der Staatssekretär v. Bülow hat der Direktion der „Samburg-Amerikanischen Pottschiff-Mitien-Gesellschaft“ besonderen Dank übermittelt, weil Schiffe dieser Gesellschaft sich bei dem Zwischenfall von Haiti und durch schnelle Beförderung des deutschen Geschäftsträgers Grafen v. Schwerin nach Puerto Plata den deutschen Interessen förderlich gewesen seien.

— Minden (Westfalen), 19. Februar. Die städtischen Kollegien haben einstimmig beschlossen, von dem Garantiebetrage, welchen die Provinz Westfalen für den Mittelland-Kanal leisten soll, die Hälfte als freiwillige Vorleistung zu übernehmen.

— Der württembergische Landtag ist auf den 8. März einberufen worden.

— Chronik der Majestätsbeleidigungen-Prozesse. Die Strafkammer zu Colmar im Elsaß verurtheilte den Schweizer Staatsangehörigen Rudolf Egga wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängniß.

— Kolonialk. Die deutschseits in London gegen die englischen Besitzergreifungen in der neutralen Zone des Hinterlandes von Logo eingeleiteten Proteste haben Erfolg gehabt. Das britische Kolonialamt hat den Gouverneur der Goldküste angewiesen, die englischen Agenten und Truppen aus der neutralen Zone zurückzuziehen.

### Frankreich.

Paris, 20. Februar. Unter Leitung Millavoys fand eine antientliche Demonstration statt. Rochefort, der sich ins Gefängniß begab, um seine Strafe von 5 Tagen zu verbüßen, wurde von großen Menschenmassen gefeiert.

### Italien.

Zu Troina (Sardinien) verlangten 300 Personen, die zum Theil bewaffnet waren, vom Bürgermeister Brot. Der Polizei gelang es nicht, die Demonstranten auseinander zu treiben, so daß Militär mit scharf geladenen Gewehren einschritt. Vier Banern wurden erschossen, ein Lieutenant und vier Soldaten verwundet.

### Spanien.

— Erfolge der Aufständischen auf Kuba. In New-York eingetroffene Meldung zufolge ist eine große Militärexpedition in Marianna auf Kuba gelandet. Der Führer der Aufständischen, Gomez, dringt immer weiter nach Westen vor. In zwei Gefechten vertrieben die Spanier vergebens, die Aufständischen zurückzuschlagen.

### Türkei.

— Die Frage der Kandidatur des Prinzen Georg ist vorläufig in den Hintergrund getreten. Jedoch ist sicher anzunehmen, daß die russische Regierung diese Kandidatur nicht für aufgehoben, nur für aufgeschoben hält. Ueber die fortwährende Abneigung des Sultans gegen diese Kandidatur will der Konstantinopeler Korrespondent der „Nowosti“ erfahren, daß der Sultan die Kandidatur des Prinzen Georg für den Gouverneurposten in Arela unter gar keinem Umfande akzeptieren werde, auch dann nicht, wenn ihm Rußland mit einer Kriegserklärung drohen würde. Die Motive dieser Parteilichkeit des Sultans lägen in den zahlreichen Berichten über die Stimmung der Mohammedaner, welche dem Sultan zugegangen sind. Von sämmtlichen Ghäts der Verwaltung in der Türkei als auch vom Scheich-ul-Islam wären dem Sultan untrügliche Beweise dafür zugekommen, daß die Annahme der Kandidatur des Prinzen Georg eine Erhebung aller rechtläubigen Moslims herbeiführen würde, welche den Thron des Großherrn ins Wanken bringen könnte.

### Amerika.

New-York, 20. Februar. („Frankf. Zig.“) Die Garnisonen aller Seestädte wurden verüßt. Diese Maßregel beruht indess auf einem von der Regierung längst entworfenen Plan.

Washington, 19. Februar. In Beantwortung des Ersuchens Spaniens um Vornahme einer gemeinsamen Untersuchung des Vordens der „Maine“ und der umliegenden Theile des Hafens hat die Regierung der Vereinigten Staaten mitgetheilt, daß sie eine unabhängige Untersuchung vorziehe, aber bereit sei, Spanien jede Erleichterung bei der Durchführung einer eigenen Untersuchung zuzulassen.

Die Untersuchungen des gesunkenen Panzer-Schiffes „Maine“ durch von amtlicher Seite gestellte amerikanische und spanische Taucher haben begonnen.

Admiral Monterola, Marinekommandant in Havana, telegraphirte an den spanischen Marineminister Admiral Bermejo, die Untersuchungen über die Ursache der Katastrophe der „Maine“ hätten ergeben, daß in der Umgebung des Schiffes keine Bewegung der Wasseroberfläche zu bemerken gewesen und kein todtler Fisch aufgefunden worden sei, was stets bei unterseeischen Explosionen der Fall sei.

Die Königin-Regentin sandte ein sympathisches Beileidschreiben an den Präsidenten Mac Kinley, welches dieser mit der Versicherung aufrichtiger Theilnahme beantwortete.

### Parlamentarisches.

Der Bundesrath ertheilte in seiner heutigen Plenarsitzung der Vorlage, betreffend die Berichtigung des § 138a Absatz 5 der Gewerbe-Ordnung (Beschäftigung jugendlicher Arbeiterinnen an Vorabenden von Sonn- und Feiertagen) die Zustimmung. (Es scheint wohl ein kleines Amentat gegen eine der wenigen Befreiungen, die das Arbeiterschutzgesetz von 1891 geschaffen hat, im Wege zu sein.) Die Vorlage, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für Etsch-Lothringen über die Disziplin der Richter wurde dem zuständigen Ausschusse überwiesen.

### Partei-Nachrichten.

Zur Gedächtnisfeier der 1848er Revolutionbewegung plant in Wien ein Komitee von Parteigenossen die Veranstaltung einer Ausstellung von Presseerzeugnissen, die den Arbeitern die Entwicklung der Kultur und der sozialen Verhältnisse in den letzten 50 Jahren veranschaulichen soll. Dem Komitee ge-

hören u. a. die Parteigenossen Franz Schumier und Karl Höger an.

Eine Konferenz sozialdemokratischer Banern wird am 27. Februar in Tetschen an der Elbe abgehalten.

Todtenliste der Partei. In Braunschweig ist am Sonntagabend der Parteigenosse Rudolf Ziggis gestorben.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Der Redakteur des „Süddeutschen Postillons“, Genosse Eduard Fuchs in München, war vom Schöffengericht in acht Tagen Haft verurtheilt worden, weil er durch ein Gericht über den Tod eines Hundes des Fürsten Bismarck großen Unfriede verübt haben sollte. Das Landgericht dagegen hatte auf Freisprechung erkannt, weil der Angeklagte glänzend dargehan habe, daß er lediglich die übertriebene, geschmacklose Art des Bismarck-Kultus hätte kritisieren wollen. Das Oberlandesgericht hob jedoch dieses Urtheil auf und wies die Sache an die Vorderinstanz zurück. In seiner neuerlichen Verhandlung hat nun das Münchner Landgericht gegen unseren Genossen Fuchs auf 50 M. Geldstrafe und Tragung der Hälfte der Kosten erkannt.

### Wahlbewegung.

In Berlin will der Herr Hosprediger Stöder die „Berliner Bewegung“ nach einer „Zeit des Niederganges“ wieder zum „Aufleben“ bringen. Ein Zusammengehen der Christlich-Sozialen, Antisemiten und Konserativen sei, so meinte Herr Stöder in einer dieser Tage abgehaltenen Versammlung, wohl möglich. Auch die Deutsch-Sozialen ließen durch einen der ihren erklären, daß sie bei diesem „gemeinsamen Arbeiten“ zur nächsten Wahl mitthun wollten.

In Liegnitz wollen die beiden freisinnigen Fraktionen bei den Wahlen zusammengehen. — Für das Zentrum kandidirt in Eibenberg Dr. Lieber.

Im Wahlkreise Elding-Marienburger hat ein General-Versammlung des Bundes der Landwirthe den Herrn v. Püttlamer-Blauh wieder aufgestellt. Er erklärte das Zusammengehen der konservativen Parteien für sehr nothwendig, da ein Stimmengewinn der Sozialdemokratie nicht angeht. Auch den Rabau-Antisemiten trat der edle Herr nicht recht.

Im Wahlkreise Schleswig-Gederslohe haben die Mittelparteien beschlossen, den früheren Landrath des Gedersloher Kreises, jetzigen Gutbesitzer v. Bülow auf Nothlage, einen der reichsten Grundbesitzer der Provinz, als Kandidaten aufzustellen. Die Antisemiten haben bereits vor einiger Zeit den Gutbesitzer Grafen Reventlow-Wallshagen als Kandidaten nomirt.

Die freisinnigen Vertrauensmänner für Stadt und Bezirk Hürtz beschlossen die Wiederaufstellung des jetzigen Abgeordneten Lehrer Weib.

### Prozeß Zola.

Paris, 21. Februar.

In der Umgebung des Gerichtgebäudes haben sich, da es regnet, nur wenige Neugierige eingefunden. Das Eintreffen der Offiziere rief keinerlei Zwischenfall hervor, Zola wird von einigen Personen mit Pfiffen empfangen. Die Wandelgänge sind wenig belebt, der Sitzungssaal dagegen ist wieder überfüllt. Wenige Minuten nach 12 Uhr wird die Sitzung eröffnet.

Der General-Staatsanwalt van Cassel beginnt sein Plaidoyer. Er sagt aus: „Ein Mann, welcher Verfasser mehrerer Romane ist, die seinen Namen bekannt gemacht haben, hat in einer Zeitung einen Artikel mit der Ueberschrift: „Ich lüge an“ veröffentlicht, und die Zeitung und der Schreiber des Artikels haben sich nicht geschert, die erlassene Beschuldigung in die Welt zu schleudern, ein Kriegsgericht habe einen Schuldspruch auf Befehl freigesprochen. Demgegenüber rufe er aus: Wir wissen diese Zusammenkunft, die Sie uns ins Gesicht schleudern, zurück; Sie müssen uns sagen, welches der Preis dieses Betraths gewesen ist, wo der Befehl für das Urtheil und den Freispruch ist, Sie müssen ihn uns zeigen, diesen Befehl. Sie haben es aber nicht gethan und konnten es nicht thun. (Bewegung.) Mißtrauen Sie, meine Herren Geschworenen, den großen Urtheil, die zu oft den Mangel an Beweisen verdecken; hier sind Ideen nöthig, aber keine hochtönen Worte. In einer so ernsten Angelegenheit muß der Angriff durch Thatsachen gerechtfertigt werden, durch Beweise, die beibringen man nicht einmal den Versuch gemacht hat. Welch unerträgliche Lage ist hier Offizieren und Generalen von ihren schauloseren Beleidigern bereitet worden! Man hat hier durch Gesetze-Verletzung eine Revision angekrebt, die zu machen nicht unferes Amtes war. Der Generalstaatsanwalt spielt nun auf die Aussagen der Offiziere und Generale an und kommt zu dem Schlusse, seine persönliche Ansicht sei die, daß Esterhazy sich in dem Vorderaun enthaltenen Angaben nicht habe verschaffen können, und daß das Vorderaun also nicht von Esterhazy verfaßt worden könne. Er geht sodann auf den Ursprung der Affäre ein und spricht von der Kampagne, welche die Familie Drejus geführt habe, sowie von den Kränkungen des Präsidenten der Deputirtenkammer, des Kriegsministers und des Ministerpräsidenten in der Deputirtenkammer, welche letzterer erklärt habe, diese Affäre sei gerichtlicher, nicht politischer Natur. Im Senate sei die Haltung der Regierung die gleiche gewesen, und die in beiden Häusern angenommenen Tagesordnungen bezeugten das Vertrauen des Parlaments in die Erklärungen der Regierung. Der Generalstaatsanwalt wendet sich dann gegen die in der „Aurore“ erhobene Anschuldigung, daß die Republik in Gefahr sei. „Wer solle im Grunde zu sagen wagen“, fährt van Cassel fort, „daß in unserem Lande Offiziere daran denken, einen Angriff auf das Leben der Republik zu machen? Ein Einziger hat es einst gewagt, und dieser mußte seine Lust zum Selbstmorde nehmen, mußte sich selbst beseitigen. Die Sorge um Gerechtigkeit ist nur der Vorwand gewesen, den Sie gemacht haben. Niemals wird in zivilisirten Ländern gerichtliche Anarchie gestiftet sein; das Revisionsverfahren ist einzig und allein das mögliche Rechtsmittel gegen die Angelegenheit, von der man spricht. Bis zur Stunde aber ist, wie ich hiermit bezeuge, kein Schritt in dieser Richtung versucht worden.“ Der General-Staatsanwalt unterzieht nun die von Picquart in der Affäre aspirirte Rolle einer Untersuchung, er sagt, mit vollem Rechte habe General Goussé in seinen Briefen den Untersuchenden äußerliche Vorkehrungen, wirt Picquart vor, derselbe habe den Sinn eines der Briefe, auf die er sich vor Gericht zu stützen gedachte, entziffert, und verurtheilt streng die Haltung Picquarts.

Der Generalstaatsanwalt kommt auf die Frage der Nothposten zu sprechen und sagt, General Goussé habe geschrieben, daß dieses Schriftstück nicht als Unterlage für eine Anklage gegen Esterhazy dienen könnte. Nedner spricht dann von der Mißbilligung, die über die Drejus-Affäre trotz zwanzigjähriger Freundschaft zwischen Scheurer-Kestner und dem Kriegsminister bestude, sowie von der Ansicht des Senators Trarieux und sagt, Leblois haben die ersten Nachforschungen Scheurer-Kestners und Trarieux' irreführt. Das Schriftstück mit den Worten „dieser Kanaille von D.“ habe dem Senat nicht vom Kriegsminister mitgetheilt werden können. Von der Erklärung Thövenet's, von der Existenz oder der Mittheilung eines geheimen Schriftstücks sei hier nicht zu sprechen, das komme hier nicht in Betracht. Was die Erklärungen Janzé's anbetreffe, so seien sie wohlthörende Proben, von denen man nicht mehr verfolge, als von seinen Behauptungen, daß das geheime Schriftstück mitgetheilt worden sei. Der Generalstaatsanwalt hält für ausgemacht, daß Leblois mit dem Obersten Picquart und in dessen Bureauzimmer das geheime Aktenstück durchsucht habe; er hält dies für erwiesen namentlich durch die wiederholten Versicherungen des Obersten Henry und des Archivars Grivelin. (Auf die Jünder scheint der langsame und einseitige Vortrag des Advokats keinen besonderen Eindruck zu machen.) Das Inquisitionsverfahren der Verteidigung gegenüber Esterhazy



gleiche, fährt van Cassel fort, dem Messer des Chirurgen, das im lebenden Fleische herumwähle. (Beifall im Hintergrunde des Saales, wo der General-Staatsanwalt zu dem Antrage veranlaßt: Ich bitte feierliche Kundgebung zu machen, denn ich suche hier durchaus keine Wirkung bei den Zuhörern zu erzielen, ich spreche zu den Geschworenen und nicht zum Saale. Bewegung.) Zu den Verteidigern gewendet sagt van Cassel, sie hätten ihr Opfer tug ausgewählt. Geschworene, Richter und Kriegsgerichtsmitglieder, alle sprächen dasselbe Recht; jedermann theils die Ansicht des General-Billot, der in der Kammer erklärte, er habe Vertrauen zu den zwölf Bürgern, die berufen seien, in dieser Angelegenheit Recht zu sprechen. Der General-Staatsanwalt wendet sich dann zu Jola, dessen Vorgehen er ein schlechtes nennt, das streng beurteilt werden müsse. Er huldige, sagt van Cassel, dem Talente nur wegen des Guten, das es schaffen könne, nicht aber, wenn es Argwohn ausstößt und zur Revolte führen könne. Rein, fährt der General-Staatsanwalt fort, es ist nicht wahr, daß sich ein Offizier hat bereit finden lassen, den anderen ihr Urtheil vorzuschreiben, nein, die sieben Offiziere des Kriegsgerichts haben nicht auf Befehl einen Freispruch gefällt, wie die Angeklagten zu behaupten gewagt haben. Ihr Wahrspruch wird ihre Lügen verklären, wir erwarten ihn mit Vertrauen. Sie werden verurtheilt, ohne zu zögern. (Anhaltende Bewegung.) Um 2 Uhr wird eine Pause gemacht. Im Saale herrscht völlige Ruhe.

Bei Wiederaufnahme der Sitzung legt Jola Verwahrung ein gegen die den 12 Geschworenen zugewiesene Aufgabe, die nationale Ehre zu retten und ihn zu verurtheilen. (Rärm.) Er habe niemals die Armee beschimpft, wie man sagte; er habe vielmehr einen Maximal angefochten und überlasse es der Geschichte, seine Handlungen zu würdigen. Diejenigen, die Frankreich entehrten, seien diejenigen, welche die Nase „es lebe die Armee!“ mit denjenigen „nieder mit den Juden!“ vermischt und welche es wagten „es lebe Herrbillot!“ zu rufen — nach den Briefen, die dieser geschrieben. (Bewegung, Rärm.) Jola fährt fort: Wenn ich hier stehe, so ist es, weil ich dies wollte, weil ich verlangte, vor Ihnen zu erscheinen, die Sie der Ansehens der Gerechtigkeit des Landes sind. Jola beklagt sich, daß man ihm alles verweigert habe, und daß man die Jungen terrorisirt habe. Ich verteidige meine Freiheit nicht, meine Herren; wenn Sie mich bestrafen, werden Sie nur dazu beitragen, mich zu erhöhen. Sehen Sie mich an, meine Herren, bin ich ein Verkaufter und ein Verräther? (Bewegung.) Verurtheilen Sie mich nur, wenn Sie wollen. Das wird ein Fehler mehr sein, es wird ein Samenort sein, das angesehen wird und verhindert wird, daß Beschwichtigung eintritt. Wenn das Land in unruhiger Sorge ist, so liegt die Schuld an der obristen Gewalt, die, in der Hoffnung, einige Schuldige zu retten, hat verhindern wollen, daß die Wahrheit an den Tag komme. (Urube.) Das Leben unseres Volkes selbst ist in Gefahr, fährt Jola fort. An Ihnen, meine Herren Geschworenen, ist es, die Wahrheit über diese Angelegenheit auszusprechen und Gerechtigkeit walten zu lassen. Die Regierung, setze er hinzu, welcher alles wohl bekannt ist, welche wie wir von der Unschuld des Dreyfus überzeugt ist, wird dieses eines Tages thun und sie wird es bekannt geben, ohne irgend eine Gefahr zu laufen. (Anhaltende Urube.) Vor der ganzen Welt, ruft Jola aus, schwöre ich es, daß Dreyfus unschuldig ist. Zu drei verschiedenen Malen wiederholt Jola diese Behauptung von Dreyfus' Unschuld, während im Hintergrunde des Saales Murren und Pfeifen sich erhebt. Es wird ein Tag kommen, schließt er seine Rede, wo Frankreich mir dafür danken wird, daß ich seine Ehre gerettet habe. (Anhaltende Bewegung, Rärm und Murren.)

Unter allgemeiner Aufmerksamkeit der Zuhörererschaft ergreift der Verteidiger Labori das Wort. Mit beredten Worten leitet er seine Ausführungen ein und ruft mit vor Erregung zitternder Stimme, während man im Hintergrunde des Saales bereits zu protestiren anfängt: Ja, meine Herren, wir sind hier um der Gerechtigkeit und des Rechtes willen! (Anhaltende Urube.) Sodann erhebt Labori gegen die öffentlichen Gewalt den Vorwurf, daß sie, irreführend von ihren vergänglichsten Interessen, sich erst nach den Wahlen mit der Dreyfus-Angelegenheit beschäftigen wollen. Wieviel Senatoren und Deputirte giebt es noch, ruft er aus, die noch an der Unschuld Dreyfus' zweifeln? Die sind sehr gering an Zahl, das versichere ich Sie. Aber, meine Herren, die Wahrheit wird ohnedies an den Tag kommen. Die Wahlen dürfen nicht über einem Geheimniß und über Zweideutigkeiten vor sich gehen! (Urube im Hintergrunde.) Sodann huldigt Labori allen jenen, welche den Muth gehabt, ihre Handlungen mit ihren Gedanken in Einklang zu bringen: Der geistigen Elite Frankreichs, Politikern und Journalisten, und unter diesen begrüßt er namentlich Madame Séverine. Viele sind seit 1894 bezüglich der Schuld des Hauptmanns Dreyfus in Urube verblieben. Labori führt einen Artikel Cavagnac's an, der dieser Urube und dem Zweifel, der seit jener Zeit seinen Geist bedrängte, Ausdruck gab. Als dieser Zweifel nun ganz laut geäußert worden war, trat der „clair“ dazwischen und veröffentlichte, um den Zweifel zu beseitigen, den Artikel mit der Ueberschrift „Der Verräther“, der ein wahrhaftiges Lügengewebes des Generalstabes ist. Ich werde Ihnen beweisen, wie der Generalstab auch hierher gekommen ist, um eine Anzahl Keulenschläge auszuführen durch leere und hohle Behauptungen, die er nicht durch den mindesten Beweis gestützt hat. Einige Tage nach dem Erscheinen des Artikels des „clair“ traf der Verteidiger Dreyfus', Demange, seinen alten Freund Solles, der ihm die vertrauliche Mittheilung machte, die bekannt ist: Ein Offizier, der zu dem Kriegsgericht gehört hatte, sagte zu Solles, daß Demange, wenn er wie die Mitglieder des Kriegsgerichtes ein Schriftstück gegeben hätte, das man ihnen, während sie der Verurteilung pflegten, gegeben hätte, keinen Zweifel mehr an der Schuld seines Klienten haben würde. (Bewegung.) Der Verteidiger wendet sich gegen ein derartiges rechtswidriges Verfahren und Unrecht; das von dem Synokrate verfolgte Ziel sei das, im Interesse der ganzen Menschheit zur Gerechtigkeit und zur Wahrheit zu gelangen. Labori verliest mehrere im „Internationale“ im März, Juli und September 1897 veröffentlichte Artikel, in welchen General Cassier, der Chef des Generalstabes der Armee, General de Voisire, die Abtheilungen des Generalstabes, sowie die anderen militärischen Führer sehr hart mitgenommen werden. Der von Labori zitierte Artikel der „Libre Parole“ und der „Autorité“ enthalten lebhaft gegen die Armee und General Billot gerichtete Kritiken. Nach der Verlesung ruft Labori: Da haben Sie die Stützen der Armee! Da sind sie, die die Armee ihres Landes nicht beleidigen! Ich kennzeichne sie Ihnen, meine Herren! Hat Jola so etwas gethan? Nein, meine Herren, er sprach scharf, aber er beleidigte niemanden. Er hatte die weitest mögliche Debatte vor Ihnen gewünscht; man hat dieselbe erstickt. Da ich die Aufgabe habe, Ihnen den Beweis von dem guten Glauben Jola's zu erbringen, so werde ich Ihnen das sagen, von dem man nicht gewollt hat, daß man es Ihnen sage, denn am Ende muß man nicht aus dem Auge verlieren, daß Jola sich hier vertheidigt. Labori sagt, er werde die diese Angelegenheit behandelnden Thatsachen chronologisch zusammenfassen und werde sich bemühen, durch Vernunftgründe und Schlussfolgerungen das zu ergründen, das er nicht wisse. Hier unterbricht der Präsident Labori mit der Aufforderung, sein Plaidoyer morgen fortzusetzen. Die Verhandlung wird darauf abgebrochen.

## Protest

### gegen die Fabelung des Koalitionsrechtes

legten die Arbeiter Berlins und der Umgegend in sieben trefflich verlaufenen Versammlungen ein.

Ueberall wurde einstimmig die folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung protestirt gegen die aus dem geheimen Erlaß des Herrn Staatssekretärs von Posadowsky vom 11. Dezember 1897 deutlich erkennbare Absicht der Reichsregierung, Partei zu nehmen für die Kapitalistenklasse gegen die Arbeiter durch noch größere Verschärfung der Strafbestimmungen des

§ 153 der Gewerbe-Ordnung und eventuell auf Kosten der Allgemeinheit durchzuführen. Absperren-Maßregeln bei der meistens unter Vorspiegelung falscher Thatsachen erfolgenden Heranziehung von Streikbrechern.

Die Versammlung protestirt dagegen, daß Vergehen gegen § 153 der G.O. scharfer geahndet werden, als andere Straftaten, da ersteren eine gemeine Absicht nur äußerst selten zu Grunde liegt. Im übrigen ist die Zahl der bestraften Streikvergehen im Verhältnis zur Zahl der Streikenden eine so verschwindend kleine (nach Ausführung bürgerlicher Blätter soll dieselbe durchschnittlich  $\frac{1}{100}$  pCt. nicht übersteigen), daß nur die offenbar beabsichtigte gewaltsame Auslegung durch die im geheimen Erlaß befragten Behörden Scheingründe für eine Verschärfung des § 153 beizubringen vermögen werden.

Die Versammlung protestirt ferner gegen die Bezeichnung der Gewerkschaften als „Nicht-als-Streikvereine“ seitens des Herrn Staatssekretärs. Verwenden doch die von dem Herrn Grafen besonders benannten englischen Trades-Unions durchschnittlich 90 pCt. ihrer Ausgaben für Unterstützung arbeitsloser, kranker und invalider Mitglieder. Ein ähnliches Verhältnis besteht schon heute auch bei einer Anzahl deutscher Gewerkschaften und diese segensreiche Wirkksamkeit würde sich weit schneller auf sämtliche Arbeiterorganisationen ausdehnen, wenn die Regierung nicht die Gewerkschaften durch bis jetzt noch immer verweigerte gesetzliche Anerkennung als juristische Person und die Zulassung fortgesetzter Chikanen in ihrer ruhigen Entwicklung hemmt.

Der Keller'sche Saal in der Kopenstraße war vollständig gefüllt. Es mochten etwa 1200 Männer und Frauen anwesend sein, die mit regem Interesse den Ausführungen des Reichstags-Abgeordneten Legien folgten und durch den dem Redner gependeten Beifall ihrem Protest gegen die geplante Beschränkung des Koalitionsrechtes Ausdruck gaben. Ohne Debatte wurde die Resolution einstimmig angenommen und die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf die Arbeiterbewegung und ein freies Koalitionsrecht geschlossen.

Die Versammlung für den Nord, welche auch von Frauen sehr zahlreich besucht war, füllte den großen Saal des „Kölnener Hofes“ bis auf den letzten Platz. Genosse Pösch hielt das Referat. Derselbe verglich den Posadowsky'schen Geheimverlaß mit den vor acht Jahren erschienenen nicht geheimen kaiserlichen Erlassen, an der Hand der Thatsachen darlegend, wie wenig etwaige an dieselben geknüpft Erwartungen in Erfüllung gegangen sind und wie sehr die Arbeiter noch Ursache haben, für gute Arbeiterverhältnisse zu kämpfen. Unter dem regen Aufmerksamkeiten und dem steten Beifall der Versammlung schloß der Redner mit den Worten: Die Arbeiterklasse weiß, was sie von dem Posadowsky'schen Erlaß zu erwarten hat. An der Diskussion im Sinne des Referats beteiligten sich Krensch, Hünze, Reep, Knoll und Brinkmann. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Zu den Arminhallen referirte in dichtbesetztem Saale Reichstags-Abgeordneter Genosse Kner unter lebhaftem Beifall der zahlreich Versammelten. In der Diskussion versuchte der National-Sozialist Paul Lewin Propaganda für die Kandidatur Tischen-dorf's im ersten Kreise zu machen. Nach längerer weiterer Diskussion wandte sich Kner gegen die Ausführungen des National-Sozialisten Lewin und wies auf jenen Kandidaten höflich hin. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Mit einem begeisterten dreifachen Hoch wurde die Versammlung geschlossen.

Zu Sanssouci hatten sich gegen 1200 Personen versammelt, die mit gespanntester Aufmerksamkeit den Ausführungen des Referenten, Genossen Volk-abuhr lauschten. Unter anderem bemerkte Redner: Das Vereinigungsrecht sei den Unternehmern verweigert. Sie suchten den staatlichen Unterthemen-Begriff auf ihre Angelegenheiten auszuweiden und die Behörden händen ihnen lieber zur Seite. Jede Forderung werde als unerbittlich angesehen, nur billend solle sich ihnen der Arbeiter nähern. Das Vorgehen des Grafen Posadowsky habe augenscheinlich einen sehr materiellen Hintergrund. Der Zentralverband deutscher Industrieller stehe sicher dahinter. Umso mehr müsse die Arbeiterklasse gewerkschaftlich und politisch auf dem Boden sein. Der Minister Posadowsky werde dann sein Spiel verlieren. Der Vortrag fand großen Beifall. An der Diskussion beteiligten sich Kretzmeier, Seibt, Gröppler, Gwald und Schröder. Ihre Darlegungen bewiesen, wie aufrichtig der geheime Erlaß gewirkt hat. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Mit einem begeisterten Hoch auf die moderne Gewerkschaftsbewegung reichte man sich.

Die Versammlung in der Tonhalle war gleichfalls verhältnismäßig gut, außer von Arbeitern aus einer größeren Anzahl Städtchen besucht. An Stelle des verabschiedeten Reichstags-Abgeordneten Fischer hatte Stadtverordneter Dupont das Referat übernommen. Der Redner, der in eingehender Weise die Drangsalierungen, die man den Gewerkschaften nach den verschiedenen Richtungen angeheben läßt, beleuchtete, verwies auf die mannigfachen Auslegungen der Gesetze seitens der verschiedenen Gerichte, auf die Behandlung der Arbeitervereine im Gegensatz zu den Unternehmerverbänden, auf die unanständigen Strafungen bei Vergehen gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung, den man gegenwärtig schon in ungehörter Weise gegen die Arbeiter ausgedehnt hat, zum Schlusse erklärte er, daß eine Verschärfung dieses Paragraphen von keinem Standpunkte aus notwendig sei, die Arbeiterklasse habe alle Ursache, auf das entschiedenste gegen eine Umänderung im Sinne des Grafen v. Posadowsky'schen Erlaß zu protestiren. Das mit lebhaftem Beifall angenommene Referat wurde von einem Genossen in drastischer oder treffender Weise ergänzt. Nachdem Genosse Sassenbach noch zum Anschluß an die Organisation und zur regen Beteiligungen an den bevorstehenden Wahlen im Sinne der Sozialdemokratie aufgefordert hatte, wurde die Resolution einstimmig angenommen. Mit einem brausenden Hoch auf die Arbeiterbewegung erfolgte der Schluß der Versammlung.

Die in Charlottenburg im Restaurant „Bismarckshöhe“ tagende Versammlung wies eine recht stattliche Besucherzahl auf, unter der sich besonders der weibliche Theil durch sein zahlreiches Erscheinen in erfreulicher Weise bemerkbar machte. Genosse Timm hielt hier das Referat. In der Hand der Arbeitergeschichte stellte Redner in kurzen Worten dar, wieviel im Laufe des letzten halben Jahrhunderts zu Gunsten der Arbeiterklasse erkämpft worden sei. Dann ging er nach kurzer Berührung der Zeit unter dem Sozialkriensgesetz auf den Posadowsky'schen Erlaß und der gefährdeten §§ 152, 153 der Gewerbe-Ordnung ein. Er wies nach, wie trotz aller vorgespiegelten Lebenswürdigkeiten gegen die Arbeiter es doch auf nichts anderes abgesehen sei, als auf eine Schwächung des Koalitionsrechtes. Der sehr beifällig angenommene Vortrag wurde zu verschiedenen Malen durch Zwischenrufe der Zustimmung und der Heiterkeit unterbrochen. — Die vom Vorsitzenden verlesene Protestresolution gegen den Posadowsky'schen Erlaß wurde einstimmig angenommen. Mit einer Aufforderung zur Flugblätterverbreitung und zum Beitritt zu den gewerkschaftlichen Organisationen macht der Vorsitzende auf die kommenden Reichstagswahlen noch besonders aufmerksam und ermahnt zur regen Agitation für die Presse und für die politischen Vereine. Dann wird die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie gegen 1/11 Uhr geschlossen.

In Schöneberg war die Versammlung in der Schloss-Bräuerei stark besucht. Genosse Wagner getheile in treffender Weise die Bestrebungen der Kapitalistenklasse behufs Einschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter unter lebhaftem Beifall der Anwesenden, unter denen auch Frauen sehr zahlreich vertreten waren. Die Ausführungen des Referenten wurden in der Diskussion von den Genossen Spittel, Franke und Obst dahin ergänzt,

daß es Pflicht aller Arbeiter sei, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisiren. Die Resolution wurde einstimmig angenommen und die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf das Koalitionsrecht geschlossen.

**Spandau.** Schon wieder haben die Köppler Einwohner und Steuerzahler eine durch den Polizeiwachmeister Haller angeforderte Versammlung zu verzeichnen. Am Sonntag Nachmittag fand im großen Saale des Herrn Klein eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Stellung zu dem geheimen Erlaß des Grafen Posadowsky genommen werden sollte. Nachdem Genosse Haber als Referent etwa fünf Minuten gesprochen hatte, sprang der überwachende Beamte, der schon zu Anfang der Versammlung Zeichen einer großen persönlichen Unruhe zeigte, auf, und löste mit erregten Worten die Versammlung wegen „Aufreizung“ auf. Öffentlich wird nun gegen den Referenten die Anklage wegen „Aufreizung“ erhoben und die Köppler Bürger erfordern dann an Gerichtsstelle, was „Aufreizung“ ist.

Die demnächst stattfindende öffentliche Versammlung mit derselben Tagesordnung wird voraussichtlich, wie bei ähnlichen vorhergehenden Auflösungen, wiederum einen desto stärkeren Besuch aufzuweisen haben.

## Gewerkschaftliches.

### Verlin und Umgegend.

In der Bantischerei von Karl Winkel, Welle-Allee-Straße 82, haben 15 Mann wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt. Jung ist ferngehalten. Die Ortsverwaltung.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche haben auf Mittwoch, den 23. d. M., nach dem „Säugelhans“, Lintens-Straße, eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher über einige für diese Arbeitergruppen recht wichtige Punkte verhandelt werden wird. Zunächst soll über die Behauptung der Chefs im „Konfessionär“ gesprochen werden, welche besagt — wahrheitsfalsch um den Lohnbruch zu rechtfertigen — daß in Berlin großer Mangel an guten Zuschneidern herrsche. Ebenso wichtig dürfte der Punkt sein: „Der Handel mit Nähgarn in der Wäschebranche“. Die Einberufer hoffen, daß die Berufsgenossen sich in großen Massen an der Versammlung beteiligen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Für Ost und Nordost wurden in der letzten Bezirks-Versammlung als Bezirksleiter Rusche, in die Kontrollkommission Jedle, Vogt, Ganske, Albrecht, Waller, Höffert, Boehle, Keuter und Berncke gewählt.

### Deutsches Reich.

Aus Benthien in Oberschlesien wird uns mitgetheilt: Im September v. J. fand bekanntlich hier ein groß angelegter Scheimbund-Prozess statt, der vorläufig damit endete, daß alle 14 Angeklagten von der Anklage der Scheimbunderei freigesprochen wurden. Nur zwei von ihnen, Tzicker und Wajlawel, wurden wegen „Betrug“ zu je 4 Wochen Gefängnis verurtheilt. Der Betrag sollte darin bestanden haben, daß sie den Abonnenten der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ mehr Vortheile vom Abonnement versprochen hätten, als sie zu versprechen berechtigt gewesen wären. Das Reichsgericht, bei dem beide Angeklagten die Revision des Prozesses beantragt hatten, trat dem von Rechtsanwält Uebach in Breslau geltend gemachten Revisionsgründen bei, und am 20. Februar fand die nochmalige Verhandlung gegen Tzicker und Wajlawel vor der hiesigen Strafkammer statt, an die die Sache zurückverwiesen worden war. Bei den Vertretern der Anklage machte es einen üblen Eindruck, daß einer der Hauptbelastungszeugen, Urbanczyk, aus dem Untersuchungsgefängnis vorgeführt wurde, wo er wegen Meineidsverdacht saß. Die Verhandlung ergab auch die Haltlosigkeit der Anklage. Wajlawel wurde freigesprochen, in Bezug auf Tzicker wurde die Verhandlung vertagt, weil ein angeblich wichtiger Zeuge, Carlner, fehlte. Der Grenzkommissar Wädler, der Hauptbelastungszeuge in der ersten Verhandlung, war ebenfalls nicht erschienen.

## Soziales.

### Ergebnisse der Unfall-, sowie der Invaliditäts- und Altersversicherung im Jahre 1897. (Schluß aus voriger Nummer.)

Ueber die Invaliditäts- und Altersversicherung ist folgendes zu berichten. Vom 1. Januar 1891 bis Ende 1897 wurden im ganzen 614 861 Renten, und zwar 296 432 Invaliden- und 318 409 Altersrenten, anerkannt. Daron kommen auf die 31 Versicherungsanstalten 277 382 Invaliden- und 312 215 Altersrenten, auf die 9 Kassen einrichtungen 19 070 Invaliden- und 6194 Altersrenten. Im Jahre 1897 bezogen rund 231 000 Personen Invalidenrente und 222 000 Personen Altersrente, also rund 453 000 Personen überhaupt Rente. Da sich unter diesen rund 700 Personen befinden, deren Altersrente im Laufe des Jahres in Invalidenrente umgewandelt wurde, und diese Personen deshalb vorstehend doppelt gezählt sind, so stellt sich die wirkliche Zahl der Renteneempfänger des Jahres 1897 auf rund 452 300 Personen, an welche insgesamt 54,4 Millionen Mark, und zwar an Altersrenten rund 27,6 Millionen Mark, an Invalidenrenten 26,8 Millionen Mark, gezahlt sind. Den von den Versicherungsanstalten seit dem 1. Januar 1891 festgesetzten Renten entspricht überschläglich ein Leistungskapital von rund 311,8 Millionen Mark, und mit Einschluß der an den Reservefonds abzuführenden Beträge in Höhe von rund 62,4 Millionen Mark ein Kapital von rund 374,2 Millionen. Die Einnahme aus Beiträgen belief sich für die Versicherungsanstalten nach Abzug der gesamten Verwaltungskosten im Jahre 1891 auf rund 85,2 Millionen Mark, 1892 84 Millionen Mark, 1893 85,2 Millionen Mark, 1894 87,8 Millionen Mark, 1895 89,8 Millionen Mark, 1896 95,4 Millionen Mark, 1897 96 Millionen Mark.

Verhütung der Milzbrandvergiftung. Auf Antrag der Vereinigten Färbefabriken in Nürnberg beschloß der dortige Magistrat, mit einem von einer französischen Firma erfundenen Apparat neuerdings Versuche zur Desinfektion von Thierbahren anzustellen.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

Bremen, 21. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Ein Raubmord wurde heute Morgen im Bürger-Park an dem Kapitän Plasse vom „Norddeutschen Lloyd“ verübt. Kapitän Plasse wurde durch zwei Schüsse in den Kopf getroffen und alsdann vollständig angetödtet. Von dem Thäter fehlt jede Spur.

Bochum, 21. Februar. (B. Z. B.) Aus der Grube „Vereinte Karolinengrube“ sind heute Nachmittag mehrere Leichen geborgen worden. In der Grube befinden sich, dem Märktlichen Sprecher zufolge, noch 3 Leichen. Die Gesamtzahl der Todten beträgt somit 123.

Zaarbrücken, 21. Febr. (B. Z.) Die Typhus-Erkrankungen im 3. Bataillon des 70. Infanterie-Regiments nehmen einen bedrohlichen Charakter an. Ueber 300 Soldaten sind erkrankt. Die Lazarets sind überfüllt. Von den Erkrankten sind 7 gestorben. Der Stadtschef vom achten Armeekorps und der Generalarzt Dr. Lenke sind hier eingetroffen. Dem Vernehmen nach sollen das erste und das zweite Bataillon nach der Wehrer Heide transportirt werden.

München, 20. Februar. (B. Z. B.) Der Chefredakteur der „Allgemeinen Zeitung“, Geheimrath Dr. Jolly, ist heute plötzlich an einem Schlaganfall gestorben.

Toulon, 21. Februar. (B. Z. B.) Der Panzer „Rauban“ ging nach Ostafrika in See. An Bord desselben befindet sich Admiral Beaumont, der Höchstkommmandirende der Schiffsdivision in Ostafrika.

Rom, 21. Februar. (B. Z.) Die Abgeordnetenkommission, welche die Untersuchung gegen Crispi führt, soll aus politischen Gründen beschloffen haben, eine gerichtliche Untersuchung nicht einzuleiten.

Shanghai, 21. Februar. (B. Z. B.) Die „North China Daily News“ veröffentlichte die noch unbestätigte Nachricht, daß die Anleihe mit England in Peking abgeschlossen sei.



Das Grubenunglück bei Bochum.

Am Sonntag Nachmittag wurden in zwei riesigen Gruben auf dem Friedhof in Hamm 100 der auf Zeche „Vereinigte Karolinengrube“ ums Leben gekommenen Vergleute beerdigt. Hunderte von Familienangehörigen umstanden laut klagend die Gräber. Zahlreiche Vereine und eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge wohnte der erschütternden Feier bei.

Nach Angabe der „Röln. Volksztg.“ wird die Gesamtzahl der Toten voraussichtlich 125-130 betragen.

Explosionen sind in der Grube „Vereinigte Karolinengrube“ in dem Zeitraum von 1861-1896 im ganzen 22 vorgekommen; vier Mann wurden dadurch getötet, 24 verwundet. Die Grube soll für Verhältnismäßig „ungefährlich“ gehalten haben. Die jüngste Katastrophe zeigt, wie bedenklich ein solcher Glaube ist.

Die „Rheinisch-Westfälische Arb. Ztg.“ schreibt in einer Schilderung der äußerst gefährlichen Rettungsarbeiten auf Grund der Ausgrabung eines alten erfahrenen Bergmannes: Die Luft war von heissem Kohlenrauche erfüllt, der die Brust einschnürte und Uebelkeit verursachte. Der Schlagwetter-Explosion muß eine Kohlenstaub-Explosion gefolgt sein, was um so wahrscheinlicher ist, als die Kohle dort sehr trocken ist und viel Staub entwickelte. Unwillkürlich fragt man, wie es mit der Verriegelung stand. Die Vergleute, die man fragt, zucken vielsagend die Achseln. Sie wollen nicht mit der Sprache heraus; sie fürchten augenscheinlich, wenn sie als Zeugen vor Gericht austreten müßten, die Arbeit zu verlieren. Auch über die Weiterführung wollen sie sich nicht anlassen. Wir sind neugierig, was in dieser Hinsicht die bergpolizeiliche Untersuchung ergeben wird.

Die „Frankfurter Zeitung“ sagt: „Das furchtbare Unglück muß von neuem zur Erörterung der Frage führen, ob denn alles geschieht, was geeignet ist, solchen Unglücksfällen vorzubeugen. Vor allem muß gefragt werden, ob die staatliche Beaufsichtigung im allgemeinen eine ausreichende ist. Diese Frage aber ist entschieden zu verneinen. Die Bergreviere sind zu groß, die Revierbeamten sind überlastet, so daß die Revisionen der Gruben nicht oft genug ausgeführt werden können. Die Reviere umfassen gewöhnlich 10 Zechen mit 12 bis 14000 Mann Belegschaft.“ Es sei nötig, eine Zeche aller 14 Tage zu inspizieren.

Wenn sich die deutschen Vergleute und insbesondere die preussischen jezt allesamt kräftig rühren, um die Verbesserung der Berginspektion zu erlangen, sie werden voraussichtlich Erfolg haben. Aber sie müssen das Eisen schmieden, so lange es heiß ist. Nicht zögern dürfen sie, sondern sie müssen sofort zusammentreten und laut ihre Forderungen an die Gesetzgebung stellen. Noch ist der Reichstag versammelt. Ist erst Gras über die Gräber gewachsen, bevor die Vergleute sich zusammensuchen, dann ist es zu spät.

Reichstag.

46. Sitzung. Montag, 21. Februar 1898.

Am Bundesratsstische: v. Goltz.

Die zweite Beratung des Reichshaushalts-Etats wird beim „Militär-Etat“ fortgesetzt, und zwar beim Titel: „Kriegsminister“.

Sächsischer Bundeskommissar Graf v. Bismarck-Bialski: Der Abg. Kuntz hat eine im höchsten Maße beleidigende Äußerung über die sächsische Militärverwaltung gebraucht. Die von ihm erwähnte Tatsache, daß am Sonntag im Militärgefängnis gearbeitet worden ist, ist richtig; daß jedoch ausdrücklich auf Wunsch der Militärgefängnisse, die sich einen Extraverdienst für die Zeit nach ihrer Entlassung sichern wollten; die sächsische Militärverwaltung hat nichts desto weniger, so wie sie davon vernommen, diese Sonntagsarbeit sofort verboten. (Sehr gut! rechts.) Der Vorleser des Gefängnisses ist trotz seiner wohlwollenden Absicht zur Verantwortung gezogen worden.

Abg. Bebel (Soz.): Es ist bedauerlich, daß der sächsische Militärvollmächtigte nicht auch auf die andere Beschwerde meines Freundes Kuntz geantwortet hat, die von den außerordentlich niedrigen Arbeitslöhnen bei Militärlieferungen, namentlich im Sattlergewerbe handelt. Mittlerweile habe ich noch durch einen Brief erfahren, daß von zwei Personen wegen der niedrigen Löhne die eine überhaupt keine deutschen Arbeiter bekam und für sie böhmische einstellte, die andere schlechtes Material lieferte und das ihnen trotzdem die Armeelieferung von der sächsischen Regierung übergeben ist; es ist dies der Fabrikant Stacher in Freiberg und der Sattlermeister Leunert in Bauen. Eben derselbe Herr Stacher benutzte einen kleinen Meister in einem verlorenen Nest im Erzgebirge, um die bisher leidlich bezahlte Aptomierung der Tornister auf die Hälfte des Preises herabzubringen. Der Herr Kriegsminister hat erklärt, er mische sich nicht in gewerbliche Angelegenheiten. Aber er ist auf der anderen Seite gerade den gewerblichen Wünschen der Herren auf der Rechten entgegengekommen, z. B. hat er angewiesen, überall von den Gütsbesitzern und Bauern ihre Fourage direkt zu kaufen etc., der bisherige Zwischenhändler-Profit soll also den Produzenten direkt zu gute kommen. Nun, was dem Gütsbesitzer recht ist, ist den Arbeitern billig. Wir verlangen ja nicht, daß Sie Genossenschaften gründen, aber wir verlangen von der Militärverwaltung, daß sie nur mit solchen Lieferanten Verträge abschließt, die auch selbst die Arbeit liefern. Das ist aber nicht der Fall speziell bei dem Sattlergewerbe. Da teilen die Lieferanten erst noch mit Zwischenweilern, an die sie die Arbeit abgeben, den Preis, welchen die Militärverwaltung zahlt, und die Arbeiter erhalten infolge dessen wahre Hungerlöhne, wie man sie in den kleinsten Orten kaum findet. Ja es kommt vor, daß die Lieferanten überhaupt keine Arbeiter beschäftigen, sondern ihren Verdienst einfach daraus ziehen, daß sie die Arbeiten vergeben. Ein solches Ausbeutungswortchlein ist vollständig unhaltbar, und wir müssen daher verlangen, daß es unter allen Umständen vertragmäßig festgelegt werde, daß die Lieferanten auch selbst die Arbeit machen lassen.

Ich komme nochmals auf die Soldatenmishandlungen zurück. Der Herr Kriegsminister hat gemeint, wenn solche vorliegen, müßten wir uns doch an ihn und nicht an den Reichstag wenden. Ja, wenn ich nicht überzeugt wäre, daß solche Fälle sehr häufig vorkommen, so würde ich allerdings den Gegenstand nicht vorgebracht haben, so aber betrachte ich es als meine Pflicht als Abgeordneter, die vorhandenen Missethaten hier zur Sprache zu bringen, erstens um Maßregeln der Militärbehörde zu provoizieren, zweitens aber, weil ich mir sage, daß, wenn ich hier als öffentlicher Ankläger aufträte, die Leute in ähnlichen Fällen sich abschrecken lassen werden. — Der Herr Kriegsminister meinte ferner, die Leute beweisen Mangel an Mut, wenn sie es nicht wagen, sich zu beschweren, früher sei das nicht vorgekommen. Das letztere bestritte ich ganz entschieden. Ich habe von früher Jugend auf in die militärischen Verhältnisse Einblick gehabt. Ich bin in der Kasematte geboren, habe Jahre lang dort gelebt, mein Vater war Unteroffizier und ich weiß genau, daß auch in früheren Zeiten die Mißhandlungen außerordentlich zahlreich waren. Es ist doch auch ganz natürlich, daß ein Soldat es nicht wagt, sich gegen seinen Vorgesetzten zu beschweren. Ich behaupte, daß gerade das ganze System des unbedingten Gehorsams, der eisernen Disziplin ganz wesentlich dazu beiträgt. Es wird ja alles aufgeben, um jede Selbständigkeit in der Armee zu unterdrücken. Unvergeßlich ist mir da ein Satz geblieben, den im Jahre 1871 ein Staatsanwalt in Würzburg sprach. Er meinte: „Gerade deswegen haben wir ja das militärische Institut, daß der unabhängige Geist gebändigt wird und wenn er sich nicht bändigen läßt, daß er gebrochen werde.“ — Also den moralischen Willen härtet die Armee gewiß nicht. Dazu kommt noch weiter, daß die Armee mit der Zeit bedeutend größer geworden ist und sich infolge dessen auch die Zahl der Mißhandlungsfälle vermehrt hat, auch ist das Gefühl der großen Massen heute weit empfindlicher, sie beurteilen heute

gewisse Dinge ganz anders als vor Jahrzehnten. Bekannt ist es ja auch, daß jeder Soldat fürchten muß, wenn er sich beschwert, daß der betreffende Unteroffizier ihn fortwährend schikanieren kann und ihm das Leben sauer machen. Dazu kommt die berüchtigte Privatstrafe, d. h. dem Soldaten droht eine Strafe, falls sich seine Beschwerde auch nur in einem Punkte als nicht ganz der Wahrheit entsprechend herausstellt. Auch dies hält die Soldaten in vielen Fällen von der Beschwerde zurück. Sind überhaupt keine Zeugen der Mißhandlung vorhanden, so wird der Soldat, wenn er klagt, von vornherein auf eine Beschwerde verzichten, denn tritt der Offizier nur dreist auf und behauptet ganz einfach: Der Kerl liegt! so wird dem Soldaten überhaupt nicht geglaubt. Sind aber auch einzelne seiner Kameraden dabei gewesen, so wollen es diese natürlich auch nicht gern mit ihren Vorgesetzten verderben. In den allermeisten Fällen werden sie schweigen oder die Sache so darstellen, daß der Unteroffizier möglichst gut dabei weg kommt. — Dann weiß doch der Herr Kriegsminister genau, daß es auch den höheren Vorgesetzten außerordentlich unangenehm ist, wenn sie häufig Mißhandlungsfälle in die Meldungen hineinschreiben müssen. Es sind also so viel Gründe vorhanden, die es dem Einzelnen außerordentlich schwer machen, die Anzeige zu erheben, daß, so lange die Militärverwaltung nicht für Mittel und Wege sorgt, die den Soldaten schützen, sie nicht von Mangel an Mut sprechen darf. Eine allgemeine Bemerkung möchte ich noch über die beiden Fälle machen, die ich am Freitag erwähnte. Beide Male handelte es sich um Leute, von denen ihre Vorgesetzten angaben, daß sie zwar ganz willige Soldaten, aber geistig schwach seien. Ich weiß aber, daß es sich bei sehr vielen, ja den meisten Beschwerdefällen um Soldaten handelte, die nicht im Stande waren, den an sie gestellten Leistungen zu genügen, und die Vorgesetzten durch die Unmöglichkeit, dem Manne das einzupauken, was der Dienst erfordert, gereizt, zu solchen Mißhandlungen griffen. Vor allem liegt das an den Militärärzten, die die Leute wohl auf ihre körperliche Beschaffenheit, nicht aber psychologisch untersuchen. Es ist aber eine merkwürdige Tatsache, daß Leute, die geistig schwach sind, in der Regel körperlich starke Menschen sind. Ein solcher Mann wird dann ohne weiteres für tauglich erklärt und erst beim Dienst stellt es sich heraus, daß er garnicht kapieren kann, was da vorgeht. Es ist doch sehr leicht, durch Erfindungen bei dem Arbeitgeber u. s. w. solche Sachen zu vermeiden. Der Herr Kriegsminister hat gemeint, es sei nicht der Fall, daß von militärischer Seite die Politik in das Heer getragen werde. Es handelte sich aber um die Äußerung, daß Juden und Sozialdemokraten Dumpe seien, und das nenne ich Politik treiben. Auch kann ich nur sagen, daß es einen großen Mangel an Takt und Anstandsgefühl beweist, wenn ein Unteroffizier seine Stellung als Vorgesetzter in dieser Weise mißbraucht, um Leute wegen ihrer politischen Gesinnung zu beschimpfen. Ich kann mir nichts Gemeineres denken. Es hätte eine ganz andere Wirkung geübt, wenn der Kriegsminister, statt die Sache abuschwächen, hier erklärt hätte, daß er solche Dinge auf das entschiedenste verurtheilt. Die Soldaten sind ohne Unterschied der Person, der Abkunft, der Religion zu behandeln, die Hauptsache ist, daß sie ihre Schuldigkeit thun und damit gut. Der Mißbrauch politischer Reden ist ja in der Armee weit verbreitet. Voriges Jahr sind Broschüren mit den heftigsten Angriffen auf die Sozialdemokratie doch gewiß mit Genehmigung der Heeresverwaltung zu Hunderttausenden verbreitet worden. Wenn ein solches Beispiel von oben gegeben wird, dann ist es nicht zu verwundern, wenn die Offiziere ihre Pflicht zu thun glauben, wenn sie auf die Sozialdemokraten schimpfen. Der Kriegsminister sagte, wir machten Versprechungen die wir nicht einlösen, und stellten Behauptungen auf, die wir nicht beweisen könnten. Er ist aber jeden Beweis für diese seine Behauptung schuldig geblieben. Wo habe ich denn was versprochen?

In der Schweiz ist es ganz unmöglich, daß ein Sozialdemokrat seiner politischen Gesinnung wegen von der militärischen Karriere ausgeschlossen wird. Als einmal die Äußerung eines Offiziers protokolliert wurde, ein Sozialdemokrat sei für höhere Kommandosstellen ungeeignet, erfolgte sofort eine Interpellation und Herr Müller, der Leiter des schweizerischen Militärwesens, erklärte ohne Umschweife, daß die politische Gesinnung des Einzelnen auch für die höchsten Stellen nicht in Frage kommen. Bei uns genügt bekanntlich die Mitgliedschaft zur nationalsozialen Partei, um jemanden aus der Stellung eines Reserveleutnants hinaus zu drängen. Ich kenne in der Schweiz einen Parteigenossen im Range eines Majors, einen anderen, der Hauptmann ist. Der Kriegsminister hat sich beschwert, daß ich ihm eine Broschüre nicht zugeschickt habe, er wird sie wohl inzwischen erhalten haben. Die Schuld der Verzögerung liegt am Verlage, nicht an mir. Aber zu einer Verdämigung werden wir auch auf Grund der Broschüre ja nicht kommen. (Heiterkeit.) Ich behaupte, aus militärischen Gründen könnte man zum Militärsystem kommen, aus politischen niemals. Der Kriegsminister hat mich auch spöttisch zu behandeln versucht. Er sagte, nach meiner Theorie soll also die Armee zum größten Teil aus Kindern bestehen. Darüber war große Heiterkeit bei den Herren auf der Rechten, die diese Äußerung jedenfalls für einen Witz hielten. Nun, der Gedanke der militärischen Jugendberziehung ist nicht meinem Kopfe entsprungen, ich habe ihn beim Studium der Materie gefunden. In der militärischen Reorganisation vom Jahre 1808, unter der die Kommen Scharnhorst und Gneisenau stehen, heißt es u. a.: In der Schule muß mehr Mathematik getrieben werden, weil diese Wissenschaft im Kriegsfalle militärisch zu verwenden ist, in jeder Schule müsse völlige Militärdisziplin herrschen, jede Schule soll ihren eigenen Exerziermeister haben, jede Schule soll eine besondere Kompanie bilden. Solche Ideen waren also schon am Anfang des Jahrhunderts zu Tage getreten, wenn ich hier 90 Jahre später dafür plädiere, glaubt man mich mit solchen Witzereien abthun zu können. (Sehr richtig, links.) Den gleichen Gedanken, die Schule für die militärische Ausbildung heranzuziehen, hat der berühmte General v. d. Soltz in seinem Buche über Gambetta und Freycinet nach 1871 Ausdruck verliehen und mich bespöttelt man deswegen, der ich nicht anderes wie Herr v. d. Soltz vorgeschlagen habe. (Sehr gut! links.)

Der Kriegsminister hat ein sehr absprechendes Urtheil über die Protokolle unserer Parteitage gefällt. Nun, Genosse Kuntz hatte Recht, die Parteitagsprotokolle wird man noch in späteren Zeiten, wenn kein Mensch mehr an Rang- und Quartieristen denkt, lesen und in ihnen die Marksteine einer großen Kulturbewegung sehen. Ob die Sozialdemokratie ihren Höhepunkt überschritten hat, wie der Kriegsminister sagte, wollen wir doch erst abwarten. Warum sucht man denn immer nach neuen Waffen gegen die Sozialdemokratie? Ich erinnere nur an die Vereinsgesetz-Novelle, an den Erlass des Grafen Poldowski, die fortgesetzten Reden gegen uns. Darin liegt doch ein sehr starker Widerspruch mit der Bemerkung vom Ueberstreiten des Höhepunktes. Im übrigen sind ja nächsten die neuen Reichstagswahlen statt. Wir leben diesen Wahlen mit voller Ruhe entgegen, ob die Regierung das auch thut, ist eine andere Frage.

Nun muß ich mich noch mit einigen Worten gegen den Generalauditeur Itzenbach wenden. Wenn der Herr Generalauditeur glaubt, er hätte mit seiner letzten Rede den Beweis erbracht, daß in Amerika härtere Strafgesetze herrschen als bei uns, so ist ihm das absolet nicht gelungen. Wenn der Generalauditeur gleich gesagt hätte, daß es sich um Gesetze aus dem Jahre 1871 handelte, so hätte er gar keinen Eindruck gemacht. Was hätte mir der Herr General-Auditeur geantwortet, wenn ich hier eine Beschwerde vorgebracht hätte, und dann, von ihm zur Antwort geübt, erklärt hätte, der Fall ist 27 Jahre alt. Das Haus wäre in lärmiges Gelächter ausgebrochen. (Sehr richtig! links.) So aber hat der Generalauditeur direkt von den in Amerika herrschenden Gesetzen gesprochen, d. h. doch gegenwärtig herrschenden.

Das Kugelschleifen an Ketten besteht noch geübtlich in Amerika, aber es ist, wie es in dem Berichte des Generalauditeurs Lieber heißt, ganz außer Übung. Der amerikanische Verhältnisse kennt, vertheilt das auch. Nun aber hat der Generalauditeur erklärt, auch unser altes preussisches Strafgesetz vom Jahre 1845 sei humaner gewesen, als das jetzige amerikanische. Das alte Strafgesetz von 1845 enthielt das Kugelschleifen noch. (Abg. Itzenbach ruft: Alte Gesetze, vor 50 Jahren!) Herr Itzenbach, Sie scheinen garnicht zu wissen, worum es sich handelt. Haben Sie denn nicht gehört, daß ich das Jahr 1845 ansühre? (Itzenbach: Sie haben ja vorher selbst gesagt, man würde Sie auslachen, wenn Sie so alte Sachen vorbringen würden.) Ich habe solche Kugelschlepper selbst noch in Deutz gesehen. Im alten Strafgesetz gab es auch noch Lattegefängnisse. Auf diesen Latte liegen zu müssen, war eine furchtbare Strafe. Nach einer Durchsicht der Verordnungen des amerikanischen Hauptquartiers vom 20. Juni 1895 kann ich sagen, daß die Strafgesetze für das amerikanische Militär viel milder sind, als die deutschen. Und wenn die deutschen Militärstrafgesetze wieder einmal einer Revision unterzogen werden sollten, dann wünsche ich nur, daß man das angeblich inhumane amerikanische Gesetz zum Muster nehmen möchte. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Goltz: In meinem Geschäftsbereich ist auch bezüglich der Vergebung von Sattlerarbeiten Vorbescheid, daß sich die Intendanturen über die Zuverlässigkeit der Lieferanten orientieren. Wenn das hier oder da nicht geschehen ist, so möge der Abg. Bebel die besonderen Fälle nennen. Er nennt aber nie die Personen, die hier an den Pranger gestellt werden sollen. Wo er seine Erfahrungen über Soldatenmishandlung gesammelt hat, weiß ich nicht. Daß wir die Selbständigkeit der Soldaten unterdrücken, ist nicht wahr. Wir brauchen für den modernen Krieg selbständige Soldaten! Die Sozialdemokratie sucht aber jedes Vertrauen zu den Vorgesetzten zu unterdrücken, jede Autorität zu untergraben. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die Soldaten das Vertrauen zu ihren Vorgesetzten verlieren, was sie sich nicht mehr zu beschweren. Darin liegt die moralische Freiheit. Daß jemals ein Soldat wegen einer Beschwerde schikanirt worden ist, ist mir nicht bekannt. Die Vorwürfe des Abgeordneten Bebel waren so allgemeiner Natur, daß ich nicht darauf antworten kann! Herr Bebel sagt, wir wählten zu viel Schwachsinrige, bei der Aushebung werde nicht genau zugehoben. Nach der Statistik beträgt aber die ungenügende Zahl der wegen Untauglichkeit wieder Entlassenen pro Regiment 34. Wenn der Abg. Bebel wieder auf die Instruktionssunde in Weisach zurückgekommen ist, so kann er von dem Kriegsminister nicht verlangen, daß er in jeder Instruktionssunde anwesend ist. (Heiterkeit rechts.) Die Angriffe sind wieder so allgemein gewesen, daß sich der Fall so nicht näher untersuchen läßt. Jedenfalls gereichen sie dem betreffenden Offizier zur Ehre. (Beifall rechts.)

Nun hat mir der Abg. Bebel zwei Exemplare seiner Broschüre geschickt. Ich habe sie am Sonnabend durchgearbeitet, muß aber sagen, daß ich enttäuscht worden bin. Ich hatte erwartet, eingehende Berechnungen und Vorschläge darin zu finden. Das ist nicht der Fall. In der Hauptache ist es eine Sammlung von Zitaten der verschiedensten Männer der verschiedensten Bölker, verbunden durch die bekannten sozialdemokratischen Auflassungen. Für mein Neffort ist sie außerordentlich unergiebig. Sie scheint nur dem Zweck zu dienen, aufzureizen und zu entstellen. Der Titel „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr“ fiel mir auf. 1896 erschien eine Broschüre von Edmund Müller: Stehendes Heer oder Militärrarmee. Dieser Titel hat wohl den Titel der Bebel'schen Broschüre beeinflusst. Müller, den Herr Bebel als Autorität zitiert, kommt zu ganz anderen Resultaten. Heiterkeit rechts.) Der Verfasser August Bebel legt seine Anschauungen über das Heer darin nieder. Krieg ist Massenmord, in dem Soldaten werden unangesehen die brutalsten und menschenfeindlichen Instinkte geweckt, sein Dienst ist ein Probandienst, von bornirten nationalen Aspirationen, vom nationalen Bananenthum wird gesprochen. Die Kavallerie habe keine Bedeutung. (Heiterkeit rechts.) Die Kavallerie seien Brunnmander. Dann wird von einem in Amerika erfindendem Lufttorpedo gesprochen (Heiterkeit rechts), von dem ich nichts weiß. Ein Mangel an Logik liegt in dem Buche: Wenn man die Armee so angreift und so gegen den Krieg ist, dann giebt es nur einen Schluss: Das Volk muß entwaffnet werden, die Waffen nieder! Auf dem Londoner Sozialistenkongresse machte auch ein vorurtheilsloser Mann diesen Vorschlag. Es wurde ihm erwidert: man könne das Volk nicht der Bourgeoisie wehrlos ausliefern. (Heiterkeit rechts.)

Der zweite Theil der Broschüre behandelt die Organisation des Heeres, wie sie sich entwickelt hat. Sie erkennt an, daß die frühere preussische Organisation für Angriffskriege nicht geeignet war, behauptet aber, daß sie deshalb geändert worden sei. Die Flotte wird zum Gegenstand der ernstesten Angriffe gemacht. Ich habe an sich keinen Anlaß, über die Nothwendigkeit einer Flotte zu reden. Das geschieht von berufener und berechteter Stelle. Nur der Behauptung muß ich entgegen treten, als wenn die Landarmee den Mangel einer Flotte nie empfunden hätte. Napoleon I. ist wesentlich daran zu Grunde gegangen, daß er keine Flotte gehabt hat. 1864 haben wir eine Flotte schwer entbehrt. Mit einer Flotte hätten wir Zeit, Geld und Blut erspart. Wir hätten nicht nöthig gehabt, Düppel zu erklimmen, wenn wir die Inseln direkt hätten angreifen können. Wenn 1866 ein preussisches Eskadron sich mit der italienischen Flotte vereinigt hätte, wäre die Seeschlacht von Lissa nicht verloren gegangen, die österreichische Südarmee wäre in Italien gesammelt geblieben und hätte nicht der Nordarmee zu Hilfe eilen können. 1870/71 ist der Mangel einer Flotte noch schärfer zu Tage getreten. Frankreich hätte nicht so lange Widerstand leisten können, wenn wir ihm die überseeische Zufuhr hätten abschneiden können. Das wollte ich sagen, damit mein Schweigen nicht als Bestätigung der Bebel'schen Behauptungen über die Flotte aufgefaßt werden kann. Der Verfasser August Bebel vergleicht dann die ganze Art der Führung Deutschlands in militärischer Hinsicht mit der Schwäche eines Reserveleutnants. (Heiterkeit rechts.) Er weist auf Nordamerika hin, das nur ein stehendes Heer von 25000 Mann habe, aber im Stande sei, über Nacht die stärkste Armee und Flotte aufzustellen. Das ist ein Märchen nicht aus einer Nacht, sondern aus 1001 Nacht. (Heiterkeit rechts.) Nordamerika braucht jährlich 130 Millionen Mark für sein Militärheer, wir würden dementsprechend jährlich 2730 Millionen Mark nöthig haben. (Heiterkeit rechts.) Es folgen im nächsten Titel einzelne Rathschläge. Als Zweck der Volksbewaffnung wird die Vertheidigung des heimathlichen Bodens gegen triviale Angriffe bezeichnet. Das ist im wesentlichen auch der Zweck unserer Armee, nur daß sie diesen Zweck besser erfüllen kann, als die allgemeine Volkswehr. Der Verfasser August Bebel behauptet aber, die Bourgeoisie brauche die stehende Armee gegen die moderne Arbeiterklasse. Er ertheilt dann der Heeresverwaltung den Rath, den allgemeinen Wehrdienst zu beschränken. Das veruche ich jedes Jahr. Ich bitte Herrn Bebel mir darin beizustehen. Es scheitert an den mangelnden Mitteln in den einzelnen Staaten, besondere Wächter hierfür einzustellen. Dann greift der Verfasser August Bebel natürlich auch die jetzige Art der Uniform an. Ich halte den anschließenden Rath, den hohen Kragen, der den Hals schützt, die weiten Hüften und die hohen Stiefel für sehr hygienisch. Sie schützen den Mann in allen Bitterungsverhältnissen. Herr Bebel spricht dann näher über die Organisation der Volkswehr. Er fordert die körperliche Ausbildung der Jugend, auch des weiblichen Geschlechts (Große Heiterkeit rechts), vom zehnten Lebensjahr an. Vom 11. oder 12. Lebensjahr an sollen mit den Kindern Rekognosirungsmärsche und Feldübungen vorgenommen werden. (Heiterkeit rechts.) Die grausamen Instinkte des Krieges



sollen also in die Kinder eingepflanzt werden. Die ganze Sache soll  
gefällig geregelt werden. Jedenfalls würde das eine Qual für  
die ganze Bevölkerung werden. Der ganze Ausbildungsdienst soll  
nur wenige Monate dauern (Heiterkeit rechts), nur bei der Kavallerie  
und Artillerie etwas länger. Die Kosten der Volkswehr hat der  
Verfasser sehr einfach berechnet. Er hat einfach das Militärbudget  
der Schweiz mit 17%, multipliziert und noch dazu ein  
Jahr genommen, das für die Schweiz sehr günstig,  
für uns sehr ungünstig abschloß. Wir hätten dann einen  
Ausgang von 2 1/2 Millionen Mann, 1 1/2 Millionen Landwehr, 1 Million  
Landsturm, 3 Millionen Reserve; Summa 8 Millionen Mann.  
Dazu kommen 250 000 Knaben bis 15 Jahre, 250 000 bis 20 Jahre,  
12 000 Lehrer und Unterlehrer. Bei den Kosten kommen 100 Mil-  
lionen Mark an einmaligen Ausgaben für den Bau von Hallen und  
für Exerzierplätze für die Jugend in Ansatz. Die jährlichen Kosten  
berechnet Bebel mit 824 Millionen für das lebende Heer,  
60 Millionen für die Jugendwehr, in Summa 885 Millionen Mark.  
Unter diesem Abschnitt steht groß gedruckt: Zahlen beweisen!  
(Heiterkeit rechts.) Die Zahlen sind sehr angreifbar. Wo bleiben  
z. B. die Pensionen? Will Herr Bebel sie ganz streichen? Damit  
dürfte er in der Bevölkerung wenig Anklang finden. Unsere Mehr-  
ausgaben gegen die Schweiz betragen durchschnittlich 110 Mill. Mark.  
Was haben wir dafür an Vorteilen gesammelt, an Mitteln der Landes-  
verteidigung, an Kasernen, Übungsplätzen geschaffen. Wir haben  
verhältnismäßig ausgezeichnete gewirtschaftet. Der letzte Teil der  
Vorfahre behandelt die Thaten des Volksheeres in der neuesten  
Geschichte. Es wird behauptet, daß die Reorganisation des preussischen  
Heeres nach einer zerschmetternden Niederlage erfolgt sei. In  
Wirklichkeit hat sie im tiefsten Frieden stattgefunden. Herr Bebel  
beruft sich auf Scharnhorst, nun, auf Scharnhorst beruht  
unser ganze Heeresbildung. Er weist auf die Niederlage Englands  
im nordamerikanischen Freiheitskriege hin. Nun, wenn England  
vor hundert Jahren unsere Heeresorganisation gehabt hätte, hätte  
es unzweifelhaft gesiegt. Auch der amerikanische Sezessionskrieg  
muß in anderem Sinne aufgefaßt werden. Es wäre zu dem Kriege  
gar nicht gekommen, wenn Nordamerika auch nur ein  
kleines lebendes Heer gehabt. Gambetta's Erfolge sind auch nicht  
zur Empfehlung einer solchen Organisation zu benutzen. Wer  
da glaubt, daß die deutsche Kraft im Jahre 1870/71 erschöpft war,  
irrt sich. Wir hätten noch 400 000 Mann neu schicken können, also  
eine größere Armee als Gambetta aufbieten können, wenn es nötig  
gewesen wäre. So aber konnten wir dem Volke die Opfer sparen.  
Der Hauptgedanke der Bebel'schen Schrift ist: Die Reaktion hat zu  
ihrem Gegenpol die Revolution, das heißt die Umgestaltung von  
Grund aus.

Wenn der Abg. Bebel meint, auf dem rein militärischen Gebiet  
könnten wir einig werden, nur auf dem politischen nicht, so  
bin ich nicht seiner Ansicht. Einen Kardinalpunkt hat er nämlich  
vergessen. Der Zweck der Armee ist den Frieden zu erhalten.  
26 Jahre ist dies gelungen. Deshalb hat die Nation die Opfer auf  
sich genommen. Auch für die Zukunft wollen wir ohne Systemwechsel  
in den bewährten Bahnen weiter gehen. (Beifall rechts.) Den  
Drohungen mit der Revolution sehen wir die größte  
Ruhe entgegen. Drohungen machen überhaupt keinen Ein-  
druck auf uns. Herr Bebel bemängelt, daß vom innern  
Feind gesprochen wird. Ein Gegner, der mit der Re-  
volution droht, ist aber ein innerer Feind. Wir würden es ja tief  
bedauern, wenn es jemals dazu kommen sollte. Sollte es aber ein-  
mal nicht zu vermeiden sein, so werden wir zu dieser Entscheidung  
schreiten, ohne Haß, ohne Ueberfärbung, mit der Ruhe  
und Kaltblütigkeit, mit der wir unsere Schlachten ge-  
wonnen haben. Mit dieser Ruhe und Kaltblütigkeit  
werden wir auch gegen den inneren Feind vorgehen. (Bravo! rechts.)  
Und wenn Herr Bebel dann der Generalissimus dieses Feindes wäre,  
so kann ich von meinem Standpunkt aus seine Truppe nur be-  
dauern. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Singer (Soj.): Die Antwort an den Herrn Kriegs-  
minister überlasse ich meinem Freunde Bebel. Ich glaube, es  
wird ihm nichts geschenkt werden. (Lachen rechts.) Ich will  
nur auf einige Aeußerungen des Herrn Kriegsministers von  
der vorletzten Sitzung eingehen. Vorher aber möchte ich dem Herrn  
Generalauditeur Jitenbach noch einen kleinen Befallen erweisen,  
indem ich ihm die Ausführungsvorordnung des amerikanischen  
Militärstrafvollzuges vom 20. März überreiche. Ihm war es trotz  
aller Bemühungen nicht gelungen in ihren Besitz zu kommen, uns  
Sozialdemokraten dagegen hat dies nicht die geringste Schwierigkeit  
gemacht. (Heiterkeit.) Der Herr Kriegsminister hat also in bezug  
auf die Ausführungen meines Parteigenossen Kunert gesagt: „Ich  
würde aber doch dringend bitten, mir das nähere Material,  
auf dem diese Anschuldigungen beruhen, zu geben, damit die  
Sache untersucht werden kann. Solche Anschuldigungen sind wohl  
sehr leicht gemacht, aber damit ist nichts bewiesen. Ich bitte  
um so mehr um das Material als ich ähnliche Erfahrungen vor-  
kurzem in der Budgetkommission gemacht habe. Auch da wurde je-  
mand von einem der Herren „Genossen“ — in Ausführungs-  
sachen — unter Benennung des Namens angegriffen. Auch in diesem  
Falle habe ich um das Material, gebeten und mich bereit erklärt,  
die Wahrheit festzustellen; hier wurde mir aber geantwortet: ich  
habe es gehört, verbürgen kann ich es nicht.“ Der betreffende war  
Genosse Meißner. Der Herr Kriegsminister hat nicht das aller-  
geringste Recht den Namen „Genosse“, der in unserer Partei als  
Ehrenname dient, in höhnischer und spöttischer Weise zu gebrauchen,  
wie das im stenographischen Bericht zum Ausdruck kommt.  
Was würde er sagen, wenn wir die Offiziere als „Kameraden“  
in Ausführungsstücken bezeichnen wollten. Wir treten  
dem Herrn Kriegsminister gegenüber lediglich als Volks-  
vertreter, als Abgeordnete auf, und ich meine, der Herr Kriegs-  
minister hat das Maß von Achtung vor den Abgeordneten zu  
wahren, welches der Ruf, dem sie gesolt sind, verlangt. (Unruhe  
rechts.) Und etwa vertraulich so zu nennen, hat der Herr Kriegs-  
minister keine Veranlassung, so stehen wir nicht zu einander.  
(Heiterkeit.) Zu höhnischen und spöttischen Bezeichnungen aber  
(Unruhe rechts, Glocke des Präsidenten) hat der Herr Kriegsminister  
kein Recht und wir verbitten uns das, Herr Kriegsminister. (Lautes  
Lachen rechts.) Ja, meine Herren, der Ausdruck Ihrer Heiterkeit  
ist ja nicht weiter, als das Zeichen Ihrer Verlegenheit (Sehr richtig!  
bei den Sozialdemokraten. Lachen und Zurufe rechts.) Darüber  
kann gar kein Zweifel sein. Das, was wir hier zu vertreten haben,  
steht viel zu hoch, als daß von seiten der verbündeten Regierungen  
auch nur mit einem Anschein von Recht die Dinge, die wir hier  
vorbringen, dadurch diskreditiert werden können, daß sie Bezeich-  
nungen gegen uns wählen, die aus ihrem Munde Spott und Hohn  
bedeuten sollen. So unermundbar wir gegen detarierte  
Angriffe sind, so wenig haben Sie über diese Aus-  
führungen zu lachen, sondern mühten mir dankbar sein,  
wenn Sie sich des Erfolges bewußt wären. (Lachen rechts.)  
Wie der Herr Kriegsminister zu uns persönlich steht, ist uns absolut  
gleichgültig. Wir wollen, wir verlangen nichts von ihm, er hat uns  
auch nichts zu geben. Hier aber sind wir als Volksvertreter und  
die Volksexekution darf sich nicht gefallen lassen, daß ein Teil von  
ihm in dieser Weise angesprochen und behandelt wird — wir  
wenigstens lassen es uns nicht gefallen. (Lebhaftes Bravo! bei den  
Sozialdemokraten. Unruhe rechts.)

Abgesehen von dieser Abwehr habe ich noch einige Worte zu  
dem Fall aus der Budgetkommission, den der Kriegsminister an-  
geführt hat, zu sagen. Er hat gemeint, er hätte sich  
bereit erklärt, die Wahrheit festzustellen, es sei ihm aber  
geantwortet worden: ich habe es gehört, verbürgen kann  
ich es jedoch nicht. Und aus diesen Worten sucht  
der Kriegsminister es so darzustellen, als ob ihm nun jedes Material  
zur Untersuchung dieser Fälle gestellt habe. Das ist nicht richtig.  
Herr Kriegsminister: wir hätten von Ihrer Loyalität erwarren  
dürften, daß Sie die Vorgänge in der Kommission der Wahrheit  
gemäß hier darstellten. (Große Unruhe rechts.) Der Vorfalle knüpfte  
sich an eine Aeußerung meines Freundes Meißner, der im Anschluß  
an ein Vorkommnis im Proviandamt Hannover, das übrigens durch  
die Untersuchung der Militärbehörde als vollkommen erwiesen gelten  
muß, die Bemerkung knüpfte, daß ein Armeelieferant in Hannover,

namens Frank, wegen Unregelmäßigkeiten von der Lieferung aus-  
geschlossen sei; dieser Frank habe nun seinen früheren Vorkäufer, einen  
Herrn Meier, mit der Lieferung beauftragt und sei durch diesen Kauf-  
mann doch in der Lage, die Lieferung zu machen. Meißner hat nun  
allerdings hinzugefügt: mir ist diese Thatsache mitgeteilt, verbürgen  
kann ich sie nicht. Hieraus hat der Kriegsminister durchaus mit  
Unrecht von Meißner weiteres Material verlangt, bevor weitere  
Untersuchung verlangt werden könne. Ja, was für Material kann  
er noch verlangen? Die Personen sind genannt, der Fall bezeichnet.  
Nun hat er zu untersuchen. Statt dessen hat er die Glaubwürdig-  
keit eines meiner Freunde hier im Reichstage zu diskreditieren ver-  
sucht, ohne den Fall, so wie ich es gethan, näher mitzutheilen. Das  
habe ich als nicht loyal bezeichnet und ich hoffe, daß es der Kriegs-  
minister in der Folge unterlassen wird. (Unruhe und Zurufe rechts.)  
Jedenfalls werden wir auch in Zukunft im Hause die Dinge mit-  
theilen, die uns mitgeteilt sind und von dem wir annehmen können,  
daß sie richtig sind. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Göpfer: Es wird hier die Beschuldigung  
gegen mich erhoben, daß ich auf Beschwerden, die von Mitgliedern  
des Hauses an mich gerichtet sind, keine Untersuchung eingeleitet  
habe. Ich erkläre mich bereit, Untersuchungen anzuordnen, überall  
und stets, wenn irgend ein Anlaß vorliegt, wenn Schriftstücke oder Zeug-  
nisse vorhanden sind, die eine solche rechtfertigen. Das ist hier nicht der Fall ge-  
wesen. Natürlich habe ich die Verpflichtung, mich über solche Vorfälle zu  
informieren, wenn der Anschuldiger diese Anklage mit seinem Namen  
bedeutet. Wenn er aber sagt: ich kann es nicht verbürgen, so ist es in  
meinen Augen einfach unzulässig, gegen den Anschuldigten vorzu-  
gehen. Das ist nicht meine persönliche, das ist die allgemeine Auf-  
fassung. Eine Behauptung, die eine bestimmte Person ohne zu-  
reichenden Grund anspricht, wird im gewöhnlichen Leben kläglich  
genannt. Auf einen Kläusch vermag ich nicht einzugehen. (Beifall  
rechts.)

Abg. v. Kardorff (Rp.): Die Kriegsverwaltung ist gezwungen,  
einen Teil des Mehlens in Säcken aufzubewahren; das Mehl muß  
dann kruppig werden, das schadet aber seinem Nährwert gar nicht;  
das Brot war ganz vorzüglich; der Abg. Meißner ist den Beweis  
für seine Behauptung schuldig geblieben.

Abg. Singer (Soj.): Die Sache mit dem verdorbenen Mehl  
ist durch die Budgetkommission festgestellt worden; einem Arbeiter ist  
allerdings bei der Bereitung des Brotes unwohl geworden; aber  
um diese Sache handelte es sich ja gar nicht. Mein Freund Meißner  
hat einen zweiten Fall genannt unter Nennung von Namen und  
Ueberreichung des Materials. Daran hat weder der Kriegsminister  
noch Herr v. Kardorff geantwortet. — Nun noch ein Wort über die  
Aufassung des Herrn Kriegsministers vom Kläusch. Nach der Logik  
des Herrn Kriegsministers müßte jede Anklage eines Staatsanwalts,  
die sich nachher als theilweise oder ganz unbegründet erweist, als  
Kläusch bezeichnet werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)  
Wie gesagt, es handelte sich hier nicht um den Fall, über den der  
Herr Kriegsminister gesprochen. Aber er ist auch hierbei, wie durch  
die Erwähnung jener Thatsache wohl erwiesen, nicht streng bei der  
Wahrheit geblieben.

Vizepräsident Dr. Spahn: Der Abg. Singer hat dem Kriegs-  
minister vorgeworfen, er sei nicht bei der Wahrheit geblieben. In  
dem Zusammenhang, in dem dieser Ausdruck gebraucht ist, muß ich  
ihn für parlamentarisch unzulässig erklären.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Der Abg. Meißner hat auch für  
seine zweite Behauptung keinen Beweis erbracht. Der Kriegs-  
minister war dabei im Recht, die Sache nicht weiter zu verfolgen.

Abg. Kunert (Soj.): Der Herr Kriegsminister hat Verwunderung  
daburch erregt wollen, daß er von den großen Ausgaben sprach,  
die das Militär erfordert würde. Er vergißt, daß das lebende  
Heer Milliarden auf Milliarden verschlingen hat. Und wenn er  
meint, das sei zum Schutz der Nation nothwendig gewesen, so  
meinen wir, das ist nur zur Knechtung der Nation geschehen.  
(Beifall links.)

Der sächsische Militärbevollmächtigte hat meine „beleidigende“  
Aeußerung über die Sonntagsgesetzgebung der Militärgefängnisse  
unter Entzweiflung zurückgewiesen. Ob er hierzu berechtigt  
gewesen, das muß freilich erst festgestellt werden. Die Sache  
macht ein weiteres Eingehen auf sie erforderlich, weil sie sich  
durchaus nicht als Einzelfall charakterisiert. Wir haben ja bis-  
her wenig oder gar nicht Gelegenheit gehabt, auf das Militär-  
strafwesen einzugehen. Ich will nun hier dies Beispiel aus  
Sachsen ausführlich darlegen. In dem Gefängnis, von dem ich sprach,  
sind die Gefangenen von den Vorgesetzten unter Mißbrauch  
ihrer Amtsgewalt zur Sabbatshandlung gezwungen worden.  
Die Arbeit, die die Gefangenen am Sonntag verrichten, ist größ-  
tentheils ohne Entgelt geleistet worden. Es fand an durchschnittlich  
zwei bis drei Sonntagen im Monat eine zehnstündige Arbeitszeit  
statt; und diese Arbeitszeit fand auch regelmäßig während des  
Gottesdienstes statt, jawohl, Herr Kriegsminister, wengleich dies  
von amtlicher Seite bestritten wird. Das ist so zwei bis  
drei Jahre hindurch geschehen. Die Arbeit geschah für  
die Kantinen; es ist schade, daß von den Vertretern des  
biedern Handwerks heute so wenige anwesend sind; sie könnten dann  
hören, wie die Arbeit für diese Kantinen auf jede Weise unter Um-  
gehung der für alle anderen geltenden Vorschriften geordnet worden  
ist; ich glaube, ein unlauterer, ein schmutziger Wettbewerb läßt  
sich gar nicht denken. Von der Arbeit der Gefangenen  
erhielten den größten Teil die Vorgesetzten; die Unter-  
offiziers-Vergütungen und ähnliche interessante und an-  
genehme Festsetzungen wurden aus dem Schweisse der armen  
Gefangenen bezahlt. Und dabei passierten alle diese Dinge keines-  
wegs im Geheimen; die Spähen piffen es von den Dächern, sie  
waren durchaus öffentliches Geheimnis. Diese ungeheuerliche  
Schlamperei und Brutalität spielte sich jahrelang vor aller Augen  
ab. Endlich trat jemand auf, der Beschwerde erhob. Was aber  
geschah? Der Gerichtsherr, Herr v. Seichau, wies die Be-  
schwerde einfach zurück und erhob noch Anklage gegen den Be-  
schwerdeführer wegen Beleidigung der Gefängnisverwaltung. Also  
hätte es sich hier nicht um einen Beamten gehandelt, so hätten wir  
uns im Reichstag nicht darüber unterhalten können. So aber ge-  
lang es ihm, die Sache in die zweite Instanz zu treiben. Dort  
wies er dann einen Rechtsirrtum des Gutachtens nach, auch zeigte  
es sich, daß ein Zeuge aus seinem Zivilverhältnis herausgerissen  
und für einen Tag ins Militär gesteckt war, um eine für seinen  
Vorgesetzten günstige Aussage zu machen. Ferner mußte eine ganze  
Anzahl von beschworenen Aussagen zurückgenommen werden,  
Gefängnisse wurden an den Kronzeugen Ebert verabsichtigt, so gerade  
noch in der kritischen Zeit zehn Mark. Ueber diesen Kronzeugen war  
ein Zeugnis seiner militärischen Vorgesetzten vorhanden, nachdem er  
zu allen Dingen weigerte, nur sei er weder ein Gotteslästerer, noch  
ein Säufler, noch ein Sozialdemokrat! Auch dieser Mann hatte  
natürlich einen Eid geleistet. Der Wahrheitsbeweis, den der  
Beschwerdeführer im zweiten Falle erbrachte, gelang vollständig, er  
wurde glänzend freigesprochen und nur zweier Nebenpunkte wegen  
glaubte man ihn zu einer geringen Geldstrafe verurtheilen zu  
müssen. So weit wäre ja auch alles zutiefst befriedigend, das Zu-  
zulänglich bei dem Ausgang des Prozesses ist nur die Straflosigkeit der  
beiden beteiligten Haupttäter. Es sollen drei Bestrafungen  
erfolgt sein, aber niemand weiß darüber etwas Genaueres. Warum  
hat man die Sache nicht in die Öffentlichkeit gebracht? Liegt eine  
Bestrafung dieser beiden Leute vor oder nicht? Der Herr Kriegs-  
minister wird die Güte haben, das Nähere anzugeben. Der frühere  
Gefängnisinspektor, der seine Schuldigkeit so absolut nicht gethan  
hat, spielt noch jetzt in der sächsischen Armee als Pensions-Kom-  
mandeur eine Rolle. Jedenfalls zeigt uns dieser Prozeß die Not-  
wendigkeit einer durchaus radikalen Reform auf dem Gebiete  
des Militär-Straf-Prozesses. Solche Zustände aber, wie sie in dem  
Gefängnis zu Dresden zu Tage getreten sind, können dem Volke nicht  
zur Ehre gereichen, sie sind geradezu eine Schande für die Nation,  
dabei kann ich nicht ein Wort von dem, was ich gesagt habe, zurück-  
nehmen.

Ich wende mich nun zu den Angriffen, die gegen mich am  
Freitag, den 18. Februar, erhoben sind. Ich hatte davon gesprochen,  
daß die Sonntagserube den Soldaten gewahrt bleiben müsse und  
der Herr Kriegsminister hat mich darauf verwiesen, daß ja Vor-  
schriften des Kaisers vorhanden seien zur Erfüllung der  
religiösen Pflichten. Er hat mich also vollkommen mißverstanden.  
Meine Ausführungen zielten nicht auf die Möglichkeit, der religiösen  
Pflicht zu genügen, sondern umfassten die ganze Sonntagserube. Der  
Kriegsminister meinte, ich kannte diese Bestimmungen nicht. Ich habe  
mich nun auf das eingehendste damit beschäftigt und dabei eine  
Kabinettsordre vom 23. Januar 1866 vorgefunden. Darin wird ge-  
sagt: „Um meinem Heere erneut zu erkennen zu geben, wie sehr mir  
die Erhaltung und Förderung des religiösen Sinnes am Herzen  
liegt, erkläre ich ausdrücklich, daß die Bestimmungen von  
13. August 1868 auch auf Freiwillige sich erstrecken sollen.“ Es  
handelt sich also da um die rein kirchliche Seite. Der  
Herr Kriegsminister scheint aber auch noch gemeint zu  
haben, wenn der Kaiser solche Vorschriften erlasse, dann genüge das  
eben. Aber darin liegt ja gerade der Uebelstand. Es ist doch eine  
Thatsache, daß die Sonntagserube des Soldaten auf Anordnung des  
Kompanieführers und höherer Offiziere unterbrochen werden kann.  
Dadurch wird sie natürlich vollständig illusorisch gemacht. Heuchlich  
liegt es doch bei den Mißhandlungen. Dagegen haben bereits der  
Großvater des jetzigen Kaisers und dieser selbst oft genug Ver-  
ordnungen erlassen, und die Mißhandlungen kommen noch  
immer vor.

Der „Vorwärts“ war in bezug auf die Arbeiterverhältnisse in  
Spanbau gut unterrichtet, ich halte diese Ausführungen aufrecht.  
Meine Angaben über Vergebung von Sattlerleistungen sind un-  
widersprochen geblieben. Wenn der Kriegsminister sagte, er greife  
ein in das Erwerbleben ein, so hat Vassalle auf solche An-  
schauungen das Wort der Nachwächter-Politik geprägt. Von  
einer Petition der Pulverarbeiter an den Kriegsminister habe ich  
nicht gesprochen. General v. d. Brecht hat sich darin geirrt. Der  
Inkongress ist aber ganz unzulänglich und kein vernünftiger  
Spanbauer Arbeiter kann ihn einhalten. Die Arbeit der Säme-  
Arbeiter ist hier als nicht zu schwer bezeichnet worden. Die Leute  
müssen in einem Arbeitstun von 85 Stunden arbeiten; haben eine sehr  
erschwerete Abtunung. Zehn Stunden Arbeit sind zu viel. Man muß die  
Leute nur einmal gesehen haben, wie der Tod läuft. — herum und  
der Tod ist ihnen sicher, wenn sie bei der Arbeit bleiben. Was Gelegen-  
heit hat nur die erste Schicht, die übrigen Schichten geben un-  
gewaschen fort, weil es sie ekel, ihr Gesicht in die Fauche zu tauchen.  
Auch hier hat der „Vorwärts“ vollständig richtig berichtet. Die  
Arbeitszeit ist zwar auf 10 Stunden festgesetzt. Aber was nicht  
da? Sie lassen ja fortwährend Ueberstunden machen, Herr  
General. (Heiterkeit.) Redner führt aus Arbeit-  
stätten für die Richtigkeit dieser Behauptung die Beweise an.  
Jetzt arbeiten die Arbeiter bis 10 oder 12 Uhr nachts durch. Und  
da kommen die Herren und bestreiten alles. Der Herr Kriegsminister  
lacht. Ihm ist das ja auch ganz egal. Rühmern Sie sich doch um  
die Spanbauer Arbeiter, Herr Kriegsminister. (Große Unruhe rechts;  
Rufe rechts: Welcher Ton!) Der Ton ist so: wie es in den  
Wald hineinschallt, so schallt es wieder heraus. Es  
wird schließlich noch ganz anders schallen. (Große Heiter-  
keit.) In der Munitionsfabrik in Spandau sind Ueberredul-  
tionen vorgekommen, die als Lohnrücklagen ärgster Art zu be-  
zeichnen sind. Herr Schall hat mir vorhin „Arbeiterausschüsse“ zu-  
gerufen. In dem Arbeiterausschüsse haben die Arbeiter kein Ver-  
trauen. In einer Abtheilung waren 100 Arbeiter, davon wählten  
nur 25 und diese 25 wählten einen alleseitig als halben  
Aboliten bekannten Arbeiter, der denn auch von der Direktion  
abgelehnt wurde. So machten sich die Arbeiter über den Arbeit-  
ausschuss lustig.

Der Kriegsminister sprach von Revolution. Nun, heute stehen  
wir am Vorabend des Tages, an dem vor 50 Jahren Louis Philipp  
stob. Der Wind säet, wird Sturm ernten, und ich glaube, es werden  
Stürme kommen, gegen die die Märkische sanfte Winde waren  
und die bewiesen werden, daß auch die solidesten Kronen ins alte  
Gerämpel kommen. Es liegt Gewitterschmule in der Luft. Wer  
Sturm klet, wird Orkan ernten. (Bravo links.)

Sächsischer Kriegsminister Graf Visthum v. Eckardt weist noch-  
mals die Beschuldigungen des Abg. Kunert gegen die sächsische Militär-  
gefängnisverwaltung zurück. Er wiederholte, daß die Schuldigen  
gerichtlich zur Verantwortung gezogen worden seien. Bezweifelte Ab-  
geordneter Kunert die Richtigkeit der eiblichen Zeugenaussagen in  
dem Prozesse, so gehe das doch über die Grenzen der parla-  
mentarischen Immunität (sehr richtig! rechts), und er wisse nicht,  
was er dazu sagen solle. (Beifall.)

Generalmajor v. d. Borck stellt fest, daß die Schilderungen  
des Abg. Kunert über die Arbeiterverhältnisse bei den Militärwerk-  
stätten in Spandau unrichtig sind. Seitens der Militärverwaltung  
geschehe alles, um die Arbeiter gegen Schäden zu schützen; die Löhne  
seien angemessen. Zum theil seien allerdings die Löhne herabgesetzt  
worden, zum theil aber seien Herabsetzungen eingetreten. Das die  
Löhne im ganzen nicht zu niedrig sein können, beweist die Thats-  
ache, daß von privater Seite die Aufforderung an die Militär-  
verwaltung ergangen ist, nicht so hohe Löhne zu zahlen. Ueber-  
stunden werden sich nicht immer vermeiden, sie würden aber den Ar-  
beitern immer bezahlt.

Generalleutnant v. Diebahn erklärt, den Soldaten werde  
Sonntagserube eingeräumt, soweit es irgend mit den dienstlichen  
Rücksichten vereinbar sei. Das in einem so großen Organismus,  
wie der Armee, einzelne Verstöße vorkämen, sei allerdings nicht zu  
vermeiden, es werde dagegen aber mit aller Strenge eingeschritten.  
Speziell die preussischen Militärgefängnisse seien noch kürzlich  
von ihm selbst revidirt und alles in Ordnung be-  
funden worden. Auch das Gefängnis in Weichelmünde  
sei auf die in den Zeitungen laut gewordenen Klagen hin nochmals  
untersucht.

Was der Abg. Kunert an Grandenz anzusehen hat, weiß ich  
nicht, bei Weichelmünde zielte er jedenfalls auf die Preis-  
anforderungen im Falle Brede hin. Wir haben Bericht ein-  
gefordert. Das Festungsgefängnis ist ärztlich untersucht  
worden. Die Zellen sind als nicht feucht befunden worden;  
die Gefangenen befinden sich wohl. Allerdings ist in der ganzen  
Anlage des Forts viel Wasser, was eine gewisse Anlage zur Malaria  
fördert. Es ist im letzten Jahre aber nur ein Malariafall vor-  
gekommen. Ebenso wie die Gefangenen müssen auch die Offiziere  
und Mannschaften mit ihren Familien die feuchte Luft ertragen.

Abg. Bebel (Soj.): Was die letzteren Aeußerungen des General-  
leutnants anlangt, so möchte ich nun doch befürworten, daß keine  
Gefangenen mehr in das Fort gelegt werden. Der Generalleutnant  
hat selbst zugegeben, daß die Entwicklung von Malaria begünstigt  
wird. Die Parallele von Gefangenen und Offizieren stimmt doch  
nicht, denn letztere können sich gegen die Krankheit ganz anders  
schützen, als die Gefangenen. Die Arbeiterentlassungen halten wir  
für ungebührig. Die Arbeiter sind nicht einmal politisch, sondern  
nur gewerkschaftlich thätig gewesen, und das ist ihr gesetzlich gewähr-  
leistetes Recht.

Der Kriegsminister ist sodann noch in sehr ausführlicher Weise  
auf meine Militär-Vorschläge eingegangen. Er hat aber alles, was er  
vorgebracht hat, so sehr aus dem Zusammenhang herausgerissen,  
daß man glauben müßte, ich hätte den reinsten Unsinn geschrieben.  
Was haben die nordamerikanischen Verhältnisse in dieser Hinsicht  
mit den europäischen zu thun? Sie sind, wie jeder, der diese Studirt  
hat, von den unsrigen grundverschieden. Die Vorschläge, die ich  
gemacht, sind geeignet, unsere Schlagfertigkeit zu erhöhen.  
Aber es ist Thatsache, daß man jeden Vorschlag, er  
mag noch so vernünftig sein, einfach zurückweist, bloß weil er von  
Sozialdemokraten kommt. Und wo hat er das in meiner Schrift  
gesehen, wo er über den gewaltthätigen Umsturz gesagt hat? Freilich,  
wer so zitiert, der kann beweisen, daß ich von der blutigen Revolution  
gesprochen. Im Zusammenhange ist aber davon keine Rede. Im  
Gegentheil, ich schrieb: daß es mit dem Träumen von  
blutiger Revolution und Barrikadenkämpfen für  
immer vorbei sei. Das steht klar und ausdrücklich darin. Ich  
glaube, daß angesichts einer solchen Art des Diskurses eine  
weitere Klärung aus ihm nicht zu hoffen ist. Der Herr Kriegsminister  
hat von der Revolutionsarmee und von mir als ihrem Generalissimus  
gesprochen; er braucht mich nicht zu bedauern, ich glaube, ich würde  
als Generalissimus einer Revolutionsarmee auf dem Schlachtfelde



meinem Feinde so entgegenzutreten, wie als Parlamentarier den Herren im Deutschen Reichstage. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Schall (L.):** Herr Kunert hat mit seiner Darlegung der Spandauer Gewerfabrik-Verhältnisse den Arbeitern ein schlechtes Bild erwiesen. Es ist im Gegenteil, ich weiß das aus eigener Erfahrung; die Lage der Gewerfabrikarbeiter ist eine so außerordentlich günstige, daß die anderen Gewerbetreibenden der Umgegend keine Arbeiterkräfte bekommen können, so lange noch Arbeiter in der Gewerfabrik gebraucht werden. In Bezug auf Schutzmaßregeln ist dort alles geschehen, was geschehen kann. Vor zwei Jahren haben die Mitglieder des Reichstags die Verhältnisse selbst dort in Augenschein genommen; wir sehen, daß für die Gesundheit, Reinlichkeit und vor allem Sittlichkeit der Arbeiterinnen und Arbeiter dort so gesorgt ist, wie man sich's besser gar nicht wünschen kann. — Was die Arbeit anlangt, so ist sie eine Prämie für die Fleißigen, die Frauen werden freilich nie mit ihr einverstanden sein. Und die Ueberstunden entsprechen gerade den Wünschen der Arbeiter; da hat der Abgeordnete Kunert ihnen keinen guten Dienst erwiesen, indem er sich über sie beklagte. Ich komme nun zu dem Gefängniswesen. Der Geistliche ist derjenige, der den Herzen der Gefangenen am nächsten steht; ihm vertrauen sie alles an, was sie denken. Und ich, der ich lange Zeit an einem Gefängnis pastoriert habe, habe nie eine Klage über die Behandlung gehört. Ich konnte seiner Zeit dem Grafen Caprivi mit ruhigem Gewissen versichern, daß die Verhältnisse in den Gefängnissen geradezu vorzügliche seien. Die Zwangsjacke ist eine durchaus schmerzlose Einrichtung für unruhige Geister; es wäre gut, wenn sie auch anderswo gebraucht werden würde. (Große Heiterkeit.) Die Vorgesetzten, die sich etwas zu Schulden kommen ließen, wurden alle strenger bestraft, als die Gefangenen. Der Abg. Bebel hat diesmal trotz des wohlorganisierten Spitzelsystems, das in seiner Partei herrscht, sehr wenig vorbringen können; es muß also mit unserer Armee wohl sehr gut stehen. Die Soldaten sind reich zu wahrer Religiosität angehalten worden; freilich muß auch die Disziplin am Sonntag aufrecht erhalten werden; die Leute gerathen sonst zu leicht auf Abwege.

Wir verlassen solche Sachen nicht; aber wir wählen andere Wege und andere Mittel; die Tribüne des Reichstags ist nicht der Ort, wo die schmutzigen Wäsche der Armee gewaschen werden soll. Wenn leisten Sie damit einen Dienst? Doch nur dem Auslande! Es verwundet ein preussisches Gemüth tief, wenn man unsere Armee so Jahr für Jahr hier Speichruten laufen sieht. Unsere Armee hat harte Proben bestanden in harten Zeiten; sie braucht nicht die Probe der Sozialdemokratie zu bestehen.

**Abg. Frhr. v. Stumm (Reichs-P.)** hat die Broschüre des Abg. Bebel nicht gelesen, kann aber nach den bisherigen Leistungen des Abg. Bebel auf militärischem Gebiete sich nicht viel Ruhm davon versprechen. Wenn die Militärverwaltung Arbeiter entlasse, die sozialdemokratische Agitation treiben, so thue sie einfach ihre Pflicht. Solche Arbeiter gehören nicht in königliche Werkstätten. Wenn die Vertreter des Bundesraths den Sozialdemokraten gegenüber manchmal einen Ton anschlagen, den Herr Singer nicht paßt, so trage er und seine Partei die Schuld daran. Er selbst habe ja dem Minister heute vorgeworfen, er sei nicht bei der Wahrheit geblieben, und neulich habe man den Grafen Wladowski einen Kommiss nennen hören. Das sei doch ein Ton, der ihnen gegenüber noch nie angeschlagen worden sei. Die Sozialdemokraten seien nicht einmal berechtigt, hier im Hause zu sitzen. Sie begögen ja zugestandenermaßen Diäten aus Privatmitteln und verlegten damit die Verfassung. Verbitte sich Abg. Singer die Anwendung der Bezeichnung „Genossen“ seitens des Bundesraths, so verbitte er es sich, von den Sozialdemokraten als „Kollege“ bezeichnet zu werden. Dem Kriegsminister müsse man aber dankbar sein, wenn er den Sozialdemokraten gegenüber die Interessen der Armee mit aller Entschiedenheit vertrete. (Beifall rechts.)

**Abg. Bebel (Soz.):** Ich habe dem Kollegen v. Stumm (Heiterkeit) nicht die Lektüre meiner Broschüre empfohlen, ich habe im Gegenteil bezweifelt, ob er und seine Freunde es der Mühe für werth halten würden, die Broschüre zu lesen. Der Kollege (Heiterkeit) Freiherr v. Stumm braucht ja nicht mehr zu lernen. Er bringt dieselben Sachen hier 20, 30 Mal vor. Auch die Diätenfrage hat er schon hier viele Male vorgebracht. Fürst Bismarck hat ja wegen der Diäten Prozesse geführt, seine Nachfolger sind anständiger gewesen. Wenn Herr Kollege v. Stumm Reichstagsminister wäre, so würde ich nicht daran, daß er die unzuständige Handlungsweise des Fürsten Bismarck wiederholen würde. Kollege v. Stumm sagt, Sozialdemokraten gehören nicht in eine königliche Werkstätte. Daß sie keine Steuern zahlen dürfen, nicht dienen sollen, das hat er nicht gesagt. Das wäre einmal etwas Neues gewesen. (Große Heiterkeit.) Auf Grund dieser Pflichten nehmen wir aber auch Rechte in Anspruch. Den Kollegen von Stumm ärgert der rothe Kalender wieder. Wir werden ihn ihm zu Liebe alljährlich herausgeben. (Heiterkeit) und ihn soviel wie möglich weiter zu ärgern suchen. Herr Abg. Schall möchte ich erwidern, er sprach von den unglücklichen Wesen der Sozialdemokratie. Ich hoffe, die unglücklichen Wesen werden ihn bei den nächsten Wahlen aus dem Reichstage fortzuschwemmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Kunert (Soz.)** polemisiert noch einmal gegen General v. d. Böck. Die Festungsverhältnisse lassen nicht nur in Weichselmünde, sondern auch anderswo, z. B. in Ulm, zu wünschen übrig. Der sächsische Bevollmächtigte hat mir in Bezug auf die Verhältnisse des Dresdener Militärgefängnisses keine Thatsache bestritten können. Was die Spandauer Verhältnisse anlangt, so hat mich General v. d. Böck nur in Kleinigkeiten berichtigen können. Im großen und ganzen entsprechen die Angaben des „Vorwärts“ vollständig der Wahrheit. Die Aeußerungen des Pastors Schall waren so, wie ich Sie von ihm erwartet habe. Mit dem frommen Augenaufschlag ist es aber nicht gethan. Die Diskussion wird geschlossen.

**Es folgen persönliche Bemerkungen.**  
**Abg. Legien (Soz.):** Herr v. Stumm hat behauptet, ich hätte die Gewerkschaften als Vorstufe für die Sozialdemokratie bezeichnet. So lange mir Herr Stumm nicht nachweist, wo und wann ich solch einen Ausspruch gethan habe, muß ich seine Behauptung für leuzdungslos erklären.

**Abg. Singer (Soz.):** Der Kollege Frhr. v. Stumm hat sich über den Ton beklagt, den ich hier angeschlagen habe. Er ist der letzte, von dem ich Belehrungen über den Ton entgegennehmen kann, denn seine Tonart dürfte in keinem Lehrbuch für den Umgang mit Menschen Aufnahme finden. Wenn er sagte, wir hätten kein Recht, hier im Reichstage zu sitzen, so hat er ja nur einen Anspruch des Fürsten Bismarck nachgesprochen. Was die Diäten anlangt, so konnten wir nicht wie Herr v. Stumm doch schuldig zu halten. (Unruhe rechts, sehr wahr! links.) Wenn Herr v. Stumm dem Kriegsminister den Rath gegeben hat, uns gar nicht zu antworten, so hätte er selbst diesen Rath befolgen sollen, ein Verlust für den Reichstag wäre daraus nicht entstanden. (Heiterkeit.)

**Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.):** Ich habe mich über den Ton des Herrn Singer nicht beklagt, an den bin ich gewöhnt. (Heiterkeit rechts.) Ich habe nur gesagt, der Abg. Singer habe kein Recht, sich über den scharfen Ton des Kriegsministers zu beklagen. Was nun den Genossen Bebel anlangt (Große Heiterkeit), so habe ich nur von Agitatoren der Sozialdemokratie gesprochen, die nicht in königlichen Werkstätten Arbeiter sein dürfen. Auf die Armee habe ich die Konsequenz nicht gezogen, da ich glaube, daß diese jugendlichen Leute noch auf den richtigen Weg geleitet werden können.

**Abg. v. Kardorff (Rp.):** Der Abg. Singer hat eine sehr gehässige Bemerkung gegen mich hier vom Tische gebrochen. Ich erwidere ihm, daß ich stolz bin, an der Entwicklung der Industrie mitgewirkt zu haben. Ich kann nur dadurch alle diese Fragen mit beurtheilen. Herr Singer sollte doch anderen Leuten nicht vorwerfen, wie sie Vermögen erworben haben, er selbst sitzt im gläsernen Hause.

**Abg. Schall (L.)** erwidert dem Abg. Bebel, daß er nicht mehr zum Reichstage kandidiren werde, deshalb auch nicht fortgeschwemmt werden könne.

**Abg. Singer (Soz.):** Soweit ich Vermögen habe, habe ich es mir auf ethische Weise, nicht durch unsaubere Gründungen erworben. **Abg. v. Kardorff (Rp.):** Diese Erwidrerung war nichts als eine jüdische Unverschämtheit. (Große Bewegung.)

**Präsident v. Bnol:** Das war eine Beleidigung, die ich ernstlich rügen muß.

**Abg. Singer (Soz.):** Der Gründer der Laurahütte kann mich nicht beleidigen. Die Aeußerung des Abgeordneten v. Kardorff war nichts weiter als eine jüdische Hegelei. (Große Bewegung.)

**Präsident v. Bnol:** Auch diese Beleidigung muß ich rügen. Ich meine, daß persönlichen Bemerkungen sind genug gewechselt. Ich möchte das Wort nicht weiter ertheilen. (Abg. v. Kardorff: Ich bitte ums Wort. Ich bin beleidigt worden.)

**Abg. v. Kardorff (Rp.):** Der Abg. Singer irrt, ich habe die Laurahütte nicht gegründet.

**Der Berichterstatter Abg. Graf v. Noon (L.)** konstatirt unter Heiterkeit des Hauses, daß der Titel „Behalt des Kriegsministers“ in der zweitägigen Debatte von keiner Seite angefochten worden sei.

**Der Titel Kriegsminister** wird hierauf bewilligt, ebenso debattelös die übrigen Titel des Kapitels „Zentralverwaltung“.

Hierauf verläßt sich das Haus.  
Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr (Fortsetzung des Militäretats).  
Schluß 5 1/2 Uhr.

### Der Majestätsbeleidigungs-Prozess gegen die „Elsass-Lothringer Volkspartei“.

Köln, 20. Februar.  
Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts spielte sich gestern ein Preßprozeß ab, der für die politischen und preßgesetzlichen Zustände dieses Landes von symptomatischer Bedeutung ist. Angeklagt waren der Chefredakteur Hermann Walter, der verantwortliche Redakteur Eugen Schmidt, der Geschäftsführer August Schmidt und der Maschinenmeister Theophil Roser unter der Beschuldigung, den deutschen Kaiser in einem in Nr. 16 der „Volkspartei“ erschienenen Artikel beleidigt zu haben. Der inkriminierte Artikel war überschrieben: „Kaisers Geburtstag“ und wandte sich gegen die byzantinische Verherrlichung des Kaisers, zu der keine Veranlassung sei für die Elsass-Lothringer, denen ein fremdes Volksthum aufgezwungen werde und die unter Ausnahmefällen leben müßten. Diese Gedanken waren in längeren und scharfen Wendungen ausgeführt.

Der Angeklagte Walter bestritt, daß der Artikel strafbares enthalte. Der Präsident betonte, daß die deutschfeindliche Tendenz der Volkspartei gerichtsbekannt sei. Die Vernehmung der übrigen Angeklagten und der Zeugen bot nichts Wesentliches, worauf der Staatsanwalt die Anklage begründete. Er führte aus, daß es gerade ein Jahr her sei, als in zwei ultramontanen Blättern Kaiser Wilhelm I. auf schmähtliche heruntergemacht worden sei; man hätte aber nicht strafrechtlich einschreiten können und sich mit der Unterdrückung der Blätter begnügen müssen. In diesem Falle sei nun ein strafrechtliches Einschreiten möglich und es müsse eingeschritten werden, schon um der deutschen Ehre wegen. Der Angeklagte durch das Blatt ein Ende zu machen. Dann begab sich der Staatsanwalt aufs politische Gebiet, und da hatte es den Anschein, als ob nicht die Gerousgabe der „Volkspartei“, sondern die gesammte elsass-lothringische Volkspartei auf der Anklagebank säße und die wirklich Angeklagten nur die Statisten wären. Den elssässischen Demokraten wird jeder Patriotismus abgeprochen, wenn sie behaupten, daß die Elssässer vom Kaiser nicht geliebt werden. Es sei freventlich, vom deutschen Volksthum als einem fremden Volksthum zu reden, und wenn man vom Kaiser als dem Repräsentanten eines fremden Volkstums rede, so sei das gleichbedeutend mit der Nichtanerkennung des Frankfurter Friedens. Das Deutschthum stehle und falle mit dem Kaiser, das deutsche Volk erblicke in dem Kaiser das nationale Heiligthum; im Auslande spreche man vom Kaiser mit großer Hochachtung, und im eigenen Lande werde eine so verheerende Sprache geführt. Es müsse wieder Ruhe und Frieden im Lande eintreten, der Verheerung müsse ein Ende gemacht werden, und deshalb müsse eine hohe Strafe ausgesprochen werden. Gegen Redakteur Walter, der die Veröffentlichung veranlaßt, sei auf ein Jahr Gefängnis, gegen Eugen Schmidt 3 Monate und gegen August Schmidt und Theophil Roser auf je 2 Monate zu erkennen.

Die Verteidiger unterzogen die Anklage einer scharfen Kritik und gelangten zu dem Schlusse, daß der Artikel durchaus keine beleidigende Aeußerungen über den Kaiser enthalte; es sei ferner eine absurde Behauptung, einem Altsächsischen deutschfeindliche Tendenz zu unterstellen. Der Artikel sei von demokratischen Standpunkte aus geschrieben, er vertrete die Ansicht der elssässischen Demokraten und sei durchaus in den gesetzlich zulässigen Grenzen gehalten, von einer Majestätsbeleidigung sei auch nicht eine Spur zu entdecken, es fehle durchaus die Absicht und die That und es müsse auf Freisprechung erkannt werden.

Die Replik des Staatsanwalts war sehr schwach, sie beschränkte sich auf persönliche Angriffe der Verteidiger, die es aber an einer scharfen Antwort nicht fehlen ließen, die den Staatsanwalt veranlaßte, die Erklärung abzugeben, er sei von seiner vorgesehten Behörde, dem Unterstaatssekretär Dr. Petri, zur Einleitung des Strafverfahrens veranlaßt worden.

Vom Verteidiger Walter's wird noch der Antrag gestellt, derselbe solle gegen Stellung einer Kaution von 8000 M. auf freien Fuß gesetzt werden. Der Antrag wird indeß abgelehnt und die Urtheilverkündung auf Sonnabend, den 26. Februar angelegt. Die Ablehnung des Antrags läßt für Walter auf keinen guten Ausgang schließen.

### Kommunales.

**Berliner Stadthandhals-Stat.** Der Stadthandhals-Stat für Berlin für das Rechnungsjahr 1898/99, wie er nunmehr gemäß § 66 der Städte-Ordnung vom 21. bis einschließlich den 28. Februar er. in den Vormittagsstunden von 10 bis 1 Uhr aus dem Berliner Rathhause, 1 Tr. im Finanzbureau, Zimmer 88, zur Einsicht für die hiesigen Einwohner angelegt ist, schließt in Einnahme und Ausgabe mit 98 206 294 M. ab. Die Summe vertheilt sich auf die einzelnen Kapitel wie folgt:

|  | Einnahmen.    | Ausgaben.     |
|--|---------------|---------------|
| 1. Rämmerel . . . . .  | 712 288 M.    | 116 704 M.    |
| 2. Städtische Werke . . . . .  | 6 340 778 „   | 2 255 848 „   |
| 3. Steuern . . . . .   | 50 615 000 „  | 734 800 „     |
| 4. Kapital und Schulden . . . . .  | 15 673 908 „  | 19 047 788 „  |
| 5. Unterricht . . . . .  | 2 800 248 „   | 18 412 637 „  |
| 6. Armenwesen . . . . .  | 1 194 617 „   | 10 848 202 „  |
| 7. Kranken- sowie Gesundheitspflege und Heilmitteln für Gensende . . . . . | 1 788 821 „   | 6 056 819 „   |
| 8. Park- und Gartenanlagen . . . . .                                       | 15 295 „      | 741 255 „     |
| 9. Bauwesen . . . . .  | 7 448 091 „   | 20 069 327 „  |
| 10. Verwaltungskosten . . . . .  | 652 672 „     | 9 187 678 „   |
| 11. Polizeiwesen . . . . .   | 786 616 „     | 5 891 458 „   |
| 12. Straßen-Beleuchtung, Reinigung und Bepflanzung . . . . .               | 190 913 „     | 8 001 511 „   |
| 13. Verschiedene Einnahmen und Ausgaben . . . . .                          | 10 287 077 „  | 1 840 342 „   |
| Summa . . . . .  | 98 206 294 M. | 98 206 294 M. |

Die größten Einnahmen weist natürlich das Steuerkapitel auf mit 50 615 000 M., denen nur eine Ausgabe von 734 800 M. entgegensteht. Die Ueberschüsse der städtischen Werke, soweit dieselben der Stadt-Hauptkasse zu gute kommen, sind im Kapitel 2 enthalten. Die Staatsvorlage wird am nächsten Sonntag der Stadtverordneten-Versammlung zugehen, so daß dieselbe über den Etatsentwurf am Donnerstag, den 3. März er. wird in Beratung treten können.

### Tokales.

Die Berliner Polizeizustände werden durch folgenden Fall drastisch beleuchtet: Die vor acht Tagen gebrachte Mittheilung über die Abenteuer, welche einige Samariter mit dem Reichthum des in seinem Verufe verunglückten Droschkentischers Schneider erlebten, hatte bekanntlich das Schicksal, am Sonnabend durch eine preßgesetzliche Nichttheilung des Polizeipräsidenten dahin „aufgelöst“ zu werden, daß der Verunglückte von zwei jungen Leuten, welche den Vorfall mit angesehen hatten, sofort in seine Droschke gelegt und um 1 Uhr nachts direkt zur Charite gefahren worden sei. Der Polizeipräsident berichtete dann wörtlich weiter: „Die Hilfe eines Polizeibeamten oder, wie in der Mittheilung des „Vorwärts“ behauptet wird, des 11. Polizeireviers, ist vor der Fahrt nach der Charite überhaupt nicht nachgefragt worden.“

Es ist daher auch unklar, daß den beiden jungen Leuten auf diesem Revier bedeutet worden sein soll, daß die Polizei mit einem Kranken auf der Wache nichts anfangen könne, und daß sie denselben daher nach einem Krankenhaus bringen müßten. Das genannte Polizeirevier hat von der ganzen Angelegenheit erst nachträglich gegen 2 1/2 Uhr nachts Kenntniß erhalten.“

In dieser preßgesetzlichen Zuschrift erhalten wir von einer Seite, die es schon wissen kann, die folgende Verichtigung zugefügt: „In der Nacht zum 14. Februar gingen drei junge Männer durch die Gartenstraße (nicht durch die Tietzstraße, wie anfänglich von einer Lokalcorrespondenz berichtet war) und beobachteten, wie ein Droschkentischers während des Fahrens vom Bod. Hof. Die Leute nahmen sich des Verunglückten an und brachten ihn nicht direkt nach der Charite, wie der Polizeipräsident berichtet, sondern nach dem in der Novallstraße belegenen siebenten Polizeirevier. Dort wurde dem Samariter gesagt: „Auf der Wache können wir keinen Kranken gebrauchen; bringen Sie ihn nach der Charite.“ Verwundert über diese Art von Furchtwortung übten die drei Männer weiter ihre Menschenpflicht, ohne daß ihnen die vorher als selbstverständlich betrachtete polizeiliche Hilfe zu theil geworden war. Der Rutscher wurde mit Hilfe von den Privatpersonen nach der Charite geschafft; dort aber konstatirte der Arzt, daß der Tod bereits bei dem Verunglückten eingetreten war. Der Mediziner bedeutete den Männern, daß der Leichnam nicht im Krankenhaus bleiben dürfe, und sagte, man möge den Todten nur wieder dorthin schaffen, wo man hergekommen sei. Der Leichnam wurde wieder in die Droschke gepackt und weiter ging die Fahrt nach dem siebenten Polizeirevier zurück. Nunmehr, da der Rutscher todt war, hatten die Samariter endlich das Glück, daß ihnen vom Revier ein Schuttmann mitgegeben wurde. Dieser setzte sich auf den Bod der Droschke, überließ, als des Fahrens unzulässig, die Führung des Pferdes einem der beteiligten Leute und sah dann, als das Gefährt vor dem Schauhause angelangt war, zu, wie der Todte von einem Angeestellten nach seinem vorläufigen Bestimmungsort gebracht wurde. Man hatte der eine der Samariter noch die Aufgabe, die leere Droschke in Begleitung des Schuttmannes nach dem ersten Revier zu fahren, wohin man ihn aus unerlässlichen Gründen beorderte, und dann konnte er — es war mittlerweile wohl etwa 3 Uhr geworden — endlich nach Hause gehen.“

Wir sind, wie gesagt, davon überzeugt, daß diese Verichtigung zu der Verichtigung des Polizeipräsidenten den Vorzug hat, daß sie sich von Anfang bis zu Ende auf Thatsachen stützt. Der peinliche Umstand, daß der oberste Leiter der hiesigen Sicherheitsbehörde aus Grund des Preßgesetzes Mittheilungen für richtig hielt, die objektiv unwahr sind, mag sich daraus erklären, daß infolge eines Berichtshatterirrhums die gemeldeten Vorgänge vom siebenten in das elfte Polizeirevier verlegt waren; und so trifft ja auch formell die Behauptung zu, daß dieses Revier erst nachträglich von der ganzen Angelegenheit Kenntniß erhalten habe.

Aber wir wollen doch meinen, daß man der Presse eine Verichtigung zugehen lassen sollte, wenn der wirkliche Verlauf der Angelegenheit vollständig klargestellt ist, eine Aufgabe, die doch nicht mit allzu großen Schwierigkeiten verknüpft sein kann. Auf die Haltung, welche die in betracht kommenden unteren Polizei-Organen in der Angelegenheit an sich eingenommen haben, wollen wir für heute nicht weiter eingehen. Daß diese Haltung gerade geeignet wäre, bei eintretenden Unglücksfällen das Publikum zur Hilfeleistung aufzumuntern, wird vielleicht auch der Polizeipräsident nicht behaupten.

Noch eine Polizeigeschichte. Die Mittheilung der „Berliner Zeitung“, wonach das an 30 Gastwirthe des 1. Polizeireviers ergangene Verbot, den Schuttmännern geistige Getränke zu verabreichen, wieder aufgehoben sei, beruht auf einem Irrthum. Das Blatt ist seiner Mittheilung zufolge dadurch täuscht worden, daß ein Polizei-Wachmeister, der leider nicht namhaft gemacht wird, sich fälschlich für den Gastwirth Brandt aus der Briderstr. 84 ausgab und so das Blatt zu täuschen wußte. Die von dem Mann gemachte Mittheilung, daß die Verfügung wieder aufgehoben sei, war richtig; sie besteht nach wie vor weiter. Nebenbei wollte der Wiedermann auch den Namen des Herrn erfahren, der der „Berliner Zeitung“ die erste Mittheilung hatte zugehen lassen. Damit hatte der Polizist jedoch kein Glück. Warum der Beamte sich den wunderlichen Spah erlaubte, ist nicht recht ersichtlich.

Eine Reihe von Verbesserungen im Sittenpolizeiwesen sollen hiesigen Blättern zufolge bevorstehen. So soll u. a. die Anordnung ergehen, daß eine weibliche Person auf die Denunziation eines Mannes hin nicht mehr sistirt werden kann, weil sie angeblich die sittenpolizeilichen Vorschriften übertreten habe. Erfolgt eine Sistirung auf die Wahrnehmung eines Polizeibeamten hin und wird die betreffende Person dann auf der Polizeiwache nicht recognoscirt, so ist, falls man es mit einer nicht notwendig unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehenden Person zu thun hat, dieselbe sofort mittels Droschke nach dem Polizeipräsidenten am Alexanderplatz zu bringen, von dem die weiteren Recherchen unverzüglich einzuleiten sind. In den Polizeirevieren soll auf das strengste darauf gesehen werden, daß mit notorischen Dürren zum ersten Male sistirte weibliche Personen nicht unterzubringen sind. Was an diesen Mittheilungen wahr ist, wissen wir nicht.

Nach einer Auffstellung über die Stadtverordnetenwahlen in Berlin im November v. J. beteiligten sich von 127 045 Gemeindegewählern 48 934 = 38,53 pCt., das sind 0,60 pCt. mehr als bei den Erziehungswahlen von 1895. Von der dritten Abtheilung erzielten 34,04 pCt. (+ 1,62), von der zweiten Abtheilung 44,85 (- 5,46) und von der ersten Abtheilung 50,20 pCt. (- 1,07). An den Stichwahlen beteiligten sich 45,50 pCt. der Wähler (- 1,42 pCt.).

Wegen Aulegung einer neuen Haltestelle bei der sechsten Ueberschneidung der Anhalter Eisenbahn an der Fortstraße war bekanntlich vor kurzem der Grundbesitzer-Berein „Süd- und Süd“ bei der Eisenbahndirektion vorstellig geworden. Daraus ist jetzt der Bescheid eingegangen, daß zwar zur Zeit diesem Gesuche nicht stattgegeben werden könne, daß aber die Direktion nach Fertigstellung der Lichterfelder Vorortgleise auf die Angelegenheit zurückkommen werde.

Die für gestern angekündigte Abnahme der elektrischen Straßenbahnlinie Alexanderplatz—Schöneberg konnte nicht stattfinden, weil die Leitung auf der Strecke noch nicht gebrauchsfähig ist.

Auf der Muesenmüchel ist jetzt mit dem Abbruch des alten Packhofs begonnen worden.

Neues vom Jskant. Gegen den Reichstags-Abgeordneten Pfarrer Jskant hat, wie das „Volk“ berichtet, der frühere Redakteur an antisemitischen Blättern und jetzige Gegner der Antisemiten, Herr Erdmannsdörfer, die Privat-Beleidigungsgeloge angekrempelt. Jskant und Erdmannsdörfer waren in öffentlicher Volksversammlung am 14. d. M., wo Jskant über die Schädigung des Kleinhandwerks durch die Großbuzare sprach, als unabwehrige Gegner an einander gerathen; dabei soll Jskant Erdmannsdörfer beleidigt haben.

Der Gerichtsbörsenbesitzer auf dem Markensall. Eine unangenehme Sitzung erlitt das Markensall, welches der Verein „Frohman“ am Sonnabend in dem Lokale von S. in der Neuen Königstraße abgehalten gedachte. Kurz nachdem die Mitglieder des







Abgeordnetenhause.

27. Sitzung vom 21. Februar 1898, 11 Uhr.

An Ministertische v. d. Recke und zahlreiche Kommissarien. Die Spezialberatung des Etats des Ministeriums des Innern wird mit der am Sonnabend abgebrochenen Debatte über den Titel „Unterstaatssekretär“ fortgesetzt.

Abg. Schröder (Vole) bringt verschiedene Beschwerden über Einschränkung des Versammlungsdrehts in seinem Wahlkreise Puhig-Karlshaus zur Sprache. Die Saalbesitzer seien dort herkömmlich stets so lange mit Chikanen bedröht worden, bis sie den Saal verweigerten. Meist erklärte die Behörde das Lokal für ungenügend, auch dasjenige Lokal in Karlshaus, in dem die dortige evangelische Gemeinde vor Fertigstellung ihrer Kirche ihre Andachten abhielt. Das sei eine unerhörte Wahlbeeinflussung auf indirektem Wege und unter offenem Bruch des Gesetzes. Die Teilnahme an kirchlichen Festen mit Fahnen werde den Vereinen verboten, ebenso der Gesang unter freiem Himmel. Die Behandlung der Bevölkerung durch die Beamten sei aufreizend. „Dummer Pollack!“, „Dummer Koffbe!“ seien häufige Formen der Anrede. Wenn unter solchen Umständen wirklich einmal Ausschreitungen vorkommen, so ist das lediglich die Folge dieser Unterdrückung. Auf dieser Unterdrückungspolitik läßt sich keine Kultur fördern. Statt durch Hohn und Nachsicht die Gemüther zu gewinnen, werden durch solche Politik die Leidenschaften erregt und Verbitterung erzeugt.

Unterstaatssekretär v. Braunschweig: Der Vordredner hat nicht einmal zu behaupten gewagt, daß die haupolizeilichen Bedenken gegen das Versammlungsdreht unbegründet waren. Es müssen daher die Ausdrücke, die er gebrauchte, entschieden zurückgewiesen werden.

Abg. v. Seydewitz wendet sich gegen Nicker und dessen Ausführungen vom Sonnabend. Wenn Nicker den Minister gebeten habe, beruhigend zu wirken, so sei das ganz entbehrlich; die Bauern im Kreise Lauenburg-Stolp-Bütow seien durchaus ruhig. Einzelne unglückliche Elemente sammeln der Freiheit um sich und treiben damit seine Hehe gegen die Junker. Die freisinnigen Agitatoren verweigern sogar ihre Zugehörigkeit zur freisinnigen Partei um die Vorwürfe der Bauern gegen diese Partei von sich abzuwenden. Herr Nicker hat vorgestern sein Examen mit dem Minister angestellt; er sagte behäuflich: Ich frage den Herrn Minister! — Jedenfalls kann ein Nicker mehr fragen, als zehn Minister beantworten können. (Sehr richtig und Heiterkeit.)

Abg. Gamp (L) fordert Nicker auf, ihm nachzuweisen, wo im Reichstage seine Freunde je durch eine Abstimmung sich als Freunde der Landwirtschaft erwiesen haben.

Abg. Nicker (sf. Vg.): Der Minister wies bezüglich des Vereinsrechts auf Bayern hin; ja, er gebe uns die bayerische Beamtenpraxis und wir würden ihm den veralteten und praktisch gar-

nicht angewendeten Paragraphen gern bewilligen. Herr v. Seydewitz habe schon früher sich mit den Dingen einverstanden erklärt, die der „Kordoff“ fordert. Warum nennt er ihn denn heute heftiger? Herr Gamp hat über die politische Vergangenheit solche Unkenntnis gezeigt, daß man sich ungefähr vorstellen kann, was der Herr den Bauern erzählt! Wir haben gegen die Grundbesitzer, für die Genossenschaftsfrage und für die Seuchenunterdrückung gestimmt; für die Aufhebung des Schauffeegeldes, für die reichere Ausstattung des landwirtschaftlichen Staats, für das Kleinbahn-Gesetz, für den Wilschadens-Ertrag und für die Gohler'sche Schulvorlage, die 20 Millionen forderte, um die elenden Schulgebäude in anständige Gebäude umzuwandeln, haben wir gestimmt, nicht aber überall die Konservativen.

Abg. Dr. Sattler (natl.) wendet sich in scharfer persönlicher Weise gegen den Abgeordneten für Otterndorf (Abg. Dr. Gahn) und dessen Ausführungen vom Sonnabend, namentlich den Oberpräsidenten gegen die Verächtlichmachung in Schah nehmend, als ob er seine Beamten parteipolitisch beeinflusst habe; ja er müsse sogar die Hildesheimer Landräthe in Schah nehmen gegen die Verteidigung durch den Abgeordneten für Otterndorf, dem mit Recht der Vorwurf der demagogischen Verhetzung gemacht werden könne. Das Gebahren des Abgeordneten für Otterndorf hindere eine Politik der Sammlung und solchen Aufstretens werde man die Verantwortung zuschreiben müssen, wenn bei den Wahlen eine Schädigung des nationalen Gedankens zum Ausdruck kommt. (Beifall der Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Gahn (wildkonf.) findet, daß in der nationalliberalen Partei so heterogene Elemente zusammengekommen, daß von einem Schah der Landwirtschafst, den diese fordern muß, nicht die Rede sein kann. Sattler's Reden berühren ihn (Medner) nicht, er sei in einem nationalliberalen Wahlkreise von dem nationalliberalen Wahlkomitee aufgestellt. Herr Sattler habe am allerwenigsten ein Recht über seine (Medner's) politische Zuverlässigkeit zu urtheilen. Sattler möge an seine Haltung bei den Wahlen 1893 denken, wo er anfangs nicht laudieren wollte, dann doch laudierte und sich um seine Stellungnahme gegenüber den landwirtschaftlichen Forderungen herumdrückte. Eine Politik der Sammlung ohne erkennbare Ziele wird sich zwischen zwei Stühle setzen. Zwischen den Interessen der Landwirtschaft und denen der internationalen exportierenden Industrie, wie sie durch die Handelsvertragspolitik gefördert ist und die exportieren will selbst auf Kosten der Landwirtschaft, giebt es keine Verständigung. (Hört, hört! bei den Nationalliberalen.) Von der nationalliberalen Partei erwartet man in der Bevölkerung nichts mehr, daher auch das Übergehen nationalliberaler Männer zu anderen Parteien. Juden und Export-Industrielle mögen sich nach links zu Herrn Nicker wenden; alle übrigen gehen nach rechts!

Minister v. d. Recke wendet sich scharf gegen Schröder's Ausführungen. Nach unbedeutlichen Reden Ehler's und Fische's erklärt

Abg. v. Cynern (natl.) wenn Herr Dr. Gahn wieder in die nationalliberale Partei eintreten würde, so träten sofort alle 86 Mitglieder aus der Fraktion aus, weil ihnen die Art und Weise nicht paßt, wie er seine politischen Anschauungen zur Geltung bringt. Aus diesen Grunde erfolgte auch sein einstimmiger Ausschluß aus der Fraktion. Der Abg. Schoof (auf den Gahn lobend hingewiesen) sei ausgeschlossen, weil er sein der Fraktion gegebenes Wort nicht gehalten bezüglich des Vereinsgesetzes.

Abg. Ring (L) wendet sich gegen Nicker's Angriff auf den Landrath v. Stubenrauch; der nur seine Pflicht gethan habe, wenn er landwirtschaftliche Vorklesungen angekündigt. Herr Nicker möge sich keine Mühe geben; er werde in diesem Wahlkreise keine Gegenliebe finden.

Abg. Gahn behauptet, daß Cynern's Angabe über Schoof eine objektive Unwahrheit sei; durch die Beschlüsse des Herrenhauses war für ihn ein Novum geschaffen, dem gegenüber er durch daß in Bezug auf eine andere Vorlage gegebene Versprechen nicht gebunden war.

Abg. Vopelius (natl.) hält die Gahn'sche Auffassung über die Unvereinbarkeit der industriellen und landwirtschaftlichen Interessen für falsch.

Abg. v. Cynern (natl.) bemerkt dem Abg. Gahn, daß er für einen Abgeordneten das erste Erforderniß besitze, nämlich ein gutes Fell.

Präsident v. Kröcher bezeichnet diesen Ausdruck als unparlamentarisch.

Abg. Dr. Sattler bezeichnet eine Ausführung des Abg. Gahn als unwahr. Präsident v. Kröcher bittet, doch lieber „unrichtig“ zu sagen. — Sattler erwidert, es gebe Momente, wo der Abgeordnete einen schärferen Ausdruck gebrauchen muß. Hierauf wird er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, ebenso bald darauf der Abg. Dr. Gahn, der erklärte, ihm sei die Kampfweise des Abgeordneten Sattler nicht vornehm genug.

Hierauf wird der Titel „Unterstaatssekretär“ bewilligt. Auf eine Anregung des Abg. v. Cynern bemerkt Regierungskommissar Röh, daß Widersprüche zwischen Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts und des Reichsgerichts mehrfach vorgekommen sind; eine Einigung oder Beseitigung solcher Widersprüche würde nur im Wege der Gesetzgebung möglich sein.

Abg. v. Hagen (Z) führt Beschwerde darüber, daß in einzelnen Standesamtsbezirken den Geistlichen die Mittheilung der standesamtlichen Eintragungen „im Interesse des konfessionellen Friedens und zur Verhinderung der Profiteure“ abgelehnt wird, während sie in anderen Bezirken erfolgt.

Regierungskommissar v. Braunschweig erwidert, daß eine allgemeine Verfügung hierüber nicht bestehe, daß die Regierung aber die Anregung in wohlwollender Erwägung nehmen werde.

Bei dem Titel „Landrathliche Behörden“ verlangt sich das Land. Ein Antrag Sack (L) auf Abendstimmung wird abgelehnt. Weiterberatung morgen, Dienstag 11 Uhr, außerdem Anberrecht für Weisfallen. Schluß 4 1/2 Uhr.

Theater. Dienstag, den 22. Februar. Cpernhaus. Die Afrikanerin. Anfang 7 Uhr. Schauspielhaus. Rutter Thiele. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Die verfluchte Glocke. Anfang 7 1/2 Uhr. Lessing. Im weissen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Ein Wintermärchen. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichens. Sein Erbd. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Die Schildekröte. Anfang 7 1/2 Uhr. Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 7 1/2 Uhr. Goethe. Der Hüttenbesitzer. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Hans Wurst in Berlin. Anfang 8 Uhr. Unter der Polarsonne. Großer Festnachts-Madchenball. Thalia. Endlich die kleinen Dämmer. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Die Tugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr. Paulsen. Trilby. Anfang 8 Uhr. Friedrich. Wilhelmshoftheater. Die kleinen Sagabunden. Anfang 8 Uhr. Belle Alliance. Dampfabgabundus. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz. Berlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr. Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater. Invalidenstrasse 57-62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge. American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Feen-Palast. Spezialitäten.

Theater. Dienstag, den 22. Februar. Cpernhaus. Die Afrikanerin. Anfang 7 Uhr. Schauspielhaus. Rutter Thiele. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Die verfluchte Glocke. Anfang 7 1/2 Uhr. Lessing. Im weissen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Ein Wintermärchen. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichens. Sein Erbd. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Die Schildekröte. Anfang 7 1/2 Uhr. Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 7 1/2 Uhr. Goethe. Der Hüttenbesitzer. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Hans Wurst in Berlin. Anfang 8 Uhr. Unter der Polarsonne. Großer Festnachts-Madchenball. Thalia. Endlich die kleinen Dämmer. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Die Tugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr. Paulsen. Trilby. Anfang 8 Uhr. Friedrich. Wilhelmshoftheater. Die kleinen Sagabunden. Anfang 8 Uhr. Belle Alliance. Dampfabgabundus. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz. Berlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr. Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater. Invalidenstrasse 57-62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge. American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Feen-Palast. Spezialitäten.

Theater. Dienstag, den 22. Februar. Cpernhaus. Die Afrikanerin. Anfang 7 Uhr. Schauspielhaus. Rutter Thiele. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Die verfluchte Glocke. Anfang 7 1/2 Uhr. Lessing. Im weissen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Ein Wintermärchen. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichens. Sein Erbd. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Die Schildekröte. Anfang 7 1/2 Uhr. Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 7 1/2 Uhr. Goethe. Der Hüttenbesitzer. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Hans Wurst in Berlin. Anfang 8 Uhr. Unter der Polarsonne. Großer Festnachts-Madchenball. Thalia. Endlich die kleinen Dämmer. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Die Tugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr. Paulsen. Trilby. Anfang 8 Uhr. Friedrich. Wilhelmshoftheater. Die kleinen Sagabunden. Anfang 8 Uhr. Belle Alliance. Dampfabgabundus. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz. Berlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr. Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater. Invalidenstrasse 57-62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge. American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Feen-Palast. Spezialitäten.

Theater. Dienstag, den 22. Februar. Cpernhaus. Die Afrikanerin. Anfang 7 Uhr. Schauspielhaus. Rutter Thiele. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Die verfluchte Glocke. Anfang 7 1/2 Uhr. Lessing. Im weissen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Ein Wintermärchen. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichens. Sein Erbd. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Die Schildekröte. Anfang 7 1/2 Uhr. Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 7 1/2 Uhr. Goethe. Der Hüttenbesitzer. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Hans Wurst in Berlin. Anfang 8 Uhr. Unter der Polarsonne. Großer Festnachts-Madchenball. Thalia. Endlich die kleinen Dämmer. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Die Tugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr. Paulsen. Trilby. Anfang 8 Uhr. Friedrich. Wilhelmshoftheater. Die kleinen Sagabunden. Anfang 8 Uhr. Belle Alliance. Dampfabgabundus. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz. Berlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr. Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater. Invalidenstrasse 57-62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge. American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Feen-Palast. Spezialitäten.

Theater. Dienstag, den 22. Februar. Cpernhaus. Die Afrikanerin. Anfang 7 Uhr. Schauspielhaus. Rutter Thiele. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Die verfluchte Glocke. Anfang 7 1/2 Uhr. Lessing. Im weissen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Ein Wintermärchen. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichens. Sein Erbd. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Die Schildekröte. Anfang 7 1/2 Uhr. Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 7 1/2 Uhr. Goethe. Der Hüttenbesitzer. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Hans Wurst in Berlin. Anfang 8 Uhr. Unter der Polarsonne. Großer Festnachts-Madchenball. Thalia. Endlich die kleinen Dämmer. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Die Tugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr. Paulsen. Trilby. Anfang 8 Uhr. Friedrich. Wilhelmshoftheater. Die kleinen Sagabunden. Anfang 8 Uhr. Belle Alliance. Dampfabgabundus. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz. Berlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr. Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater. Invalidenstrasse 57-62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge. American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Feen-Palast. Spezialitäten.

Theater. Dienstag, den 22. Februar. Cpernhaus. Die Afrikanerin. Anfang 7 Uhr. Schauspielhaus. Rutter Thiele. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Die verfluchte Glocke. Anfang 7 1/2 Uhr. Lessing. Im weissen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Ein Wintermärchen. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichens. Sein Erbd. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Die Schildekröte. Anfang 7 1/2 Uhr. Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 7 1/2 Uhr. Goethe. Der Hüttenbesitzer. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Hans Wurst in Berlin. Anfang 8 Uhr. Unter der Polarsonne. Großer Festnachts-Madchenball. Thalia. Endlich die kleinen Dämmer. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Die Tugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr. Paulsen. Trilby. Anfang 8 Uhr. Friedrich. Wilhelmshoftheater. Die kleinen Sagabunden. Anfang 8 Uhr. Belle Alliance. Dampfabgabundus. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz. Berlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr. Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater. Invalidenstrasse 57-62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge. American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Feen-Palast. Spezialitäten.

Schiller-Theater. (Wahner-Theater). Dienstag, abends 8 Uhr: Hans Wurst in Berlin. Mittwoch, abends 8 Uhr: Wallenstein's Lager. Piccolomini. Donnerstag, abends 8 Uhr: Hans Wurst in Berlin.

Volks-Theater im Welt-Restaurant 97. Dresdener-Strasse 97. Die Möbelpolonaise. Urtom. Gesangsposse von O. S. Roeder. Gustl Ebner, oberbayerischer Schulplattler und National-Tänzer. Im vorherigen Saale: Tyroler Sänger Alois Ebner. Anfang, Sonntags 6 Uhr. Anfang, Wochentags 7 1/2 Uhr.

Ostend-Theater. Hr. Franzfurterstr. 132. Hr. G. Welsch. Novität! Zum 7. Male: Novität! Unter der Polarsonne. Aktuelles Anhaltungsstück mit Gesang und Tanz von Sondermann und Wilsch. Gesangsposse von J. Dill. Musik von C. Schiller. Anfang 8 Uhr. — Im Saal von 7 Uhr an: Frei-Konzert. Morgen und folgende Tage: Unter der Polarsonne. — Sonntag Nachmittags: Leben und Lieben.

Kaufmann's Variété. Budapester. Posen- u. Operetten-Theater. Anfang 8 Uhr. Das Sensationellste auf dem Gebiete des Theaterlobens und aller Gebr. Herrnsfeld'schen Schöpfungen ist der mit frentischem Jubel-Erfolg aufgenommene Schwank Von Dreien der Glückliche. Die gesamte Presse hebt die Originalität hervor und bekundet, dass Anton und Donat Herrnsfeld wirklich einzig in ihrer Art dastehen. Heute u. folgende Tage: Von Dreien der Glückliche. Kaufmann's Variété.

Kaufmann's Variété. Alcazar-Theater. Dresdenenerstrasse 52/53 (City-Passage) Kühlenstrasse 42/43. Direktion: Richard Winkler. Bismarck'scher Faustball - Aufsehenhaft. Zum 4. Male: Die Kunst geliebt zu werden. Siederspiel in 1 Akt von G. Humbert. Border: Das Schwert des Damokles. Schwank in 1 Akt von G. zu Buttlich. Auftreten sämtl. Kunst-Spezialitäten. Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr. Entrée 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf. Borzugskarten an Wochentagen gültig.

Kaufmann's Variété. Alcazar-Theater. Dresdenenerstrasse 52/53 (City-Passage) Kühlenstrasse 42/43. Direktion: Richard Winkler. Bismarck'scher Faustball - Aufsehenhaft. Zum 4. Male: Die Kunst geliebt zu werden. Siederspiel in 1 Akt von G. Humbert. Border: Das Schwert des Damokles. Schwank in 1 Akt von G. zu Buttlich. Auftreten sämtl. Kunst-Spezialitäten. Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr. Entrée 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf. Borzugskarten an Wochentagen gültig.

Urania. Taubenstr. 48/49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr. — Wissenschaftliches Theater. — Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr. — Ausstellungs-Saal und Vorträge. — Näheres die Tagesanschlage.

Castan's Panopticum. Friedrichstr. 165. Neu!! Indisch-industrielle Gaukler - und - Schlangen-Beschwörer. Das BÄRENWEIB.

Passage-Panopticum. Letzte Woche Ben Ali Bey, der orientalische Magier und die 8 lustigen Wienerinnen.

Apollo-Theater. Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück. Granto u. Maud. Les Senett's. La Loie Fuller. The Milons Mr. Arvey und 30 hervorragende Künstler. Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr. Reichshallen-Theater. Leipzigerstrasse 77. Brillantes Programm! Größter Hofball! Prof. Ordes's Hunde-Circus. Die vorzügl. Kopf-Equilibristen sin de siécle The Menados. Die reizende Soubrette Flora Fleurette. Die undrastische Pantomime: Ein ruhiges Zimmer zu vermieten! (Zum Todtlachen!) Harry Allister, Mimiker. 30 Kunstkräfte. Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 50 Pf. Im Reichshallen-Tunnel Konzert und humor. Soirée. Mittwoch: Bockbier-Fest.

Reichshallen-Theater. Leipzigerstrasse 77. Brillantes Programm! Größter Hofball! Prof. Ordes's Hunde-Circus. Die vorzügl. Kopf-Equilibristen sin de siécle The Menados. Die reizende Soubrette Flora Fleurette. Die undrastische Pantomime: Ein ruhiges Zimmer zu vermieten! (Zum Todtlachen!) Harry Allister, Mimiker. 30 Kunstkräfte. Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 50 Pf. Im Reichshallen-Tunnel Konzert und humor. Soirée. Mittwoch: Bockbier-Fest.

Böhmisches Brauhaus. Landberger Allee. Heute Dienstag, 22. Februar: Gr. Fastnachts-Ülk-Soirée der Stettiner Sänger (Wesjel, Pietro, Britton, Stiehl, Arone, Nöhl, Schneider und Schröder.) Anfang 8 Uhr. Entrée 60 Pf. Vorverkauf 50 Pf. Nach der Soirée: Tanz - Kränzchen. Tanz frei. Freitag: Vitoria - Brauerei.

Concerthaus. Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen. Anfang: Sonntags 7 Uhr. Wochent. 8 Uhr.

Neues Olympia-Theater. (Circus Ronz.) Karlstrasse. Bolossy Kiraly's Konstantinopel. Grösste Sensation Berlins. Neu! „Alt-Wien“ Neue humorist. Spezialitäten-Revue. Wiederauftreten der The jolly british girls. Sensationell! Im letzten Bilde: Constantinopel Feuer- u. Flammentanz, ausgeführt nicht von einer Person, sondern von gesammten Ballet-Personal. ca. 1000 Mitwirkende. Anf. 8 Uhr. Sonntags 2 Vorst. Nachm. 1 Kind frei.

W. Noack's Theater. Brunnen-Strasse 16. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: Gr. Extra-Theatervorstellung Eine Berliner Waschfrau oder: Müller u. Müller. Schwank mit Gesang in drei Akten. Soirée: Versprechen hinterm Herd. Singpiel in einem Akt. Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Quarg's Vaudeville-Theater. Grand-Hotel Alexanderplatz. Nur noch 6 Vorstellungen bei den 1. Original-Budapestern. Jockl Geiger Der Beheme die vorzüglichsten Novitäten.

Maehr's Theater. Oranien-Strasse 24. Täglich: Theater und Spezialitäten. Kolossal Erfolg von Die Nadel- und Nadelmadel. Volksheld mit Gesang in 2 Akten von Eugen Frey. Musik v. Otto Tieck. Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Konzert-Sanssouci. Kottbuser Strasse Nr. 1a. Dienstag, den 22. Februar: Grosse Vorstellung. Er ist nicht eifersüchtig. Musikspiel in 1 Akt. Der Hausschlüssel. Schwank in 1 Akt. Auftreten sämtl. Spezialitäten mit 1. Rang. Während u. nach der Vorstellung Gr. Wiener Maskenball mit Prämierung der originellsten Herren u. schönsten Damenmasken. Passapartouts gelten. Anf. Sonnt. 7 Uhr, Werk. 8 Uhr.

Circus Busch (Bahnhof-Börse). Dienstag, den 22. Februar 1898, abends 7 1/2 Uhr: Jubiläums-Vorstellung Zum 50. Male: Zaragoza. Orig. Wandwe. Schaustück des Circus Busch. Besonders hervorzuheben: Der prächtige Carneval-Akt (darmit mehrere Hauptkünstlerverträge). Reiterturnus mit den Navaja u. Banal. Eine spanische Offenbahn mit eintrübender Rotaschne. Das brennende grüne Schloss. Aufgehrt: Gefährd. Lorch mit ihrer großartigen Harkischen Spielerei in Pferde. Die vorzügl. Freiheitskämpfer des Dr. Busch. Güte: Akrobaten Gehr. Borghetti. Auftreten des ausgez. Schulkreiters Herrn Footitt-Burghardt. Die Dogartenfahrt mit eigens dazu dressierten Pferde, ausgeführt v. R. Dime. Maria Dora. Auftreten sämtl. Elephas und Auguste mit ihren neuesten Späßen. Anfang 7 1/2 Uhr: Sport: Abend.

Für 36 Wart fertige keine Anzüge nach Maß, für 30 M. f. Sommerpaletots nach Maß, für 8-12 M. keine Hosen nach Maß. Riesenstofflager Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Feen-Palast. 22 Burgstrasse 22. Tägl. G: Spezialitäten-Vorstellung Das radelnde Berlin. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Entrée 30 Pf. bis 1.50 M.

Wästen-Garderobe. Beste Auswahl. Billigste Preise. Verein. Preisermäßigung. Fr. Panknin, Crandstrasse Nr. 178. II. Adalbertstrasse 91. Gde Crandstrasse. Maskengarderobe zu den billigsten Preisen empfiehlt 4166b F. Stenzel. Kottbuser Damm 8. II.

Sahrräder. Stets großes Lager erstklass. Fabrikate auf Theilzahlung ohne Preiderhöhung in den konstantesten Zahlungsbedingungen. Reparatur-Anstalt. Adomeit & Landau, Lothringerstrasse 48 I, dicht am Kolonnen-Thor. Möbel-Verkauf. Crandstr. 73. Bei I. in welchem vier Etagen hohen Speichergebäude hatte ich in überaus großer Auswaßl ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stühle in ganz einfacher sowie eleganter Ausföhrung. Bestehehste Einlaufsquelle für Hausleute. Theilzahlung gestattet. Beantw. ohne Anzahlung. Täglich Eingang verschiedenster gemelter und gebrauchter Möbel aller Arten zu billigen Preisen. Versandt frei Haus. Verlangen Sie bitte meine Prospekt mit Abbildungen gratis und franko.

talente. Crandstr. 73. Bei I. in welchem vier Etagen hohen Speichergebäude hatte ich in überaus großer Auswaßl ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stühle in ganz einfacher sowie eleganter Ausföhrung. Bestehehste Einlaufsquelle für Hausleute. Theilzahlung gestattet. Beantw. ohne Anzahlung. Täglich Eingang verschiedenster gemelter und gebrauchter Möbel aller Arten zu billigen Preisen. Versandt frei Haus. Verlangen Sie bitte meine Prospekt mit Abbildungen gratis und franko.

Sophastoffe. Sand & Reife in Nipo, Damas, Cröpe, Phantasie, Gebellin und Blüch (postbillig) 40252. Proben franko! in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. Berlin S. Crandstr. Nr. 158. auf Möbel Theilzahlung. Neue J. Kellermann, Jakobstr. 26. Gardin, Bettmöbel, Anzüge, Betten, Remont-Möbel, Regulator, postbillig Brandische Alexanderstr. 6.



**Achtung! IV. Wahlkreis! Achtung!**

Dienstag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Große Volks-Versammlung**  
 in der Urania, Wrangelstr. 10.  
 Tages-Ordnung:

1. Vortrag, Referent: Reichstags-Abgeordneter Dr. Lütgenau.
2. Diskussion.
3. Bericht über die Angelegenheit des Schriftführers Franz Schulze. Die Vertrauensperson.

**Wilmersdorf. Maurer. Wilmersdorf.**  
 Am Mittwoch, den 23. Februar, abends 8 Uhr, in  
 Klingenbergs Volksgarten, Berlinerstr. 140:

**Oeffentliche Maurer-Versammlung**  
 für Wilmersdorf und Umgeg.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wie stellen wir uns zur diesjährigen Lohnbewegung? 2. Wahl eines  
 Vertrauensmannes und Berichtendes. 181/10

Herrn Behrendt, Sigmaringenstr. 33.

**Feuerstein's Festsäle** Alte Jakobstrasse 75.  
**Sub. Martin Herzberg.**  
 Grosse und kleine Säle zu  
 Versammlungen, Festlichkeiten,  
 wie zu Sommer- u. Winterfestlich-  
 keiten b. konstanten Bedingungen

**Künstliche Bühne.**  
 N. Ziesens, Rosenhalestr. 61, 2 Tr.  
 \* Teilzahlung pr. Woche 1 M.  
**5 1/2 Pfd. Brot 50 Pfg.**  
 liefert 30532\*  
 Albrecht's Bäckerei,  
 Wrangelstr. 8. Langestr. 26.  
 Galtensteinstr. 28. Poststr. 2.

**Oeffentliche Versammlung**  
**der Kistenmacher**

am Donnerstag, den 21. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr,  
 in den Armin-Hallen, Kommandantenstrasse 20.  
 Tages-Ordnung:

1. Abrechnung des Vertrauensmannes vom 4. Quartal u. Rechenschafts-  
 bericht vom Jahre 1897. 2. Bericht des Delegierten der Gewerkschafts-  
 Kommission. 3. Gewerkschaftliches und Berichtendes.

Der Vertrauensmann.  
 G. Zickertig.

Im Verlag der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“  
 ist soeben erschienen und durch uns zu beziehen:

**Marineforderungen,**  
**Kolonialpolitik und Arbeiterinteressen.**

Von Parvus.  
 — Preis 25 Pfennig. —  
 Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen  
 Buchhandlung Vorwärts.

**Barbieregeschäft** Bettowstr. 10, 100, Postamt 35.  
**Betten** Stand 10,00, Randart. Daun-  
 wäcker, Gardinen, Spatib. Bettenhaus  
 Reanderstr. 8.

**Für**  
**Stockfabrikanten!**

Groben Botten bester Holzschne,  
 Roth- u. Weibschne, offerirt à Gros  
 von 2,50 bis 3,30 M., Anlagshöhe von  
 3,50 bis 4 M. per Gros. Ferner  
 empfiehlt außerordentlich billig: Stroh-  
 wäcker, verschiedene Weiten, Beschläge,  
 Kapseln, Ringe, neueste Wäcker, die  
 Stockfabrik Ritterstr. 15.

**Total-Ausverkauf!**

Wegen vollständiger Räumung der  
 Kleiderstoffe, Gardinen, Portieren,  
 Hosen, Bettvorleger, Unter-  
 rüde und unallegierten Korsetts,  
 Wäsche und Tricotagen findet der  
 Verkauf zum und unter dem Selbst-  
 kostenpreise statt. 9415  
 Sonnabend, den 19. d. M., nachm.  
 4 Uhr wird geöffnet.

**D. Wurzel,**  
 Wrangelstr. 17.

**Goldabfälle.**

Gold, Silber, Reingold, Treifen,  
 Platin u. Brillanten kauft die Scheide-  
 Anstalt Zimmerstr. 32. 14305\*

**Zähne u. 2 Mark** euent. Theil-  
 zahlung. \*  
 Olga Jacobson, Postamt 145.

**Achtung!**  
 Sozialdemokratischer Wahlverein  
 für den 6. Berliner Wahlkreis.  
 Den Genossen zur Nachricht, dass  
 unter langjähriges Mitglied, der  
 Steinbrücker

**Hermann Darge**

an einem Halsleiden am Sonntag  
 früh 8 Uhr verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am Mitt-  
 woch, den 21. d. M., nachmittags um  
 4 Uhr, vom Trauerhause, Oberberger-  
 strasse 38, nach dem Westmannen-Kirch-  
 hof in Nieder-Schönhausen statt.  
 Um rege Theilnehmung bittet  
 246/9) Der Vorstand.

**Berein d. graphischen Arbeiter**  
**u. Arbeiterinnen Deutschlands.**

Stiliale Berlin 1.  
**Todes-Anzeige.**

Am Sonntag, den 20. Februar,  
 verstarb nach langem Leiden unser  
 Mitglied, der Steinbrücker

**Hermann Darge.**

Ein erhabenes Andenken bewahrt ihm  
 die Stille Berlin. 95/7  
 Die Beerdigung findet am Mitt-  
 woch, den 21. d. M., nachm. 4 Uhr,  
 vom Trauerhause Oberberger-  
 str. 38 nach dem Westmannen-Kirchhof  
 in Nieder-Schönhausen statt. 96/7  
 Die Verwaltung.

**Dritte Abänderung**  
 des Statuts der

**Orts-Krankenkasse der**  
**Gravure, Ziselleure**  
 u. anderer künstl. Gewerbetriebe  
 vom 20. Dezember 1892.

Artikel I.  
 § 2 Absatz 1 Ziffer 4 fällt fort.  
 Artikel II.  
 Diese Abänderung tritt mit dem  
 1. Januar 1898, dem Tage der  
 Schließung der Orts-Krankenkasse für  
 Handlungsgelöhnten und Lehrlinge in  
 Kraft.  
 Berlin, den 10. Juli 1897. 74/5  
 Der Vorstand.  
 Albert Schütz, F. Ludwig,  
 Vorsitzender. Schriftführer.

**Kranzbinderei u. Blumen-**  
**handlung von** 40762\*

**Robert Meyer,**  
 No. 2. Mariannenstr. No. 2.  
 Widmungs-Kränze, Girlanden, Ball-  
 kränzen, Bouquets etc. werden sehr  
 geschmackvoll und preiswerth geliefert.

**Bett,** schöner Stand, sol. f. 20 M.  
 zu verk. Ritterstr. 118, u. II r.

Ein Bett ist bill. u. verl. Königs-  
 str. 4, § 2 Tr. bei Haase. 1945b

**Grünram-Geschäft mit Vorkof**  
 und Kasse, veräußert Blumenstr. 60.

Eine freundl. Wohnung, 2 Stuben  
 u. Küche, f. 248 M. u. 1 März u. veru.  
 Hugo Braun, Schöneberg, Bahnstr. 17,  
 2 Hof, 2 Tr. 948b

**Mühlent. 8,** nahe Oberbaum,  
 Schöneberg, Bahnh. f. 100 M. (sofort  
 u. 1. April 1898) freundliche Vorder-  
 und Hofwohnungen von 2 u. 1 Etage  
 nebst Korridor, Küche, Kofet u. Keller  
 oder Boden billig zu vermieten.  
 Näheres beim Verwalter. 14066b

**Nur Vorderwohnungen** zu ver-  
 mieten:

**Pappel-Allee 106)** Ca.  
**Stargarderstr. 71)** haus

2 Fenst. Stuben, Küche u. Boden 15 bis  
 16 M. p. Mon. 2 große, 3 u. 2 Fenst.  
 Stub., große Verl. Küche, 30 M. p. Mon.

**Arbeitsmarkt.**

**Kleidern-Arbeiterinnen** Bonlow,  
 Kaiser Friedrichstr. 19. Schröder.

**Dirigent** für Gelangereitn gel.  
 Offerten bis Donnerstag Abend 8 Uhr  
 Sufer Baum 40 (Vokal). 944b

**Verfäbberer u. Kardignmacher** auf  
 Waisen verlaugt **Schultz, Rixdorf,**  
 Berlinerstr. 89. 930b

**Verfäbberer u. Kardignmacher** verl.  
 Andreaskstr. 10. 938b

**Tätige Verlegerinnen** werden  
 verlangt bei  
**Neumann Hennig & Co.,**  
 80, Zeughausstr. 21.

Ein verfebter 4394c  
**Kagler u. Durdnäher**

auf Rade's Juvillings: Rogelwäschere  
 u. Reats-Durchnähschine Nr. 4 findet  
 sofort dauernde und anlockende  
 Beschäftigung. Mech. Schuhfabrik  
 Yngan i. S.

**Kardignmacher u. Verfäbberer**  
 verlangt **Goldbleich-Fabrik**  
 Dresdenstr. 38. 917b

**Verfäbberinnen, Arbeiterinnen** auf S. u.  
 Damenkleidern u. Gams, Sandberger  
 Allee 141. 949b

Unentgeltlich erlernen junge Mäd-  
 chen in kurzer Zeit die feine Damen-  
 schneiderei. Geschw. Eisenstadt, Chou-  
 strasse 8. 940b

**Herrenrad,**  
 tabelloser 97er, verkauft fränkisch-  
 halber billig 950b  
**Heinzelmann, Reichenbergerstr. 97.**

**Künstliche Zähne, Plombieren** u.  
**C. Gedleke, Stettinestr. 52.**

**Tücht. Verlegerinnen** verl. Wert-  
 meiker, Brunnenstr. 194. 921b

**Plätterinnen**  
 auf Stehstagen und Umgelegtren in  
 u. an der d. Gasse verl. M. Treppe,  
 Lothringenstr. 16. Quereh. 4 Tr. \*

**Zuschneider**

für eine Korkfabrik in Wien,  
 werden auf gesucht u. n. n.  
 Mariano Durán y Castilla,  
 Wien, VI, Nagelgassestr. 88.

**Möbel-Magazin Otto & Slotawa, Tischlermeister. Barg-Magazin**  
 Berlin NW., Bremerstrasse 67. 2. Geschäft: Thurmstrasse 81. 43072\* und Beerdigungs-Comtoir.

Wir haben in unseren Joachimstr. 11, Hof parterre, belegenen Räumen einen

**Detail-Verkauf zu Fabrikpreisen**

aller Sorten Rind-, Hammel-, Kalb- u. Schweinefleisch, sowie Wurstwaren  
 bester Qualitäten eröffnet. 4393L\*

**E. Bressler & Co., Joachimstrasse No. 11,**  
 Commandit-Gesellschaft, Berlin C.,  
 Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren mit Dampftrieb.

Engros. Export. Détail.

**Konkurrenzlos billig, reellste Fabrikate!**  
 Für die Reellität der Fabrikate sprechen zahlreiche Anerkennungen!  
 Vortheilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Willy 100 St. Mk. 2,40.  
 Tager im Geschmack, per 100 St. Mk. 3,25.

Commercio  
 feinerer Zigaretten vortheilhaft überreicht. 100 St. Mk. 3,-.

Special  
 In neben-  
 der-  
 form,  
 mit  
 Bouquet-  
 artiger

Brandflöhe, für Raucher milder und mittelkräftiger Zigaretten, 100 St. Mk. 4,10.  
 Ferner empfehlen folgende Marke aus durchweg geschmackvoll zusammengestellten höchsten Qualitäten,  
 gewachsen in normaler, modernsten Formen.

**Sumatra.** **St. Felix Brasil.** **Havana und Mexiko.**

|                 |                  |                      |                  |                |                 |
|-----------------|------------------|----------------------|------------------|----------------|-----------------|
| Alvarey         | 100 St. Mk. 3,75 | Brillante            | 100 St. Mk. 3,25 | Perla Mexicana | 100 St. Mk. 5,- |
| Flor de Violero | 3,50             | St. Felix Brasil     | 4,50             | Walküre        | 6,50            |
| Elvira          | 4,50             | St. Felix in Orig.   | 12,50            | La Liga        | 7,75            |
| Odaliska        | 5,-              | Kist zu 250 St. free | 6,-              | Milona         | 8,-             |
| Senta           | 5,-              | Marke Bahia-Imp.     | 6,-              | Tullia         | 9,-             |

**Bedingungen:** Versand und Verkauf nicht unter 100 St. von jeder Marke. — 300 St.  
 portofrei unter Nachnahme. — Nichtkonvenientes erbiten auch ange-  
 brachen auf unsere Kosten gegen Rückerstattung des gezahlten Betrages zurück. — daher keinerlei  
 Risiko für die Besteller. Im Falle der Rücksendung dürfen aus jeder Kiste 4 Stück probeweise unent-  
 geltlich gerannt sein. Bei Entnahme von 500 St. gewähren 3 pSt., bei 1000 St. 5 pSt. Rabatt, wenn  
 sich der Besteller auf diese Zeitung bezieht.

**Czollek & Geballe,** Zigaretten-Spezial-  
 Haus, Berlin C., Spandauer Brücke 9,  
 drittes Haus  
 vom Hadschen Markt.

**Cacao van Houten**

Sehr wohlgeschmeckend — nervenstärkend — leicht verdaulich.  
 Billig im Verbrauch.

**Direct von Aachen**

weltberühmt durch fast auf allen Ausstellungen prämierte Tuche liefern wir zu  
 hervorragend **Herren-Anzug- u. Paletotstoffe**  
 niedrigen Preisen von einfachst, bis feinsten in reeller Waare. Vorzügl. erstklassige Musterauswahl  
 senden Jedem franco ohne Kaufzwang. Welt über 1000 ehrende Anerkennungs-  
 schreiben beweisen unsere tadelloste Lieferung. Die Zahl der uns allein im Jahre  
 1897 durch uns geschmackvollen, gediegenen Tuche und billigen Preise erworbenen  
 neuen Kunden beträgt 11860. Diese Zahl kann nicht angezweifelt werden.  
 da sie sich durch unsere Bücher ergibt!!  
 uns seit 1893 bekannte und beliebte Spezialität  
 wird in schwarz, blau, braun geliefert und kosten  
 3 Mtr. zum gediegenen Anzuge 12 Mark.  
 Zahlreiche Empfehlungen. Garantie für reine Wolle, echte Farbe!  
**Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen Nr. 74.** Man bittet genau zu adressiren.

**Monopol-Cheviot**

Zahlreiche Empfehlungen. Garantie für reine Wolle, echte Farbe!  
 Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen Nr. 74. Man bittet genau zu adressiren.

**S. Heine, Inh. H. Stege**

14. Chausseestrasse 14.  
 Lieferant des Berliner Lehrer-Vereins.  
 Lieferant des Rabatt-Spar-Vereins „Norden“.

**Bettfedern und Daun** in jeder Preislage, 50 Pf. an  
 Pfund von

**Fertige Betten,** Deckbett, Unterbett und  
 2 Kissen.  
 Stand 18 M., 27 M., 38 M., 46 M., 60 M., 74 M. etc.

**Spezialität: Lieferung vollständiger**  
**Ausstattungen** in jeder Preislage.

**Tischzeuge, Bettdecken, Handtücher, fertige**  
**Bezüge,** wss. Deckbett u. 2 Kissen 2,25, bunt 3,20 M.,  
**Bettlaken,** voll, gross, St. 1,05 M.,  
**Damenhemden** mit Spitze, St. 50, 78, 90 Pf.,  
 m. Achselschl. u. Handstück 1,35, m. Handlanguette 1,45 M.

**Grosser Möbelverkauf. Neue Schönhauserstr. 2**  
 (früher Rosenhalestr. 13)

liefert bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen schon von 150 M. an.  
 Auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Voger gebraucht und  
 verlegte gewisser Möbel. Eigene Tanciger u. Dekorations-Werkstatt.  
 \* Transport durch eigene Gespanne, auch nach außerhalb.

**B. Günzel, Lothringerstr. 52.** Spezialität: Porträts  
 (sozialistischer Führer,  
 Vassalle, Marx etc. in Cigarrenstippen, Weisen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Blüßen  
 Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Rau verl. Preisführant.)

**Einsegnungs-Anzüge**

in blau u. schwarz Sammet u. Gebelet zu sehr billigen, aber feinen Preisen  
**Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.**  
 Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maß.

**A. Schulz,**  
**Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik**

gegründet 1878  
**Reichenberger Strasse 5,**  
 zwischen Köthlauer Thor und Ritterstrasse. 41932\*

**Bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen**  
 Sehr grosses Lager

in Nussbaum u. Mahagoni v. 240, 300, 400, 500, 600, 800—10 000 M.  
 in nur anerkannt gediegener Ausführung. T. A. IV. No. 2395.

**Nach der Inventur**  
**Großer Ausverkauf**

in **Gardinen**  
**Resten**

älterer Muster in weich und edelm., zu  
 1—4 Personen passend, postbillig in dem  
 Gardinenfabrik-Lager von  
**Bruno Güther,**  
 Berlin O., Gröner Weg Nr. 80  
 part. (Ging. vom Hst. kein Laden).  
 Neuheiten treten täglich ein.  
 Proben nach außerhalb portofrei.

**Für 2—3 Mark**

Die sehr groh zu Knabenanzügen,  
 Reihe zu Herrenanzügen, leichte Wäcker  
 7—10 M. für 12 M. n. Gebelet  
 auch Sammetanzüge, Paletot und  
 Sockenreife (solange der Vorrath reicht)  
**im Riesenstofflager**  
**Kranjenstr. 14, I., kein Laden.**

**Möbel**  
 vertichen gewesene und neue, stannend  
 billig, Theilzahlung gestattet.  
 Besuchen ohne Anzahlung. 4055u\*

**Neue Königstr. 59**  
**u. Gneisenaustr. 15.**

Man trinke:  
**Original-**  
**Löwenbitter**

Das beste für den Magen.  
 In Flaschen  
 à Mtr. 0,60, 1,10 u. 1,80.  
 Die im Ausdient überall zu haben.

Wo nicht vorhanden, bitte zu  
 verlangen.

**R. F. Mittelstädt**  
 Weinhandlung und Distillat-Fabrik  
 N., Brunnenstr. 152.